



DEMOKRATIE-

MONITORING

BADEN-WÜRTTEMBERG

**Teilprojekt 1 – Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg:  
Erste Ergebnisse**

**Sarah Odrakiewicz**

Prof. Dr. Jan W. van Deth, Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck und Prof. Dr. Thorsten Faas

Das Forschungs-Programm **Demokratie-Monitoring** ist Teil des Gesamtprogramms **Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft**, welches die Universitäten Mannheim, Tübingen, Stuttgart und Freiburg im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung durchführen.



UNIVERSITÄT  
MANNHEIM



## Vorbemerkung

Das Projekt ‚Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg‘ (BDBaWü)<sup>1</sup> ist Teil des Demokratie-Monitoring Baden-Württembergs 2013 im Programm „Bürgerbeteiligung“ der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH. Das Projekt wurde auf Initiative der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler und mit der Unterstützung der Baden-Württemberg Stiftung durch das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) durchgeführt.

Die Studie wurde in Zusammenarbeit zwischen Prof. Dr. Jan van Deth, Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Prof. Dr. Thorsten Faas und Sarah Odrakiewicz (MZES) konzipiert und durchgeführt. Dr. Andreas Weber von der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH war in die Planung der Studie eingebunden. Das Erhebungsinstrument wurde in Abstimmung mit den anderen Beteiligten des Demokratie-Monitoring Baden-Württembergs 2013 (Dr. Rolf Frankenberger, Prof. Dr. Angelika Vetter, Prof. Dr. Dieter Fuchs) entwickelt. Die Datenerhebung oblag teleResearch GmbH, Mannheim. Dr. Rolf Hackenbroch (teleResearch GmbH) trug die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Umfrage.

Die wissenschaftliche Verantwortung für die Studie, die Auswertungen und die in diesem Bericht dargelegten Befunde liegt ausschließlich bei Sarah Odrakiewicz, Prof. Dr. Jan van Deth, Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck und Prof. Dr. Thorsten Faas (MZES).

Montag, 2. Juni 2014

---

<sup>1</sup> Siehe <http://www.bdbawue.de>

## Zusammenfassung

Im Rahmen der Studie ‚Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg‘ (BDBaWü) wurden 3019 deutschsprachige Einwohner des Bundeslandes Baden-Württemberg ab einem Alter von 15 Jahren zwischen dem 4. November 2013 und dem 10. Februar 2014 zu ihren sozialen und politischen Einstellungen sowie ihrer Partizipationsbereitschaft, ihrem Informations- und Kommunikationsverhalten sowie ihren Einschätzungen des Funktionierens der Demokratie in ihrem Bundesland befragt. Somit bietet ‚Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg‘ eine detaillierte Beschreibung des Funktionierens der Demokratie in Baden-Württemberg aus der Perspektive seiner Bürgerinnen und Bürger.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen ein starkes Gefühl der Verbundenheit mit Baden-Württemberg. Auch mit ihrem Leben in Baden-Württemberg sind seine Einwohner ziemlich zufrieden. Das Vertrauen in die politischen Institutionen in Baden-Württemberg – den Ministerpräsidenten, die Landesregierung, den Landtag und die Parteien – ist auf mittlerem Niveau und stärker ausgeprägt als das Vertrauen in die entsprechenden bundespolitischen Institutionen. Das gleiche gilt für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und der Performanz politischer Institutionen: Die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs zeigen sich diesbezüglich auf der landespolitischen Ebene zufriedener als auf der bundespolitischen Ebene. Dahinter verbergen sich allerdings grundlegende Unterschiede zwischen den Befragten, die z. T. auf ihren sozioökonomischen Status zurückgeführt werden können. So sind Personen mit höherem sozioökonomischem Status zufriedener mit ihrem Leben. Außerdem zeigen sie stärkeres Vertrauen in die Politik und sind zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie und der Performanz politischer Institutionen.

In den Augen der Befragten zeichnet sich ein guter Bürger insbesondere durch Hilfsbereitschaft gegenüber Freunden und Bekannten, unabhängige Meinungsbildung und die Teilnahme an Wahlen aus. Während allerdings Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status in einem guten Bürger eher jemanden sehen, der die Gesetze und Verordnungen befolgt, messen Personen mit hohem sozioökonomischem Status politischer Aktivität mehr Bedeutung zu. Die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg vertreten ein eher direktdemokratisches Demokratieverständnis mit einer Betonung des Rechts, für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen, sowie der gemeinsamen Gestaltung der Gesellschaft durch alle Bürger. Ein direktdemokratisches Demokratieverständnis wird dabei stärker durch Personen mit niedrigerem sozioökonomischem Status vertreten.

An Politik sind die meisten Befragten ziemlich interessiert und nur wenige Personen interessieren sich überhaupt nicht für Politik. Mehr als 60 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger informieren sich täglich über das bundes- und weltpolitische Geschehen. Über die Landespolitik informieren sich etwas mehr als 40 Prozent der Befragten täglich. Die Informationen werden dann vor allem aus Fernsehsendungen und Tageszeitungen aber auch aus dem Radio und dem Internet bezogen. Aus politischen Gesprächen ziehen die Befragten ebenfalls Informationen zum landespolitischen Geschehen. Politische Gespräche über die Landespolitik werden allerdings nicht sehr häufig geführt. Meinungskonflikte kommen dabei relativ selten vor. Personen mit höherem sozioökonomischem Status sind auch stärker an Politik interessiert, führen häufiger politische Gespräche, nutzen mehr Informationsquellen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg und greifen dabei verstärkt auf Tageszeitungen und Internetquellen statt auf Fernsehsendungen zurück. Das Informationsverhalten unterscheidet sich zusätzlich zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. So spielen beispielsweise Tageszeitungen in ländlichen Gebieten eine wichtigere Rolle,

während Fernsehsendungen vor allem in kleinen städtischen und städtischen Gebieten von größerer Bedeutung sind.

Anderen Menschen bringen die meisten Befragten mäßig starkes Vertrauen entgegen. Gegenüber Leuten, die einer anderen ethnischen Gruppe angehören, zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg im Allgemeinen am tolerantesten und hätten keine Einwände dagegen, sie als Nachbarn zu haben. Politische Extremisten hingegen erfahren am wenigsten Toleranz – insbesondere Rechtsextremisten sind als Nachbarn weitgehend unerwünscht. Obwohl Nachbarschaftskontakte nicht sehr eng sind, kommt Streit in der Nachbarschaft eher selten vor. Etwa 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg stehen mit einer Gruppe von Freunden und Bekannten in regelmäßigem Kontakt. Um die 80 Prozent der Befragten haben an mindestens einer Veranstaltung oder Aktivität in einem Verein oder Organisation teilgenommen – etwa 60 Prozent der Befragten waren dabei in einem Freizeitverein, Sportverein oder kulturell/künstlerischem Verein aktiv. Die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg sind umso stärker sozial eingebunden, je höher ihr sozioökonomischer Status ist: Sie vertrauen anderen Menschen stärker und sind toleranter eingestellt. Zudem haben sie bessere Nachbarschaftsbeziehungen und nehmen häufiger an Aktivitäten in Vereinen und Organisationen teil.

Geht es um die Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten bei Planungsvorhaben in Baden-Württemberg fühlen sich nur wenige Bürgerinnen und Bürger schlecht informiert. Die meisten Bürger erachten darüber hinaus die vorhandenen Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg als ausreichend – oder sie wollen sich nicht konkret einbringen, aber über alles umfassend informiert sein. Mit steigendem sozioökonomischem Status verbessern sich die Einschätzungen der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten. Wahlen außen vor gelassen, haben sich ungefähr 60 Prozent der Befragten in irgendeiner Art und Weise politisch beteiligt. Dabei wird am häufigsten an Unterschriftenaktionen teilgenommen. Das Online-Beteiligungsportal der Landesregierung wird nur wenig genutzt. Auch die Teilnahme an Demonstrationen kommt selten vor. Personen mit hohem sozioökonomischem Status beteiligen sich stärker politisch als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status, die wiederum stärker politisch aktiv sind als Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status. Mit Hinblick auf die Errichtung des Nationalparks im Nordschwarzwald wünschten sich die meisten Bürgerinnen und Bürger eine Entscheidung durch die Einwohner der von diesem Projekt betroffenen Gemeinden in einem Bürgerentscheid, wobei diese Tendenz stärker bei Personen mit niedrigerem sozioökonomischem Status zu beobachten ist und sich Personen mit höherem sozioökonomischem Status eher für institutionelle Entscheidungen durch die Gemeinden oder die Landesregierung aussprechen. Am Beispiel von Stuttgart 21 wird zudem deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger von der Landesregierung die Akzeptanz von Entscheidungen des Volkes erwarten. Mit steigendem sozioökonomischem Status stehen die Bürgerinnen und Bürger der Entscheidung des Volksentscheids jedoch etwas kritischer gegenüber.

Die Bereitschaft an Wahlen teilzunehmen ist generell sehr stark ausgeprägt. Personen mit höherem sozioökonomischem Status geben verstärkt an, sich an Wahlen zu beteiligen. Korrespondierend zu der Verteilung der Parteiidentifikationen in der baden-württembergischen Bevölkerung führen bei der konkreten Parteiwahl insgesamt die Christdemokraten mit klarem Abstand vor den Grünen und der SPD. Alle anderen Parteien folgen erst mit großem Abstand und erhalten nur wenig Unterstützung in der Wählerschaft. Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status würden ihr Kreuz bei Landtagswahlen eher bei der SPD setzen, Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status würden eher für die Christdemokraten stimmen und Personen mit hohem

sozioökonomischem Status würden sich verstärkt für die Grünen oder die FDP entscheiden. Dabei bestehen auch Unterschiede in Abhängigkeit vom Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger. Während die CDU und die FDP vor allem auf Unterstützer in ländlichen Gebieten blicken können, werden die Grünen und die SPD in kleinen städtischen und städtischen Gebieten bevorzugt gewählt.

Dem Föderalismus in Deutschland gegenüber sind die Befragten generell leicht positiv eingestellt und sie sind mit der Art und Weise, wie der Föderalismus in Deutschland funktioniert, ziemlich zufrieden. Dabei fallen diese Beurteilungen in städtischen Gebieten positiver aus. Auch Personen mit mittlerem oder hohem sozioökonomischem Status sind zum deutschen Föderalismus etwas positiver eingestellt und zeigen sich mit seiner Funktionsweise zufriedener. Geht es um die gewünschte Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Ebenen im föderalen System, so wünschen sich die Befragten häufig mehr Kompetenzen auf übergeordneten Ebenen – der Landesebene im Vergleich zur kommunalen Ebene und der Bundesebene im Vergleich zur Landesebene. Diese Tendenz ist besonders deutlich für Personen, die in ländlichen Gebieten leben sowie für Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Umfrage, dass die Einwohner Baden-Württembergs mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Bundesland durchaus zufrieden sind: Sie bewerten die politischen Institutionen und Amtsträger positiv, beteiligen sich an Aktivitäten von Vereinen und Verbänden, nutzen verschiedene Formen politischer Beteiligung und informieren sich über das politische Geschehen. Allerdings zeichnen sich dabei auch klare Unterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen und zwischen städtischen und ländlichen Gebieten ab. Insgesamt ist zudem festzuhalten, dass sich die Bürger durch bemerkenswert differenzierte Einstellungen auszeichnen, die stark nach Einstellungsgegenstand variieren.

## Inhaltsverzeichnis

<b>TEIL 1: Ziele und Merkmale der Studie</b> .....	<b>1</b>
<b>1. Der Demokratie Monitor: Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg (BDBaWü)</b> .....	<b>1</b>
<b>2. Merkmale der Bevölkerungsumfrage</b> .....	<b>2</b>
<b>3. Grundgesamtheit und Stichprobe</b> .....	<b>3</b>
3.1 Verstädterungsgrad.....	3
3.2 Sozioökonomischer Status.....	4
3.3 Gewichtung.....	5
<b>TEIL 2: Wichtigste Ergebnisse der Umfrage</b> .....	<b>7</b>
<b>1. Soziale und politische Orientierungen</b> .....	<b>7</b>
1.1 Lebenszufriedenheit und Verbundenheit.....	7
1.2 Soziale Toleranz.....	11
1.3 Soziales und politisches Vertrauen.....	13
1.4 Interesse an Politik.....	16
1.5 Soziale und politische Wertorientierungen.....	18
1.6 Links-rechts-Selbsteinstufung.....	20
1.7 Politisches Selbstbewusstsein.....	21
1.8 Parteibindungen.....	23
<b>2. Einstellungen gegenüber der Demokratie</b> .....	<b>26</b>
2.1 Zufriedenheit mit der Demokratie und Performanz des Bundeslandes Baden- Württemberg und Deutschland.....	26
2.2 Bürgertugenden.....	28
2.3 Demokratieverständnis.....	30
2.4 Einstellungen gegenüber dem Föderalismus.....	34
<b>3. Soziale und politische Beteiligung</b> .....	<b>39</b>
3.1 Wahlbeteiligung und Parteiwahl.....	39
3.2 Politische Beteiligung.....	43
3.3 Einstellungen zur Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg.....	45
3.4 Aktivitäten in und von Vereinen.....	51
3.5 Informelle Aktivitäten und Kontakte.....	53
<b>4. Information und Kommunikation</b> .....	<b>57</b>
4.1 Informationsquellen zur Landespolitik.....	57
4.2 Gespräche über Landespolitik.....	65

## TEIL 1: Ziele und Merkmale der Studie

### 1. Der Demokratie Monitor: Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg (BDBaWü)

Die Studie ‚Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg‘ basiert auf einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, in deren Rahmen 3019 deutschsprachige Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs im Alter von über 15 Jahren zwischen November 2013 und Februar 2014 interviewt wurden. Die ausgewählten Fragen wurden dabei auf Baden-Württemberg ausgerichtet und landesspezifische Themen, wie z. B. der Nationalpark Nordschwarzwald oder Stuttgart 21, wurden integriert. Die interviewten Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs waren somit mit Fragen aus folgenden Themenblöcken konfrontiert:

- soziale und politische Orientierungen
- Einstellungen gegenüber der Demokratie
- soziale und politische Beteiligung
- Information und Kommunikation
- ausgewählte landespolitische Themen

Mit der Überprüfung des demokratischen Charakters Baden-Württembergs auf Basis gesicherter empirischer Befunde knüpft ‚Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg‘ an Forschungsverfahren an, die seit den 1990er Jahren immer häufiger stattfinden. Dazu zählen u.a. das ‚Democratic Audit of the United Kingdom‘,<sup>2</sup> die vom International Institute for Democracy and Electoral Assistance entwickelten Verfahren zur Beurteilung des ‚State of Democracy‘,<sup>3</sup> sowie das ‚Citizenship, Involvement, Democracy‘-Projekt unter der Federführung der Universität Mannheim<sup>4</sup> und die britische Version dieser Studie.<sup>5</sup> Mit dem ‚Demokratie Audit Mannheim‘ wurde 2013 bereits ein ähnliches Projekt auf Kommunalebene in Baden-Württemberg realisiert.<sup>6</sup>

---

<sup>2</sup> Siehe für ausführliche Informationen: <http://www.democraticaudit.com/>.

<sup>3</sup> Siehe <http://www.idea.int/sod/index.cfm/>.

<sup>4</sup> Jan W. van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm (Hrsg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, London: Routledge, 2007.

<sup>5</sup> Charles Pattie, Patrick Seyd und Paul Whiteley, *Citizenship in Britain. Values, Participation and Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press, 2004.

<sup>6</sup> Für weitere Informationen und Ergebnisdokumentationen siehe: <http://www.demokratieauditmannheim.de/>.

## 2. Merkmale der Bevölkerungsumfrage

Die Umfrage wurde in der Zeit von Montag, 4. November 2013, bis Montag, 10. Februar 2014, vom Mannheimer Institut teleResearch GmbH durchgeführt und kann wie folgt charakterisiert werden:

Grundgesamtheit	Deutschsprachige Einwohner des Bundeslandes Baden-Württemberg ab 15 Jahren.
Stichprobenziehung	Die repräsentative Zufallsstichprobe wurde aus dem adm-Stichprobensystem für Telefonstichproben gezogen. Die Telefonnummern wurden dabei als haushaltsrepräsentatives Festnetz-Sample gezogen. Die Stichprobe beinhaltet somit auch nicht im Telefonbuch eingetragene Haushalte.
Netto-Stichprobe	3019 Interviews
Rücklaufquote	11,1 Prozent
Fragebogen	Der Fragebogen wurde von den MZES-Projektleitern entwickelt. Entwürfe sind mit Mitarbeitern der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH und der teleResearch GmbH besprochen worden.
Erhebungsmethode	Die Befragung wurde in Form von telefonischen CATI-Interviews realisiert. Der Fragebogen war komplett vorprogrammiert. Itemrotationen und Sprungregeln waren automatisiert, so dass sich die Interviewer voll auf das Gespräch konzentrieren konnten.
Befragungsdauer	Das durchschnittliche Interview dauerte 28,4 Minuten.
Kontaktversuche	Um eine optimale Ausschöpfung zu erzielen, wurden pro Haushalt bis zu zwanzig Kontaktversuche an verschiedenen Tagen zu unterschiedlichen Uhrzeiten unternommen. In der Regel wurden zwei Kontaktversuche an einem Tag realisiert. Dabei wurde nach acht bis zehn erfolgten Kontakten und dann nochmals nach 16 Kontakten eine Pause von mehreren Tagen eingelegt. Ausgenommen hiervon waren Interviews, die auf Terminvereinbarungen basierten.
Nachtelefonieren	Insgesamt 755 Interviews wurden durch Konversion „weicher“ Verweigerer realisiert. Dies entspricht einem Anteil von 24,9 Prozent.
Gewichtungen	Um Stichprobenverzerrungen und Non-Response-Effekte auszugleichen, wurde die Stichprobe in Anlehnung an die Daten des Mikrozensus gewichtet. Hierzu wurde eine Sonderauswertung aus den Daten des aktuellen Mikrozensus zum 30.01.2014 vom statistischen Landesamt Baden-Württemberg vorgenommen.

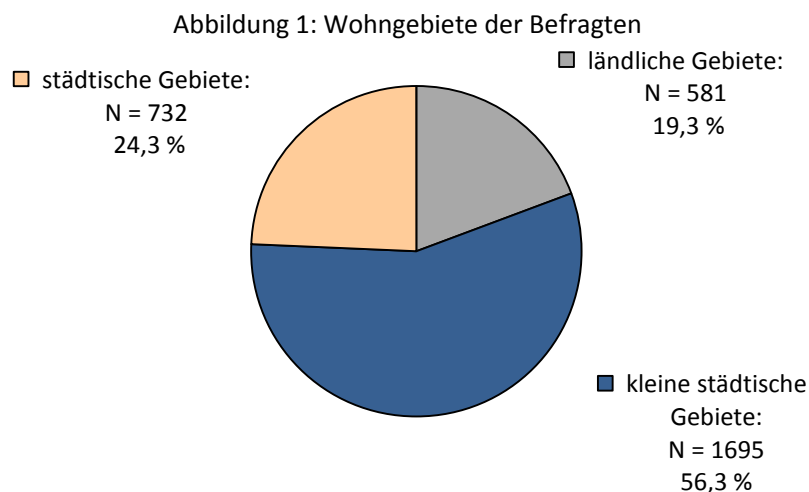


### 3. Grundgesamtheit und Stichprobe

Die in Teil 2 dargestellten wichtigsten Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage sind innerhalb der einzelnen Themenblöcke unter Bezugnahme auf Verstädterungsgrad und sozioökonomischen Status strukturiert. Die Berücksichtigung des Lebensumfelds bietet Einblicke auf lokaler Ebene und zeigt Unterschiede zwischen verschiedenen Gebietstypen auf. Mit der Unterscheidung zwischen Personen mit niedrigem, mittlerem und hohem sozioökonomischem Status werden wichtige Faktoren auf der Individualebene bedacht. Alle in Teil 2 präsentierten Ergebnisse unterliefen dabei einer Gewichtung zur Anpassung der Stichprobe an die Gegebenheiten der Grundgesamtheit.

#### 3.1 Verstädterungsgrad

Die Zuordnung des Verstädterungsgrads geschieht in Anlehnung an die von der Europäischen Kommission vorgenommene Gebietseinteilung in drei Typen.<sup>7</sup> Die Einteilung der Gebiete vor dem Aspekt der Bevölkerungskonzentration berücksichtigt dabei sowohl die Verdichtung als auch die räumliche Ausdehnung dieser Gebiete. (1) In *ländlichen Gebieten* leben mehr als 50 Prozent der Bevölkerung in dünn besiedelten Gebieten. (2) *Kleine städtische Gebiete* haben oft einen Vorortcharakter mit mittlerer Bevölkerungsdichte, wo weniger als 50 Prozent der Bevölkerung außerhalb städtischer Gebiete leben und weniger als 50 Prozent der Bevölkerung in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte leben. (3) Dicht besiedelte Gebiete, in denen mindestens 50 Prozent der Bevölkerung in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte leben, werden als *städtische Gebiete* bezeichnet. Die Informationen zum Verstädterungsgrad des Wohnorts der Befragten wurden Eurostat entnommen und den vorliegenden Umfragedaten zugespielt. Abbildung 1 bietet einen Überblick der Verteilung der Befragten in der Stichprobe über die unterschiedlichen Gebiete, in denen die befragten Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg leben. Kleine städtische Gebiete stellen das unmittelbare Lebensumfeld einer Mehrheit von ca. 56 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg dar. In städtischen Gebieten leben etwa 24 Prozent und in ländlichen Gebieten wohnen ungefähr 19 Prozent der Befragten.



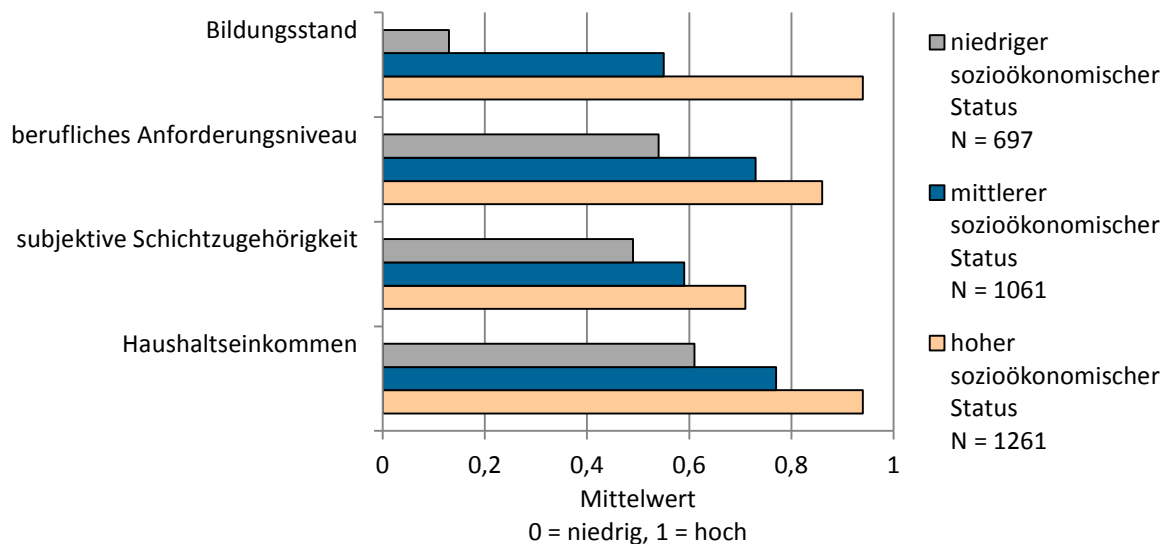
<sup>7</sup> Für ausführliche Informationen siehe: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/Statistics\\_on\\_income\\_and\\_living\\_conditions\\_by\\_degree\\_of\\_urbanisation/de#Verst.C3.A4dterungsgrad/](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Statistics_on_income_and_living_conditions_by_degree_of_urbanisation/de#Verst.C3.A4dterungsgrad/)

### 3.2 Sozioökonomischer Status

Der sozioökonomische Status der Befragten wird durch ein Messinstrument abgebildet, in das der Bildungsstand der Befragten, das Anforderungsniveau ihres Berufes nach der „Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010)“<sup>8</sup> der Bundesagentur für Arbeit, ihre subjektive Schichtzugehörigkeit,<sup>9</sup> sowie die Höhe ihres monatlichen Nettohaushaltseinkommens einfließen. Auf Basis der Ergebnisse einer Hauptkomponentenanalyse wurden die einzelnen Aspekte zu einem Messinstrument zusammengefasst und die Befragten schließlich in drei Kategorien eingeteilt. In der ersten Kategorie finden sich Personen mit *niedrigem sozioökonomischem Status*, die zweite Kategorie fasst Personen mit *mittlerem sozioökonomischem Status* zusammen und die dritte Kategorie bezieht sich auf Personen mit *hohem sozioökonomischem Status*.

Die Mittelwerte der Faktoren, auf denen die Berechnung des sozioökonomischen Status beruht, sind in Abbildung 2 für Personen mit niedrigem, mittlerem und hohem sozioökonomischem Status getrennt abgetragen und zeigen eine deutliche Abstufung. Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status verfügen über den niedrigsten Bildungsstand, das niedrigste berufliche Anforderungsniveau, die niedrigste subjektive Schichtzugehörigkeit und das niedrigste Einkommen. Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status weisen bessere Werte auf und Personen mit hohem sozioökonomischem Status zeigen sich am privilegiertesten. Die Unterschiede mit Hinblick auf den Bildungsstand fallen dabei am meisten ins Gewicht.

Abbildung 2: Aspekte des sozioökonomischen Status



<sup>8</sup> <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Klassifikation-der-Berufe/KldB2010/KldB2010-Nav.html>

<sup>9</sup> Hierbei wird zwischen unterer sozialer Schicht, unterer Mittelschicht, mittlerer Mittelschicht, oberer Mittelschicht, und oberer sozialer Schicht unterschieden.

Abbildung 3: Einteilung der Stichprobe nach sozioökonomischem Status

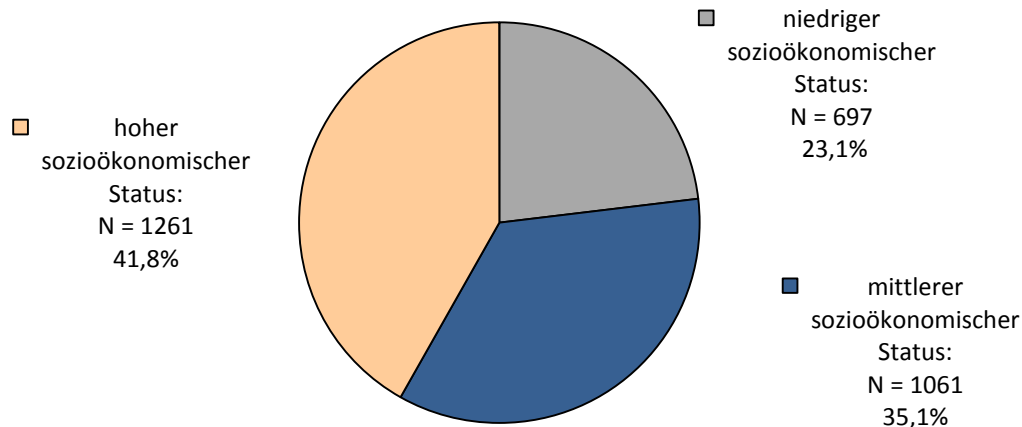


Abbildung 3 bietet schließlich einen Überblick darüber, wie sich die befragten Personen in Baden-Württemberg über die drei unterschiedlichen sozioökonomischen Statusgruppen verteilen. Mit einem Anteil von etwa 42 Prozent sind Personen mit hohem sozioökonomischem Status am stärksten in der Stichprobe vertreten, gefolgt von Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status. Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status bilden mit etwa 23 Prozent der Befragten die kleinste Gruppe.

### 3.3 Gewichtung

Um Stichprobenverzerrungen und Non-Response-Effekte auszugleichen, wurde die Stichprobe durch Gewichtung anhand der Daten des Mikrozensus an die zugrundeliegenden Gegebenheiten in der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs zum 30.01.2014 angeglichen. Dabei unterlief die Stichprobe Korrekturen mit Hinblick auf Geschlecht, Haushaltsgröße, Alter, Schulbildung und Religionszugehörigkeit. Tabelle 1 bietet nachfolgend einen Überblick über das Gewichtungsverfahren. In der ersten Spalte sind die tatsächlichen Gegebenheiten in Baden-Württemberg zum 30.1.2014 aufgenommen worden. Die zweite Spalte zeigt die Verteilung der nicht gewichteten Stichprobe. Die dritte Spalte zeigt die Stichprobenverteilung, wenn die einzelnen Merkmale ausschließlich eigenständig gewichtet werden. Das bedeutet, dass die in dieser Spalte gezeigten Werte lediglich für das jeweils zutreffende, spezifische Merkmal gewichtet wurden. So wurde der Anteil der Männer von Frauen und Männern beispielsweise in der dritten Spalte lediglich mit dem Geschlechtsgewicht an die Geschlechterverhältnisse in Baden-Württemberg angeglichen, die Haushaltsgröße ausschließlich mit einer Gewichtung für die Haushaltsgröße bedacht usw. Die vierte Spalte zeigt schließlich die durch die vorgenommene Gesamtgewichtung angepasste Stichprobenverteilung im Datensatz.

Nach Anwendung des Gesamtgewichts entsprechen die Verteilungen der Antworten in der Umfrage im Großen und Ganzen den wichtigsten Merkmalen der baden-württembergischen Bevölkerung (nur für die Haushaltsgröße bleibt eine Überrepräsentation von Mehrpersonenhaushalten bestehen). Alle deskriptiven Ergebnisse in diesem Bericht basieren auf gewichteten Berechnungen und sind somit als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg zu betrachten.

Tabelle 1: Gewichtung der Stichprobe

	Grund- gesamtheit Baden- Württemberg	Stichprobe, nicht gewichtet	Stichprobe, gewichtet nach Einzelmerkmalen	Stichprobe, gewichtet mit Gesamtgewicht
<u>Geschlecht</u>				
Frauen (%)	50,7	53,6	50,7	50,7
Männer (%)	49,3	46,4	49,3	49,3
<u>Haushaltsgröße</u>				
1 (%)	38,0	23,8	38,0	26,7
1+ (%)	62,0	76,2	62,0	73,3
<u>Alter</u>				
15-34 (%)	27,7	16,6	27,4	28,6
35-54 (%)	35,4	39,9	34,9	34,6
55-64 (%)	14,2	20,4	15,0	14,8
65+ (%)	22,9	23,0	22,6	22,0
<u>Bildung</u>				
ohne Abschluss und Hauptabschluss (%)	47,5	23,1	47,5	42,1
Mittlere Reife (%)	24,8	30,4	24,8	27,3
Fachhochschulreife und Abitur (%)	27,6	46,4	27,6	30,6
<u>Religionszugehörigkeit</u>				
Evangelisch/protestantisch (%)	33,7	38,1	33,7	33,6
Römisch-katholisch (%)	37,2	35,2	37,2	39,8
Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften und Konfessionslose (%)	29,1	26,7	29,1	26,6

## TEIL 2: Wichtigste Ergebnisse der Umfrage

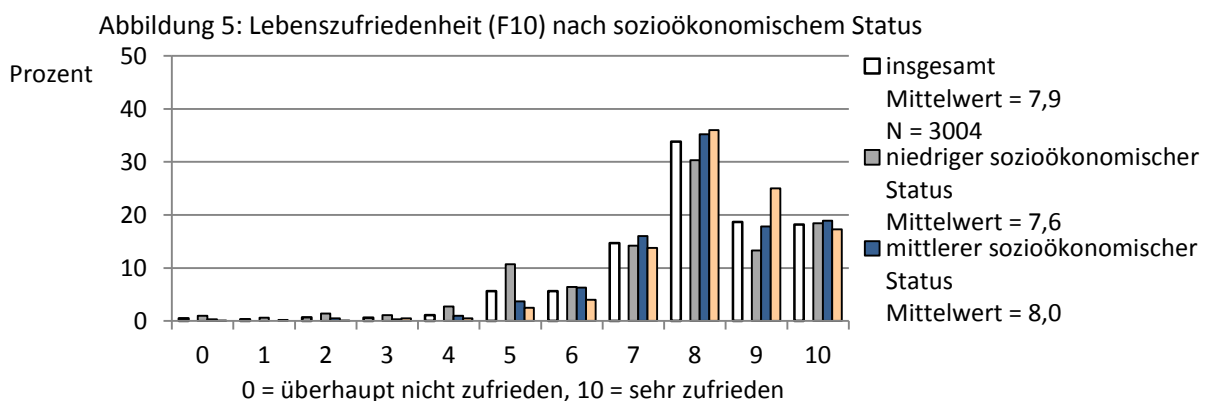
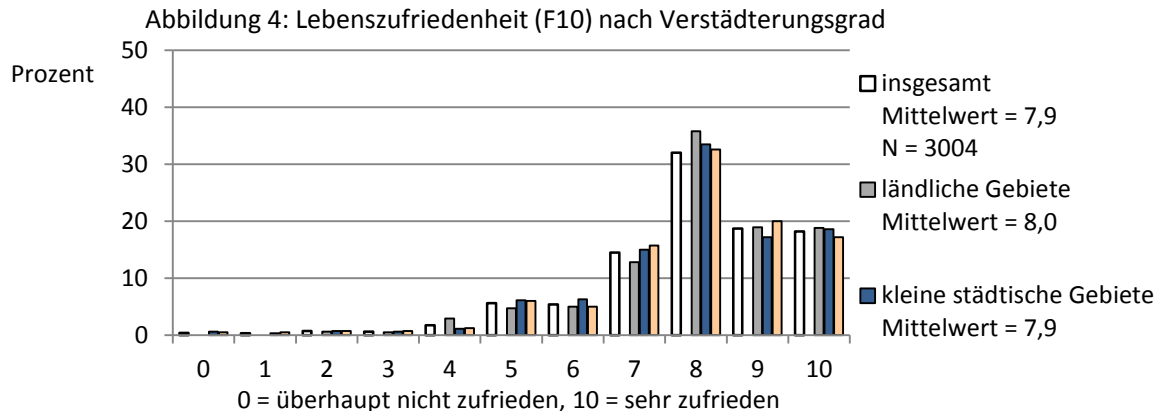
### 1. Soziale und politische Orientierungen

#### 1.1 Lebenszufriedenheit und Verbundenheit

Zum Ermitteln der Lebenszufriedenheit wurden die Befragten mit folgender Fragestellung gebeten, die Zufriedenheit mit ihrem Leben anzugeben:

„Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem gegenwärtigen Leben? Bitte antworten Sie wieder anhand der Skala von 0 bis 10. Diesmal bedeutet 0: ‚sehr unzufrieden‘, 10 bedeutet ‚sehr zufrieden‘. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“

Wie zufrieden die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs mit ihrem Leben sind, ist den Abbildungen 4 und 5 zu entnehmen. Abbildung 4 zeigt zunächst die prozentuale Verteilung der Lebenszufriedenheit über die verschiedenen Skalenpunkte und unterscheidet dabei nach Verstädterungsgrad. In Abbildung 5 wird dann ein Vergleich der Lebenszufriedenheit nach sozioökonomischem Status vorgenommen. Insgesamt sind die Einwohner Baden-Württembergs mit einem Mittelwert von 7,9 mit ihrem Leben ziemlich zufrieden. Es bestehen auch kaum Unterschiede zwischen Personen in ländlichen, kleinen städtischen und städtischen Gebieten – sie sind gleichermaßen zufrieden. In Abbildung 5 ist jedoch erkennbar, dass Personen mit hohem sozioökonomischem Status zufriedener mit ihrem Leben sind als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status. Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status sind im Vergleich am unzufriedensten mit ihrem Leben.



Die Abbildungen 6 bis 11 zeigen, wie stark sich die Befragten mit Baden-Württemberg, Deutschland und Europa verbunden fühlen. Exemplarisch für das Gefühl der Verbundenheit mit Baden-Württemberg wurden die Befragten mit der Frage konfrontiert:

„Wie stark fühlen Sie sich mit Baden-Württemberg verbunden? Denken Sie bitte an eine Skala, die von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet ‚überhaupt nicht verbunden‘, 10 bedeutet ‚sehr stark verbunden‘. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“

Die Abbildungen 6 bis 8 unterscheiden wieder zwischen dem Verstädterungsgrad der Kommunen, in denen die Befragten leben. Die Abbildungen 9 bis 11 vergleichen das Gefühl der Verbundenheit von Personen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Status. Insgesamt ist das Gefühl der Verbundenheit mit Deutschland im Mittel am stärksten ausgeprägt. Während das Verbundenheitsgefühl mit Baden-Württemberg dem nicht sehr nachsteht, drücken die Befragten im Durchschnitt eine deutlich niedrigere Verbundenheit mit Europa aus.

Mit Hinblick auf die Unterscheidung nach dem Verstädterungsgrad des Wohnortes der Befragten in Abbildung 6 ist das Gefühl der Verbundenheit mit Baden-Württemberg auf der einen Seite in städtischen Gebieten stärker ausgeprägt als in ländlichen und kleinen städtischen Gebieten. Das Gefühl der Verbundenheit mit Deutschland auf der anderen Seite ist in städtischen Gebieten am schwächsten, während es in ländlichen und kleinen städtischen Gebieten gleichermaßen stärker ist (Abbildung 7). Das stärkste Verbundenheitsgefühl mit Europa wird von Personen geäußert, die in ländlichen Gebieten leben (Abbildung 8). Allerdings sind die Unterschiede zwischen Gebieten verschiedenen Verstädterungsgrads insgesamt nicht sehr stark ausgeprägt.

Während auch kaum Unterschiede in den geäußerten Verbundenheitsgefühlen zu Deutschland bestehen, unterscheidet sich das Verbundenheitsgefühl zu Baden-Württemberg und besonders Europa deutlicher nach sozioökonomischen Status. Wie in Abbildung 9 ersichtlich, zeigen Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status die stärkste Verbundenheit mit Baden-Württemberg, gefolgt von Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status. Personen mit hohem sozioökonomischem Status fühlen sich am wenigsten mit Baden-Württemberg verbunden. In genau umgekehrter Reihenfolge ist die Verbundenheit mit Europa bei Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status am niedrigsten, gefolgt von Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status. Bei Personen mit hohem sozioökonomischem Status ist die Verbundenheit mit Europa am stärksten ausgeprägt (Abbildung 11).

Abbildung 6: Gefühl der Verbundenheit mit Baden-Württemberg (F2) nach Verstärterungsgrad

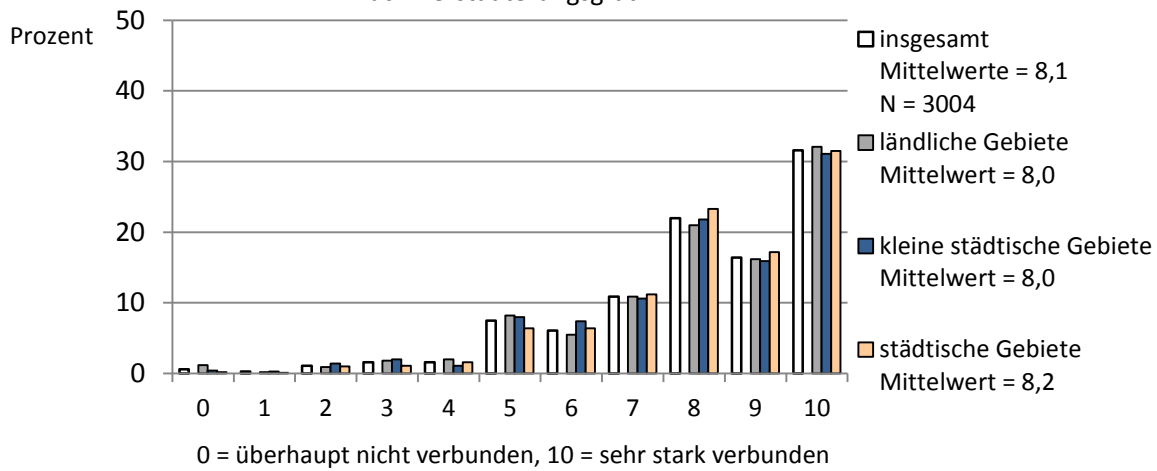


Abbildung 7: Gefühl der Verbundenheit mit Deutschland (F1) nach Verstärterungsgrad

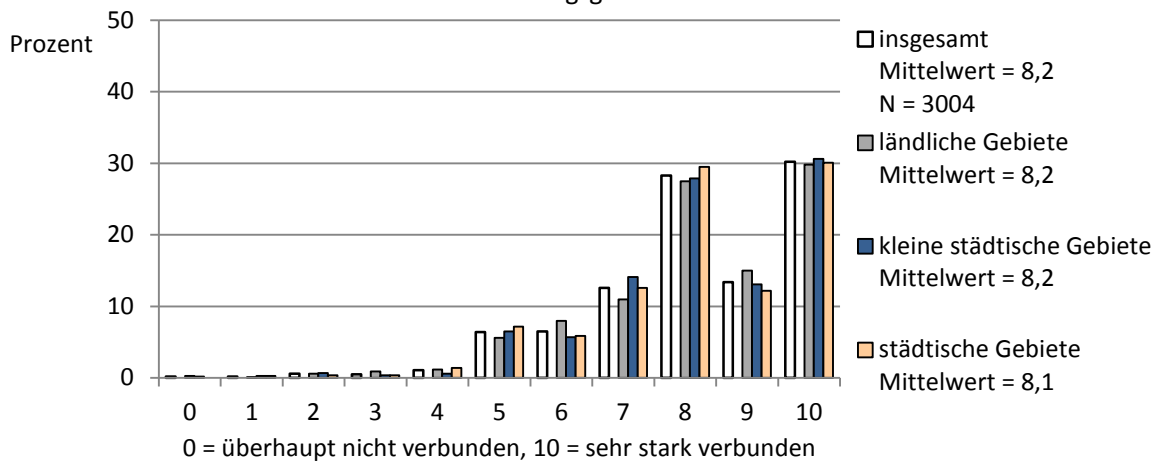


Abbildung 8: Verbundenheit mit Europa (F3) nach Verstärterungsgrad

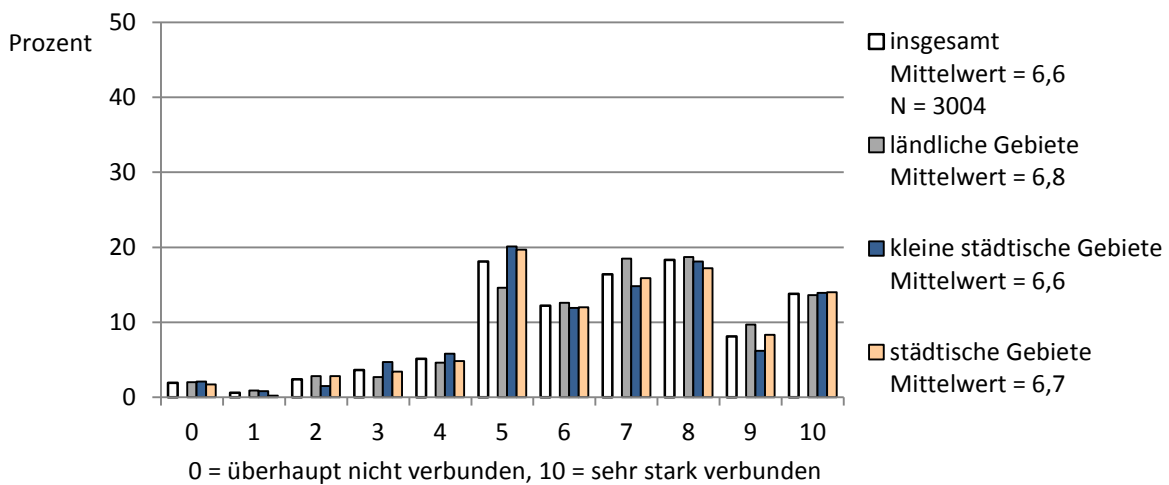


Abbildung 9: Verbundenheit mit Baden-Württemberg (F2) nach sozioökonomischem Status

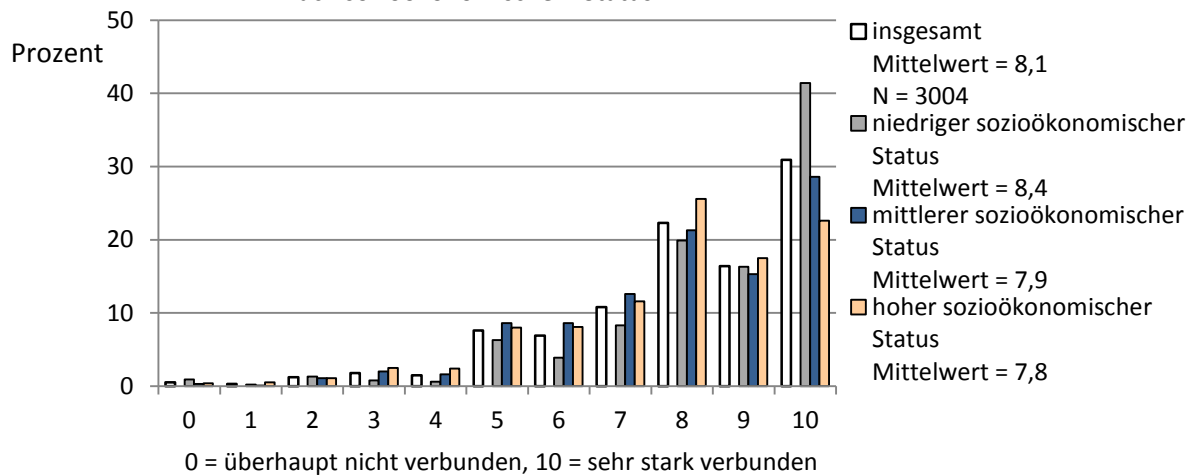


Abbildung 10 : Verbundenheit mit Deutschland (F1) nach sozioökonomischem Status

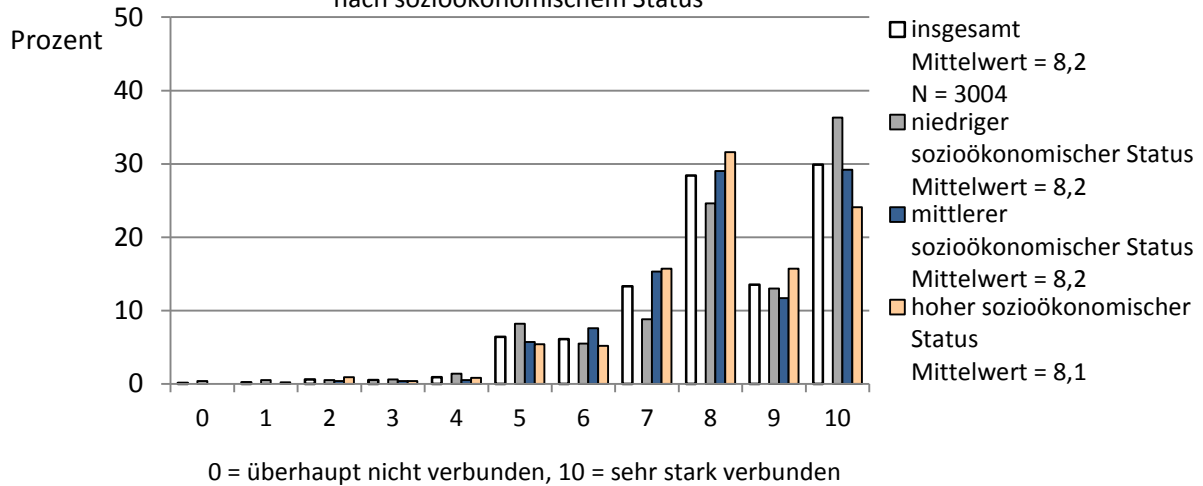
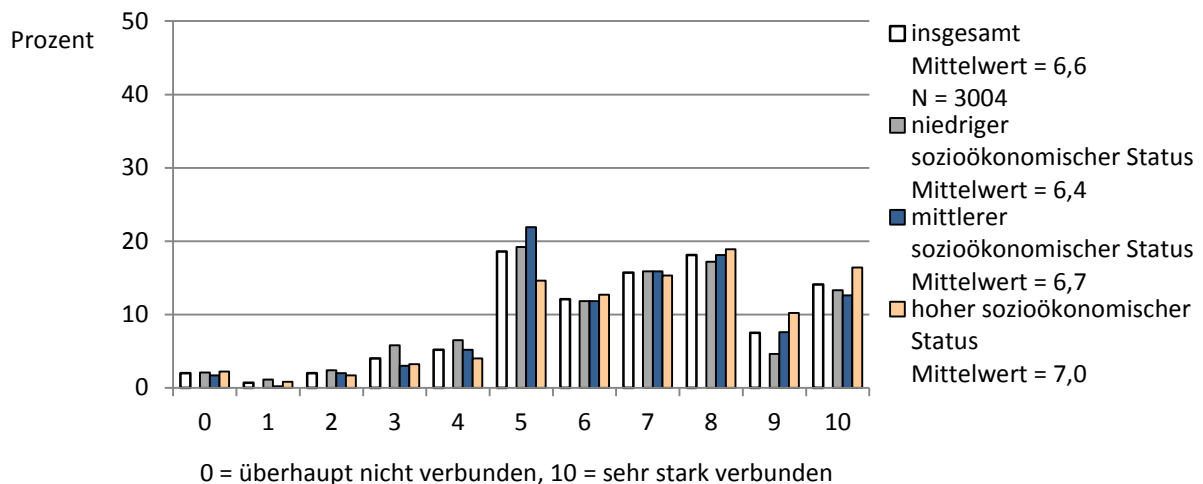


Abbildung 11: Verbundenheit mit Europa (F3) nach sozioökonomischem Status





## 1.2 Soziale Toleranz

Zur Einschätzung der sozialen Toleranz wurden die Befragten mit einer Auflistung unterschiedlicher Personengruppen konfrontiert und gebeten anzugeben, ob sie die einzelnen Gruppen als Nachbarn akzeptieren würden oder ob es darunter welche gibt, die sie nicht als Nachbarn haben möchten. Die Auflistung der Gruppen beschränkte sich auf christliche Fundamentalisten, islamische Fundamentalisten, Linksextremisten, Leute mit krimineller Vergangenheit, Leute einer anderen ethnischen Gruppe, Rechtsextremisten und Drogenabhängige. Anschließend war es den Befragten jedoch möglich weitere Gruppen frei zu nennen, die sie nicht als Nachbarn haben möchten. 514 Personen nutzten diese Möglichkeit. Am häufigsten wurden hier Extremisten, „Kinderschänder“ und „Ausländer“ genannt.

Abbildung 12 und 13 fassen den Anteil derjenigen Befragten zusammen, die keine Einwände gegen die jeweilige Gruppe als Nachbarn haben und ihnen somit soziale Toleranz entgegenbringen. Im Allgemeinen zeigen sich die Befragten gegenüber Leuten, die einer anderen ethnischen Gruppe angehören, am tolerantesten. Sie sind in allen Gebieten bei deutlich über 80 Prozent der Personen als Nachbarn erwünscht. Politische Extremisten – insbesondere Rechtsextremisten – erfahren am wenigsten Toleranz. Dabei bestehen kaum Unterschiede mit Hinblick auf den Verstädterungsgrad. Die Unterschiede sind wiederum deutlicher bei der Unterscheidung nach sozioökonomischem Status (Abbildung 13). Personen mit hohem sozioökonomischem Status sind im Allgemeinen am tolerantesten eingestellt. Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status zeigen sich allerdings gegenüber religiösen Extremisten toleranter.

Abbildung 12: Soziale Toleranz (F12\_1 bis F12\_7) nach Verstädterungsgrad

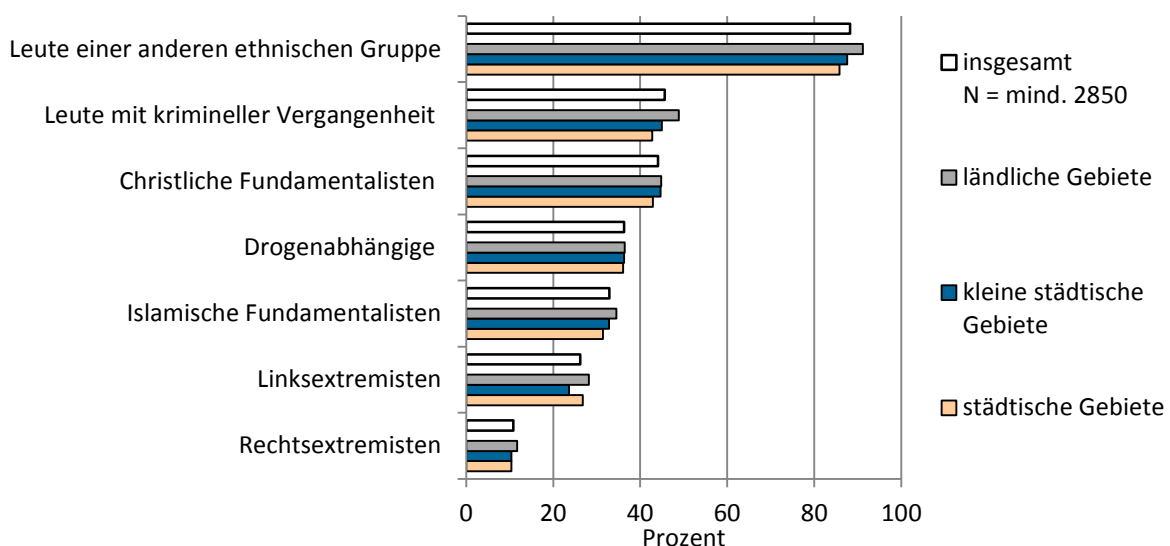
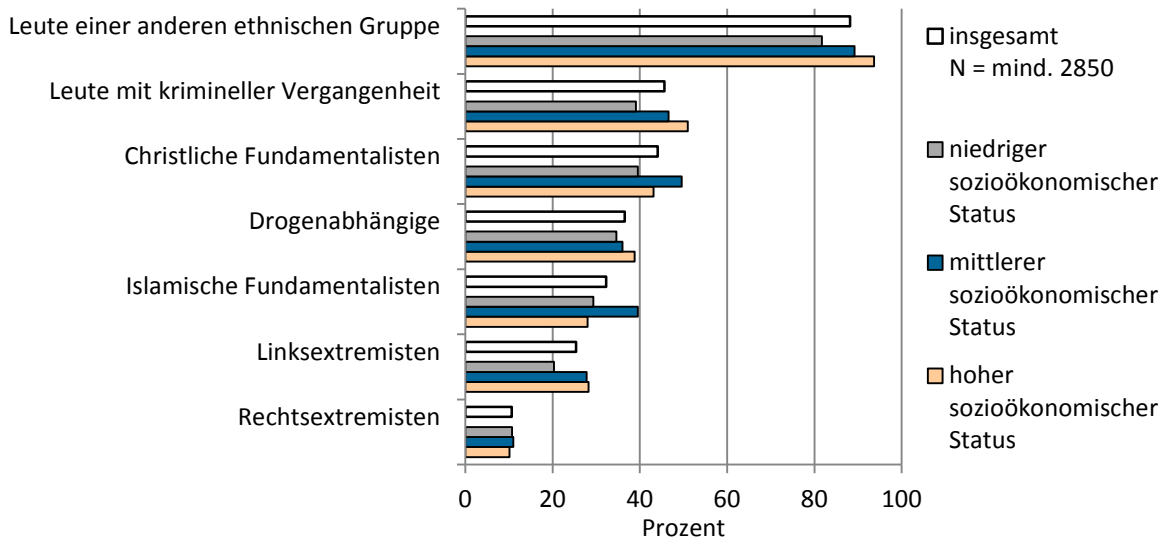


Abbildung 13: Soziale Toleranz (F12\_1 bis F12\_7) nach sozioökonomischem Status

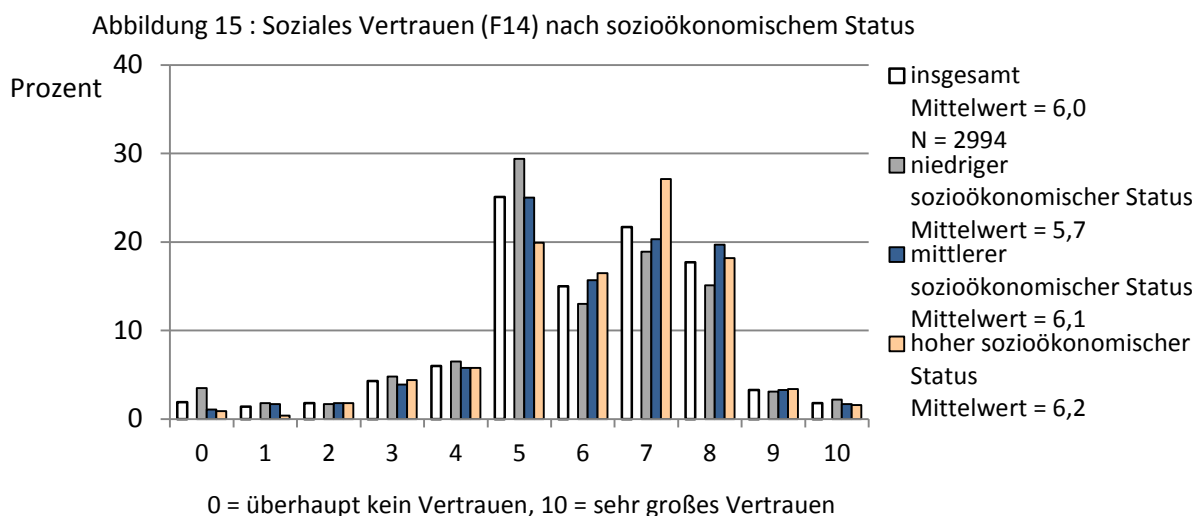
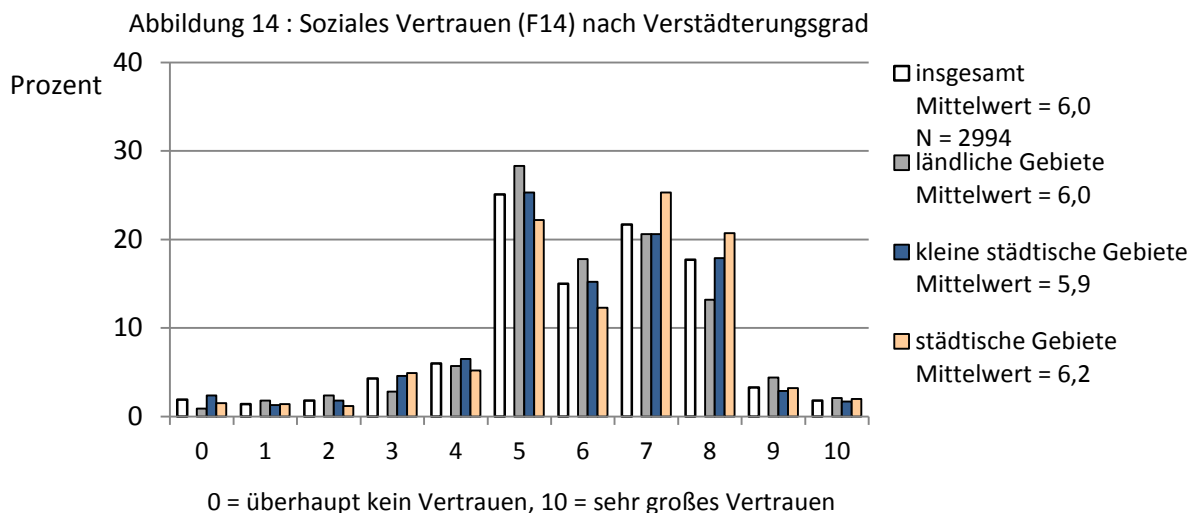


### 1.3 Soziales und politisches Vertrauen

Während das soziale Vertrauen auf das generelle Vertrauen in Menschen eingeht, bezieht sich das politische Vertrauen im Rahmen dieser Studie auf das Vertrauen in politische Institutionen in Baden-Württemberg und Deutschland. Das soziale Vertrauen wurde mit folgender Formulierung erfragt:

„Auf einer Skala von 0 bis 10, wie sehr vertrauen Sie anderen Menschen? 0 bedeutet, dass Sie den meisten Menschen überhaupt nicht vertrauen. 10 bedeutet, dass Sie den meisten Menschen sehr vertrauen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstimmen.“

Im Allgemeinen vertrauen die meisten Befragten anderen Menschen mäßig stark – auf der Skala von 0 bis 10 liegen die meisten Einstufungen im Bereich zwischen 5 und 8. Wie in Abbildung 14 ersichtlich, ist das Vertrauen anderen Menschen gegenüber in städtischen Gebieten am stärksten ausgeprägt. Abbildung 15 zeigt darüber hinaus, dass Personen mit höherem sozioökonomischem Status anderen Menschen größeres Vertrauen entgegenbringen als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status, während Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status anderen Menschen am wenigsten vertrauen.



Auf das politische Vertrauen eingehend, wurde mit der Fragestellung „Wie sehr vertrauen Sie persönlich...?“ eingeleitet. Anschließend wurden die Befragten dazu aufgefordert ihr Vertrauen in folgende politische Institutionen einzustufen:

- die Parteien in Deutschland,
- den Deutschen Bundestag,
- die Bundesregierung,
- die Gerichte in Deutschland und
- die Polizei in Deutschland
- die Parteien in Baden-Württemberg,
- den Landtag von Baden-Württemberg und
- der Landesregierung von Baden-Württemberg

Dazu stand ihnen wieder die Skala von 0 bis 10 zu Verfügung, wobei 0 nun überhaupt kein Vertrauen reflektiert und 10 sehr großes Vertrauen.

Die Mittelwerte in Abbildung 16 mit der Unterscheidung des politischen Vertrauens nach Gebieten verschiedenen Verstädterungsgrads und Abbildung 17 mit der Unterscheidung nach sozioökonomischem Status zeigen, dass die Polizei insgesamt das meiste Vertrauen in der Bevölkerung in Baden-Württemberg genießt. Dicht gefolgt von den Gerichten in Deutschland vertrauen die Bürgerinnen und Bürger den Institutionen des Rechtswesens am meisten. Das Vertrauen in politische Institutionen Baden-Württembergs – die Landesregierung, den Landtag und die Parteien – bewegt sich im mittleren Bereich, ist allerdings stärker ausgeprägt als das Vertrauen in bundespolitische Institutionen. Die Parteien in Deutschland genießen insgesamt das niedrigste Vertrauen unter den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs. Dabei bestehen kaum Unterschiede mit Hinsicht auf den Verstädterungsgrad. In Abbildung 17 ist jedoch ersichtlich, dass Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status in der Regel auch das niedrigste politische Vertrauen aufweisen und Personen mit hohem sozioökonomischem Status politischen Institutionen generell mehr Vertrauen entgegenbringen als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status.

Abbildung 16: Politisches Vertrauen (F15\_1 bis F15\_8) nach Verstädterungsgrad

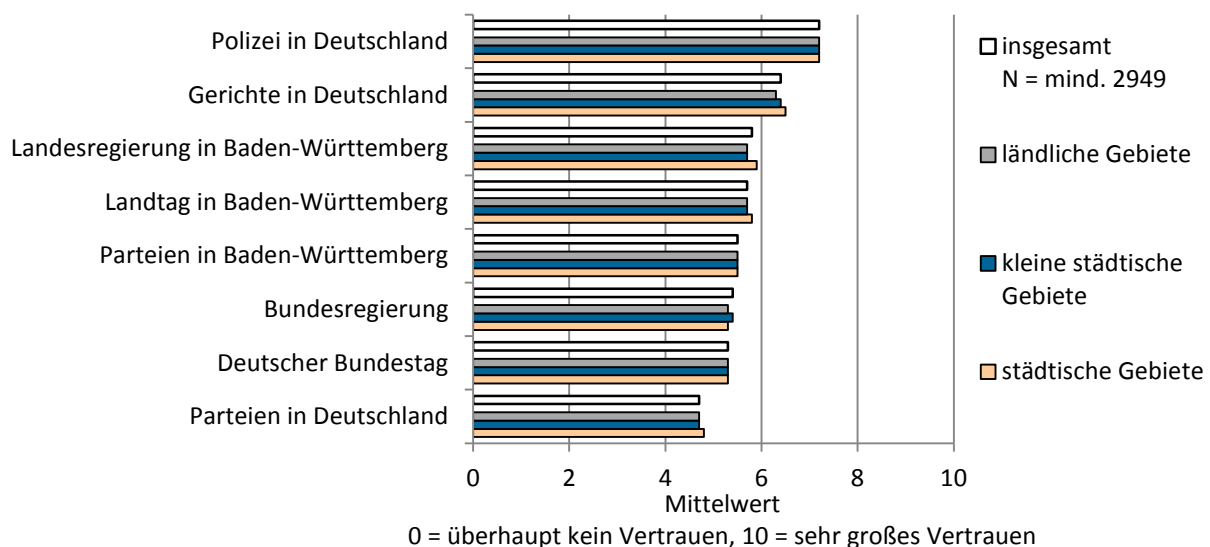
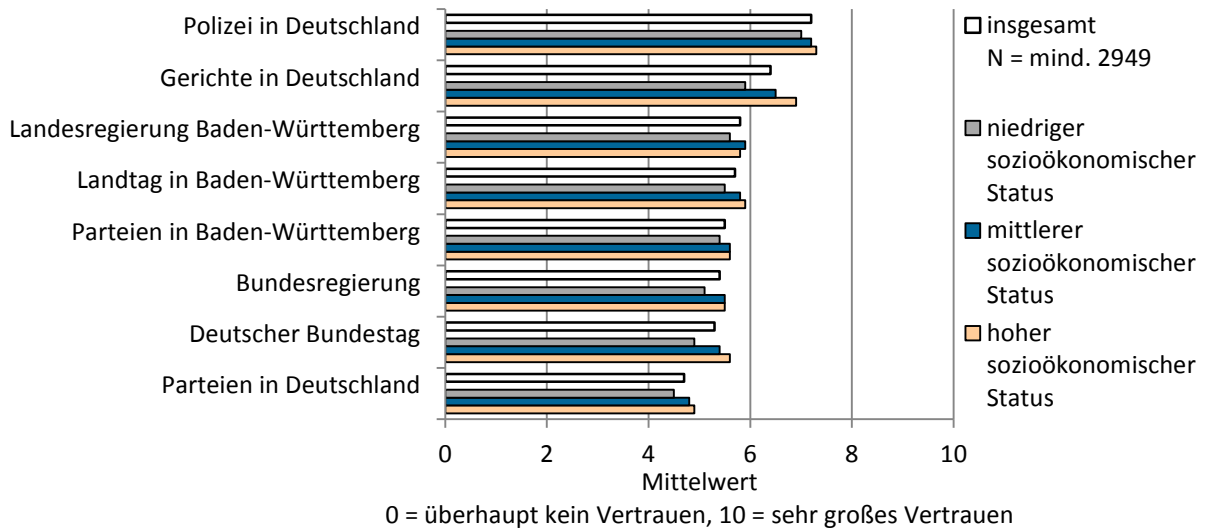


Abbildung 17: Politisches Vertrauen (F15\_1 bis F15\_8)  
nach sozioökonomischem Status



### 1.4 Interesse an Politik

Das politische Interesse wurde getrennt für Politik im Allgemeinen und Politik in Baden-Württemberg aufgenommen. Zunächst wurde den Befragten folgende Frage gestellt:

„Wie stark sind Sie an Politik interessiert? Sind Sie an Politik sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert oder überhaupt nicht interessiert?“

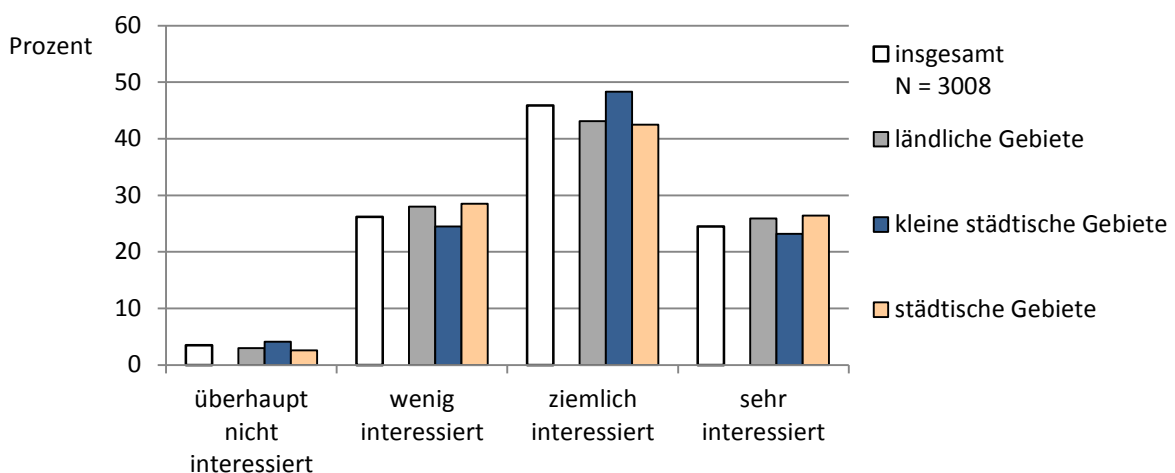
Das Interesse an Politik auf der Landesebene wurde dann wie folgt erfragt:

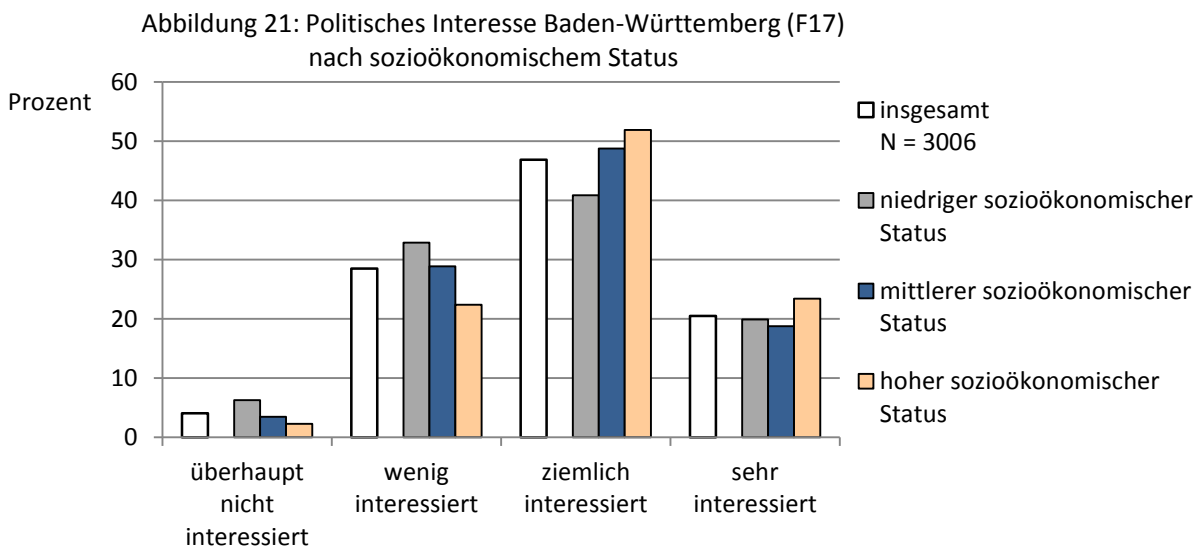
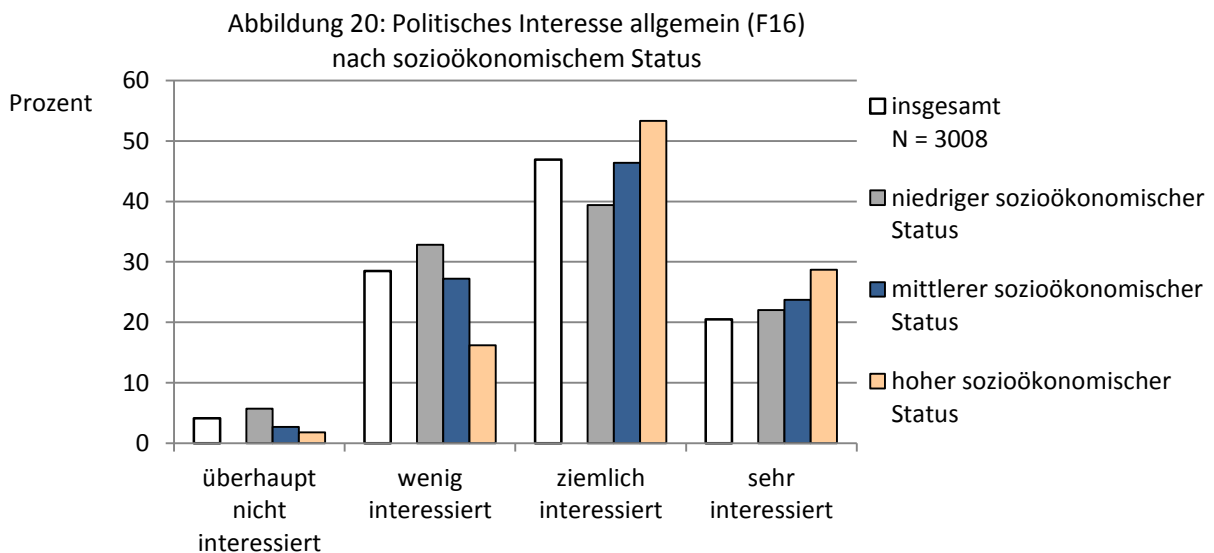
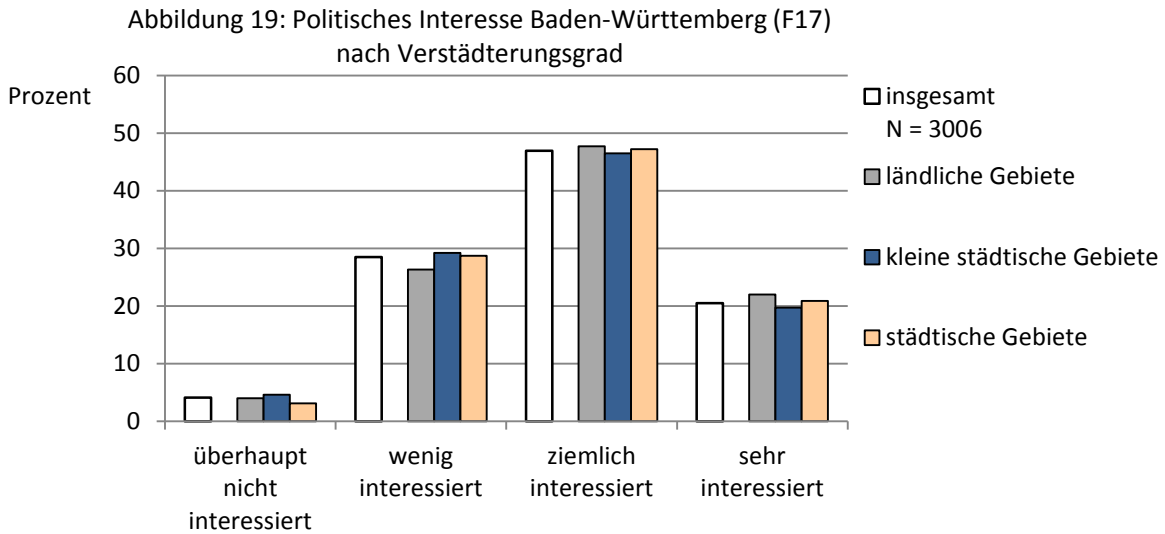
„Und wie stark sind Sie speziell an der Landespolitik hier in Baden-Württemberg interessiert?“

Auch in diesem Fall konnten die Befragten wieder mit „sehr interessiert“, „ziemlich interessiert“, „wenig interessiert“, „überhaupt nicht interessiert“ antworten.

Die Abbildungen 18 bis 21 zeigen, dass die meisten Befragten an Politik „ziemlich interessiert“ sind. Es gibt im Allgemeinen nur wenige Personen, die sich für Politik überhaupt nicht interessieren. Während kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Gebieten in Baden-Württemberg existieren, unterscheidet sich die Stärke des politischen Interesses in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Status. Dies wird in den Unterschieden zwischen den Gruppen in Abbildung 20 und 21 deutlich. Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem sozioökonomischem Status sind weniger an Politik interessiert als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status. Personen mit hohem sozioökonomischem Status zeigen das größte Interesse an Politik im Allgemeinen und in Baden-Württemberg.

Abbildung 18: Politisches Interesse allgemein (F16) nach Verstädterungsgrad





## 1.5 Soziale und politische Wertorientierungen

Nach der politisch-soziologischen Theorie des Postmaterialismus wird davon ausgegangen, dass materielle Bedürfnisse – was auch die physische und psychische Sicherheit miteinschließt – auf Grund ihrer weitgehenden Befriedigung in modernen Demokratien in den Hintergrund rücken, während die Erfüllung von immateriellen Bedürfnissen – wie beispielsweise emanzipative, ökologische oder ästhetische Werte – zunehmend wichtiger werden.<sup>10</sup> Der Unterscheidung zwischen materieller und postmaterieller Orientierung wurde sich mit der Auflistung folgender Ziele genähert:

„Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Ich lese Ihnen nun verschiedene Ziele vor, die man in der Politik verfolgen kann:

- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land.
- Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidung der Regierung.
- Kampf gegen die steigenden Preise.
- Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung.“

Mit dieser Auswahl an politischen Zielen wurden die Befragten in zwei Schritten gebeten ihre Präferenzen zu äußern, indem sie zunächst das wichtigste Ziel auswählen sollten und dann das Ziel nennen sollten, das ihnen als zweitwichtigstes erscheint:

„Wenn Sie zwischen diesen Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene Ihnen persönlich am wichtigsten?“ – „Und welches erschiene Ihnen am zweitwichtigsten?“

In Anlehnung an die Unterscheidung zwischen materieller und postmaterieller Wertorientierung wurden die Befragten entsprechend der Kombination ihrer genannten Präferenzen in drei Gruppen eingeteilt: Materialisten, Mischtypen und Postmaterialisten. Erachten Befragte „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land“ sowie „Kampf gegen steigende Preise“ als wichtigste Ziele, fallen sie in die Personengruppe der Materialisten. Sind „Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidung der Regierung“ und „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“ die beiden wichtigsten Ziele, so handelt es sich bei den Befragten um Postmaterialisten. Personen mit allen übrigen Antwortkombinationen fallen in die Gruppe der Mischtypen.

Die Gruppe der Mischtypen ist generell am weitesten verbreitet, gefolgt von Postmaterialisten und schließlich Materialisten. Dabei ist der Anteil der Materialisten in ländlichen Gebieten größer, als in kleinen städtischen Gebieten. In städtischen Gebieten ist der Anteil der Materialisten am kleinsten. Mit dem Anteil der Postmaterialisten in den verschiedenen Gebieten verhält es sich genau umgekehrt: Der Anteil der Postmaterialisten ist in städtischen Gebieten am größten, gefolgt von kleinen städtischen Gebieten. In ländlichen Gebieten ist der Anteil der Postmaterialisten am geringsten (Abbildung 22).

Mit Hinblick auf Abbildung 23 und der Unterscheidung nach sozioökonomischem Status lässt sich feststellen, dass der Anteil an Materialisten mit steigendem sozioökonomischem Status abnimmt und der Anteil der Postmaterialisten zunimmt.

---

<sup>10</sup> Ronald Inglehart. The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. New Jersey: Princeton University Press, 1977.



Abbildung 22: Materialismus-Postmaterialismus nach Verstädterungsgrad

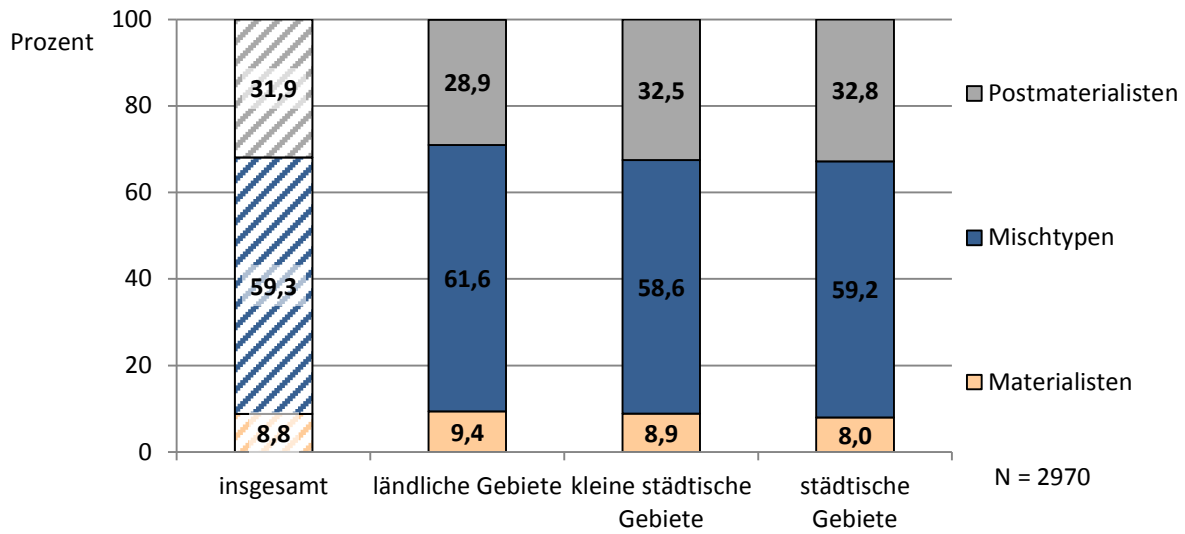
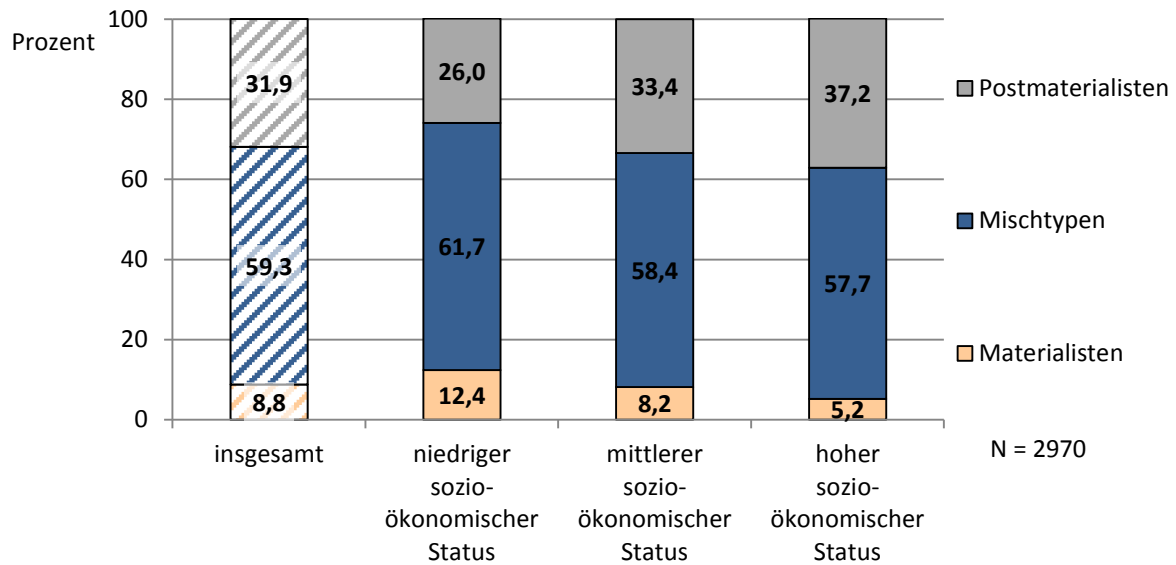


Abbildung 23: Materialismus-Postmaterialismus nach sozioökonomischen Status



### 1.6 Links-Rechts-Selbsteinstufung

Zur Ermittlung der allgemeinen politischen Einstellung wurden die Befragten gebeten sich auf der geläufigen Links-Rechts-Skala, die hier von 0 bis 10 reicht, einzustufen. Die Frage ist konkret wie folgt formuliert:

„Wenn es um Politik geht, sprechen viele Leute von ‚links‘ und ‚rechts‘. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, wo Sie sich zwischen 0 und 10 einstufen.“

Ein Wert von 0 vermittelt hierbei eine sehr linke Einstellung, während der Wert 10 eine sehr rechte politische Einstellung reflektiert.

Die Abbildungen 24 und 25 zeigen, dass sich die Mehrheit der Befragten in der Mitte der Skala einordnet. Dabei sind Personen in städtischen Gebieten stärker politisch links eingestellt als Personen in kleinen städtischen Gebieten, die sich wiederum weiter links einstufen als Personen in ländlichen Gebieten. Mit Hinblick auf die Unterscheidung nach sozioökonomischem Status ist ebenfalls ein Zusammenhang erkennbar. Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status konzentrieren sich stärker auf den mittleren Wert 5 und geben verstärkt extreme Werte auf der Skala an, während Personen mit hohem sozioökonomischem Status eher Werte um die 5 auswählen.

Abbildung 24: Links-Rechts-Selbsteinstufung (F20) nach Verstärterungsgrad

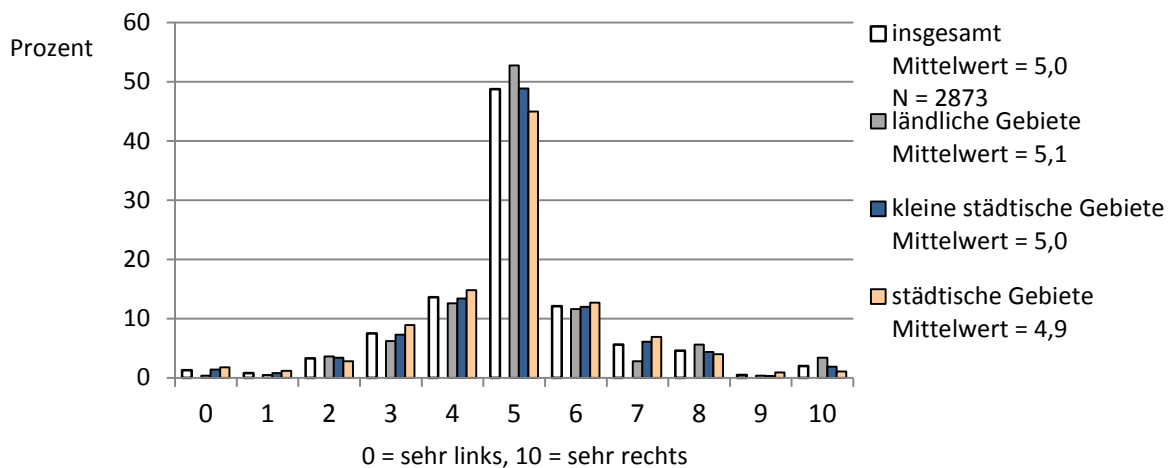
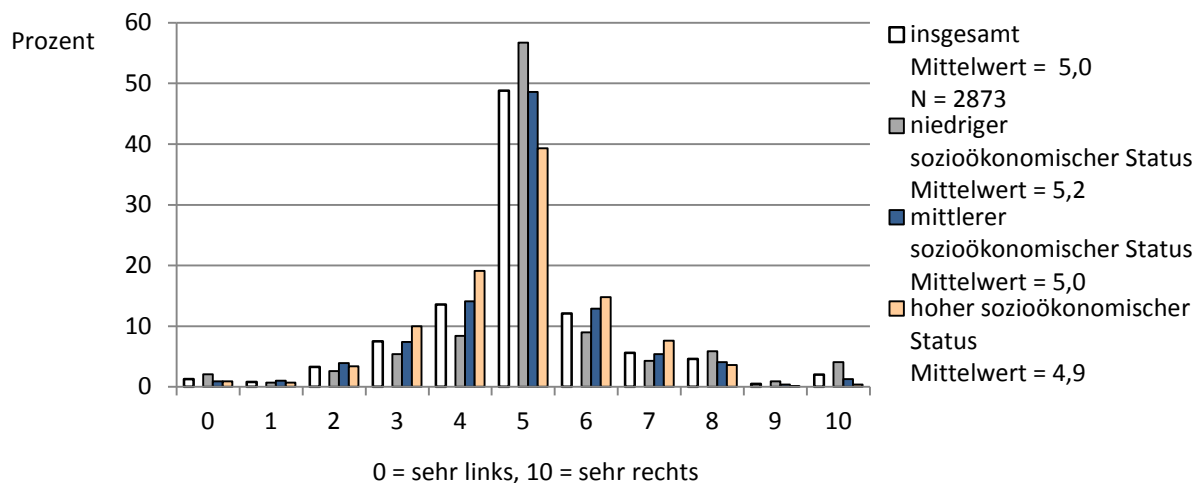


Abbildung 25: Links-Rechts-Selbsteinstufung (F20) nach sozioökonomischem Status



### 1.7 Politisches Selbstbewusstsein

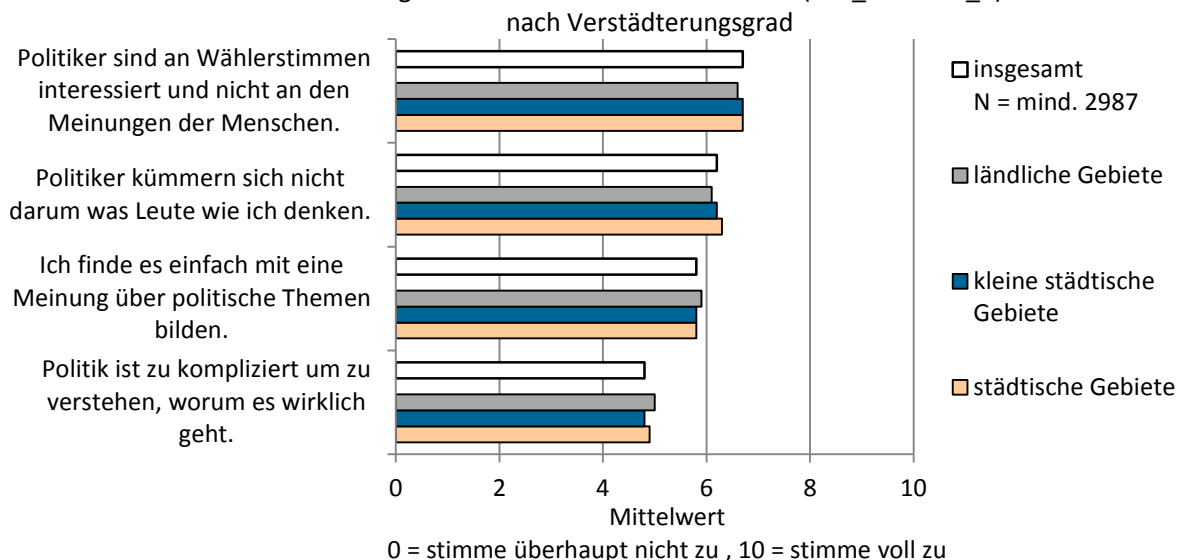
Das politische Selbstbewusstsein umfasst die Einschätzungen der eigenen Wirksamkeit im politischen Bereich („efficacy“). Zur Ermittlung dessen wurden die Befragten mit folgenden vier Aussagen konfrontiert und gebeten ihre Zustimmung auf einer Skala von 0 bis 10 einzustufen:<sup>11</sup>

- „Politik ist zu kompliziert um zu verstehen, worum es wirklich geht.“
- „Ich finde es einfach mir eine Meinung über politische Themen zu bilden.“
- „Die meisten Politiker sind nur an Wählerstimmen interessiert und nicht an den Meinungen der Menschen.“
- „Politiker kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken.“

0 bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Befragten der Aussage überhaupt nicht zustimmen und 10 bedeutet, dass die Befragten dieser Aussage voll zustimmen.

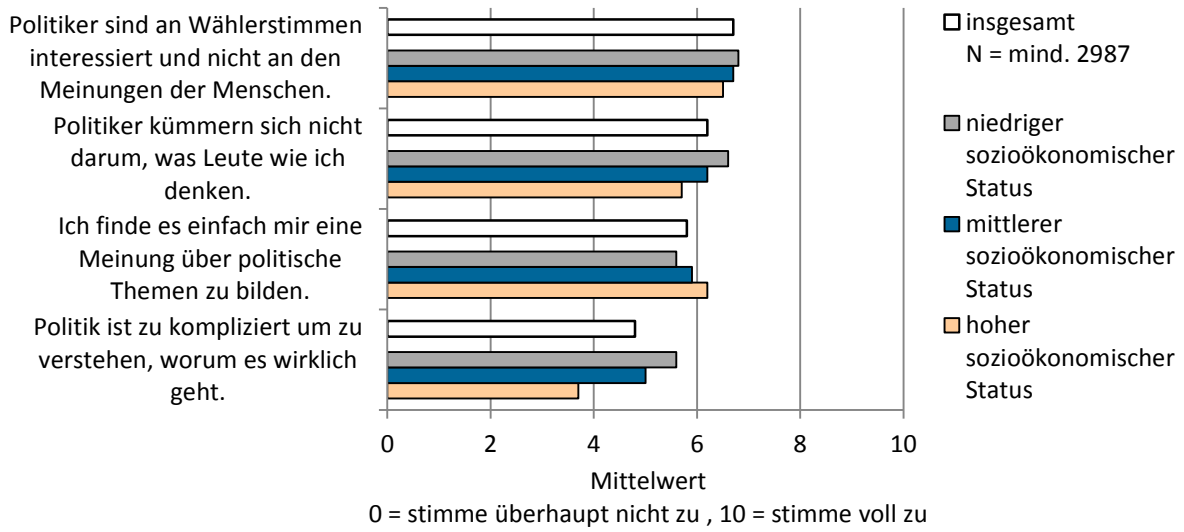
Im Allgemeinen verfügen die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg über ein mittleres politisches Selbstbewusstsein. Wobei die Aussage, dass Politiker stärker an Wählerstimmen als an den Meinungen der Menschen interessiert seien, die meiste Zustimmung erhält, gefolgt von der Meinung, Politiker würden sich nicht darum kümmern, was Leute denken. Während kaum Unterschiede mit Bezug auf den Verstädterungsgrad bestehen (Abbildung 26), sind deutliche Unterschiede auf Basis des sozioökonomischen Status erkennbar (Abbildung 27). Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status zeigen ein niedrigeres politisches Selbstbewusstsein als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status, während das politische Selbstbewusstsein für Personen mit hohem sozioökonomischem Status am stärksten ausgeprägt ist.

Abbildung 26: Politisches Selbstbewusstsein (F21\_1 bis F21\_4)



<sup>11</sup> Diese Aufforderung war dabei konkret wie folgt formuliert: „Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Auf einer Skala von 0 bis 10: 0 bedeutet, dass sie der Aussage überhaupt nicht zustimmen, 10 bedeutet, dass Sie der Aussage voll zustimmen.“

Abbildung 27: Politisches Selbstbewusstsein (F21\_1 bis F21\_4)  
nach sozioökonomischem Status



### 1.8 Parteibindung

Unter Parteibindungen werden stabile, tief in der Persönlichkeit verankerte, gefühlsmäßige Bindungen von Personen an eine bestimmte Partei verstanden. Diese Bindungen an Parteien wurden im Rahmen von ‚Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg‘ mit insgesamt drei Fragen erhoben. Die erste Frage findet dabei zunächst heraus, ob eine Parteibindung überhaupt vorliegt:

„Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie ab und zu auch eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen? Neigen Sie einer bestimmten Partei zu?“

Wie in Abbildung 28 und 29 ersichtlich, wird das Vorliegen einer Parteibindung insgesamt von 63 Prozent der Befragten bestätigt. Personen mit hohem sozioökonomischem Status geben dabei deutlich häufiger an, über eine Parteibindung zu verfügen (Abbildung 29).

Abbildung 28: Parteibindung (F22) nach Verstädterungsgrad

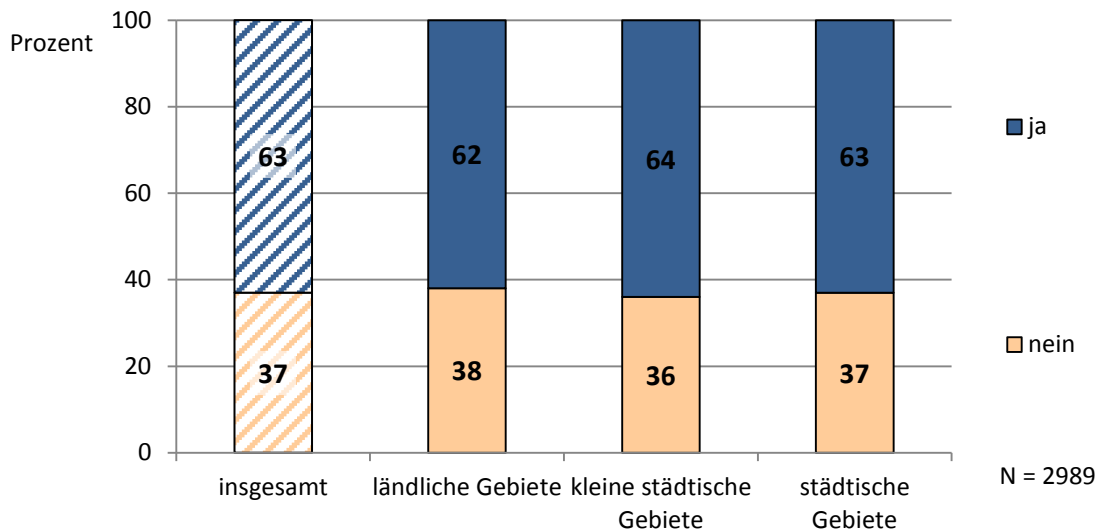
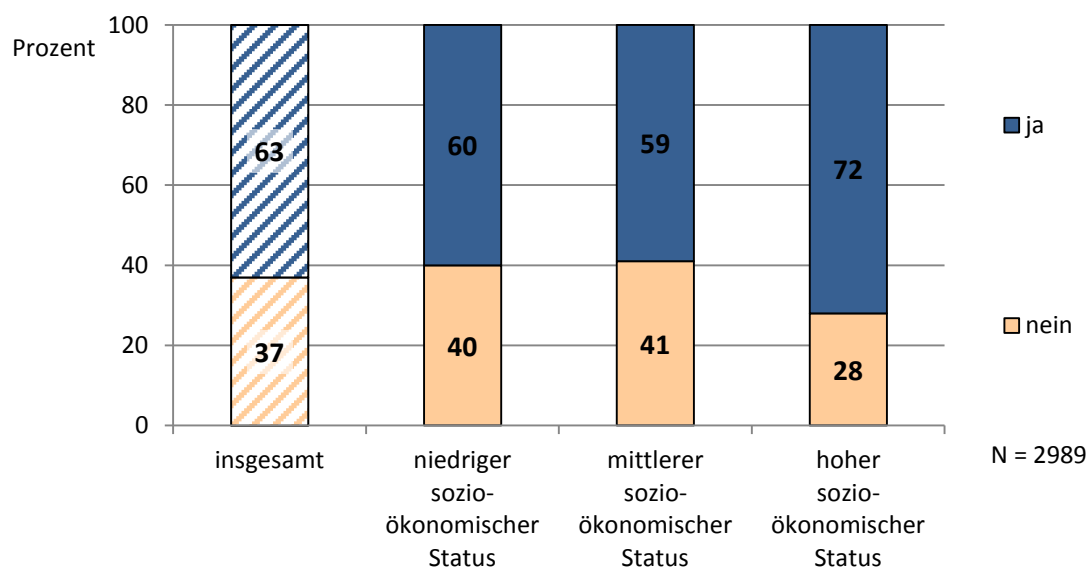


Abbildung 29: Parteibindung (F22) nach sozioökonomischem Status



Die zweite Frage erörtert die konkrete Partei, zu der eine Bindung besteht und wurde nur denjenigen Befragten gestellt, die die vorhergehende Frage nach dem Vorliegen einer Parteibindung bejahten:

„Und welcher Partei neigen Sie zu?“

Den Befragten wurden keinerlei Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Stattdessen konnten sie aus freien Stücken eine Partei nennen. Abbildung 30 und Abbildung 31 zeigen, dass insgesamt die meisten Befragten eine Parteibindung zur CDU angeben, gefolgt von der SPD und den Grünen – wobei sich der Anteil der Befragten mit einer Parteibindung zur SPD oder den Grünen im Vergleich zur CDU ungefähr halbiert. Die CDU kann mehr Personen mit Parteibindungen in ländlichen Gebieten als in kleinen städtischen und städtischen Gebieten zählen. Selbiges ist auch für die FDP zutreffend. Parteibindungen zu den Grünen sind hingegen in städtischen Gebieten häufiger. Auch mit Hinblick auf den sozioökonomischen Status der Befragten zeigen sich in Abbildung 30 deutliche Unterschiede. Mit steigendem sozioökonomischem Status häufen sich die Parteibindungen zu den Grünen (und der FDP), und verringern sich die Parteibindungen zur SPD. Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status geben verstärkt Parteibindungen zur CDU an.

Abbildung 30: Parteibindung Partei (F23) nach Verstärkerungsgrad

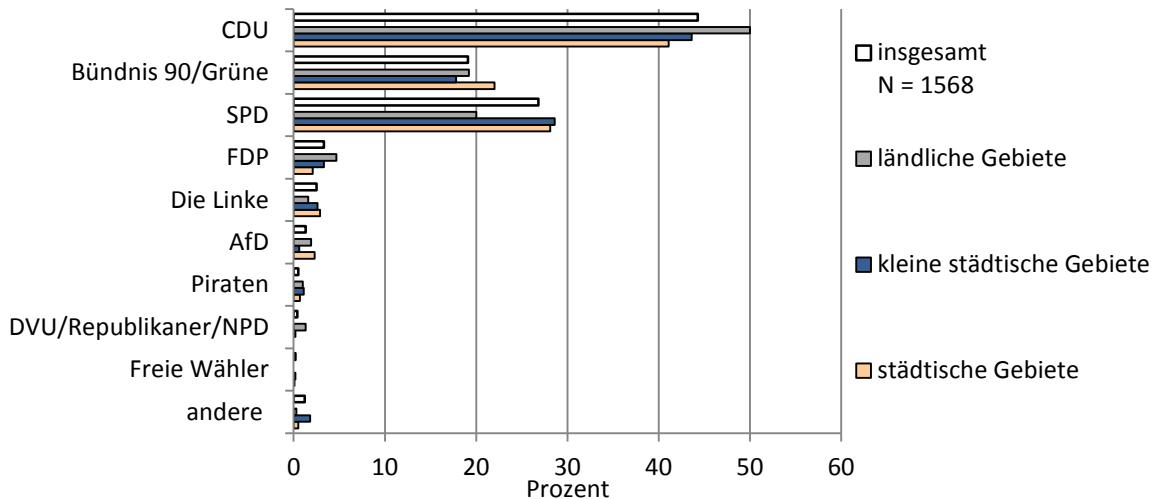
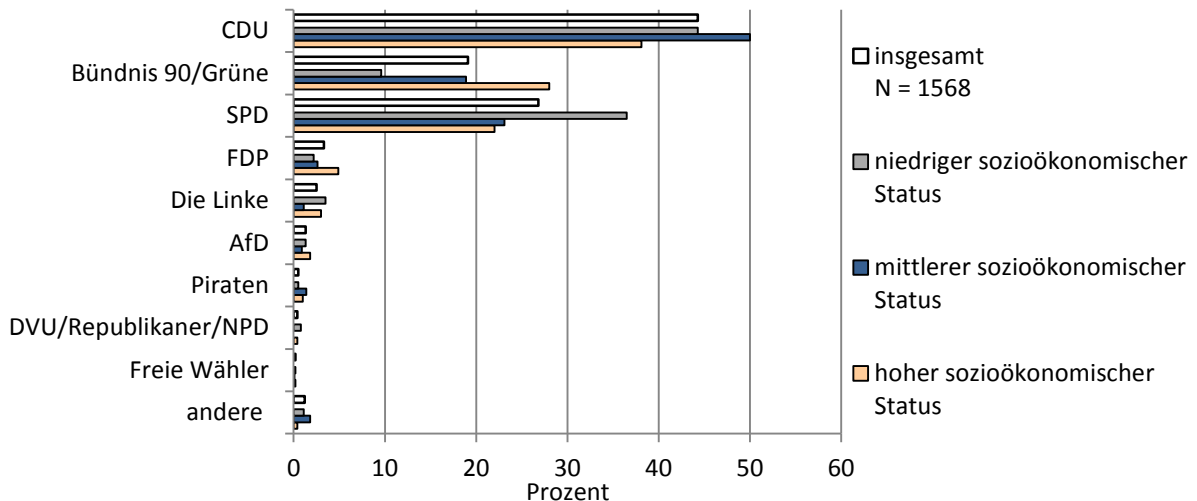


Abbildung 31: Parteibindung Partei (F23) nach sozioökonomischem Status



Die dritte Frage geht schließlich auf die Stärke der angegebenen Parteibindung ein:

„Und wie stark oder wie schwach neigen Sie – alles zusammengenommen – dieser Partei zu? Sehr stark, ziemlich stark, mäßig, ziemlich schwach, oder sehr schwach?“

Insgesamt stufen die Befragten ihre Parteibindungen als „ziemlich stark“ oder „mäßig“ ein. Wie Abbildung 32 zu entnehmen, wird die Antwort „ziemlich stark“ in städtischen Gebieten häufiger angegeben als in kleinen städtischen Gebieten, während in ländlichen Gebieten diese Antwort am wenigsten häufig ausgewählt wird. Mit der Verteilung der Antwort „mäßig“ über die unterschiedlichen Gebiete verhält es sich genau umgekehrt: Mäßig starke Parteibindungen kommen am häufigsten in ländlichen Gebieten vor, gefolgt von kleinen städtischen Gebieten und den städtischen Gebieten als Schlusslicht. In Abbildung 33 werden vor allem Unterschiede in der Auswahl der Antworten „ziemlich stark“ und „sehr stark“ auf Basis des sozioökonomischen Status erkennbar. Während mit steigendem sozioökonomischem Status eher eine „ziemlich starke“ Parteibindung angegeben wird, ist für die Antwort „sehr stark“ genau der umgekehrte Fall zutreffend. Personen mit niedrigerem sozioökonomischem Status geben demnach häufiger eine „sehr starke“ Parteibindung an.

Abbildung 32: Stärke der Parteibindungen (F43) nach Verstädterungsgrad

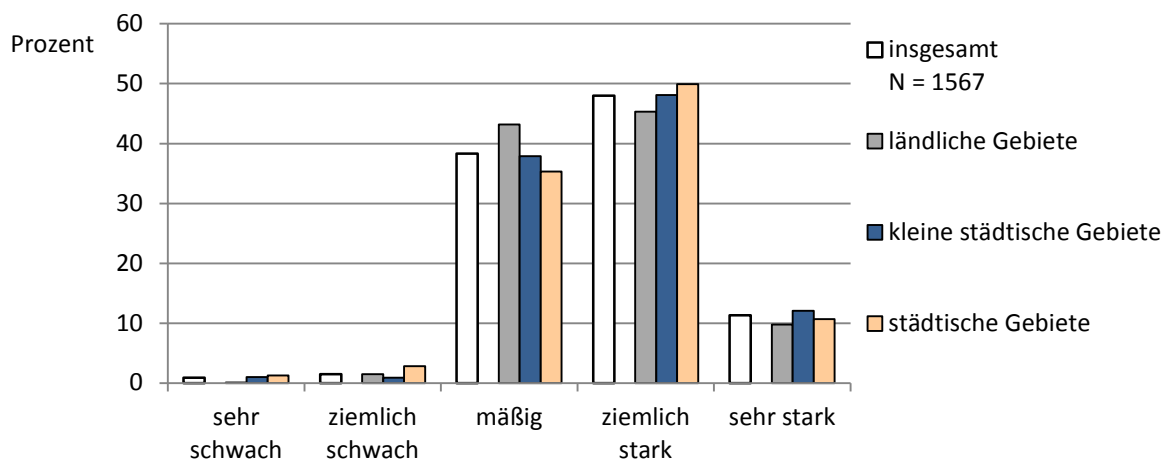
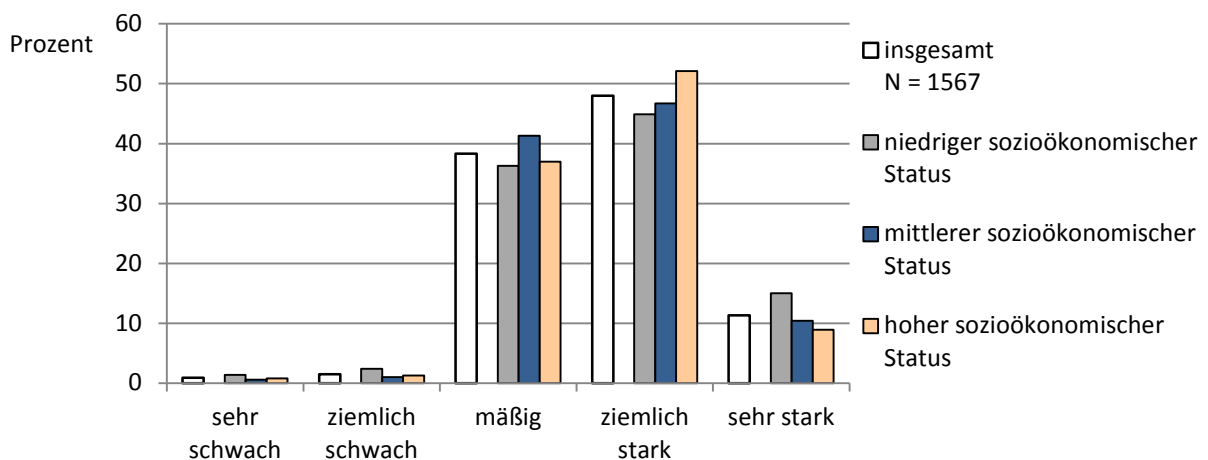


Abbildung 33: Stärke der Parteibindungen (F43) nach sozioökonomischem Status



## 2. Einstellungen gegenüber der Demokratie

### 2.1 Zufriedenheit mit der Demokratie und Performanz des Bundeslandes Baden-Württemberg und Deutschland

Um einen Eindruck von der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs mit der Demokratie und der Performanz des Bundeslandes Baden-Württembergs und Deutschland zu erhalten, nehmen unten stehende Abbildungen eine Reihe verschiedener Fragen auf. Der erste Fragenblock bezieht sich auf die Zufriedenheit mit der Performanz landes- und bundespolitischer Institutionen. Der zweite Fragenblock deckt die Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg und Deutschland ab. Alle Fragen wurden hierbei im Rahmen der Skala von 0 bis 10 beantwortet. Auf Grund der gleichen Fragestruktur bedeutet 0 in allen Fällen „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 „sehr zufrieden“. Für die Performanz politischer Institutionen in Baden-Württemberg wurden die Befragten gebeten ihre Zufriedenheit mit der Arbeit

- (1) des Landtags von Baden-Württemberg,
- (2) der Landesregierung von Baden-Württemberg,
- (3) des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und
- (4) der Parteien in Baden-Württemberg

anzugeben. Die Performanz der bundespolitischen Institutionen wurde mit der Frage nach der Zufriedenheit mit der Arbeit

- (5) des Bundestages,
- (6) der Bundesregierung,
- (7) der Bundeskanzlerin, und
- (8) der Parteien in Deutschland

abgedeckt. Zusätzlich wurde auch die Zufriedenheit mit der Demokratie in Baden-Württemberg und Deutschland mit folgender exemplarisch präsentierten Frage erhoben:

„Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Baden-Württemberg funktioniert?“<sup>12</sup>

Insgesamt liegen die Bewertungen im mittleren aber positiven Bereich und die Befragten sind mit dem Funktionieren der Demokratie in Baden-Württemberg und Deutschland am zufriedensten, gefolgt vom Ministerpräsidenten Baden-Württembergs und der Bundeskanzlerin. Am unzufriedensten zeigen sich die Befragten mit der Arbeit der Parteien in Deutschland und Baden-Württemberg. Die Hierarchie in der Zufriedenheit der Bevölkerung strukturiert sich dabei deutlicher an den Funktionen verschiedener politischer Institutionen als an der Unterscheidung zwischen Bundes- und Landespolitik, wobei die landespolitischen Institutionen bessere Beurteilungen erhalten. Dabei bestehen kaum Unterschiede zwischen Gebieten verschiedenen Verstärkerungsgrads (Abbildung 34). Mit Hinblick auf den sozioökonomischen Status kann jedoch erkannt werden, dass Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status auch am unzufriedensten mit der politischen Performanz und der Demokratie sind, während sich Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status am zufriedensten zeigen – mit Ausnahme der Demokratiezufriedenheit (Abbildung 35).

---

<sup>12</sup> Für die Demokratiezufriedenheit in Deutschland lautet die Frage: „Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert? Auf einer Skala von 0 bis 10: 0 bedeutet ‚überhaupt nicht zufrieden‘ und 10 ‚sehr zufrieden‘.“



Abbildung 34: Zufriedenheit mit der Demokratie und politischen Performanz des Baden-Württembergs und Deutschlands (F25\_1 bis F27) nach Verstädterungsgrad

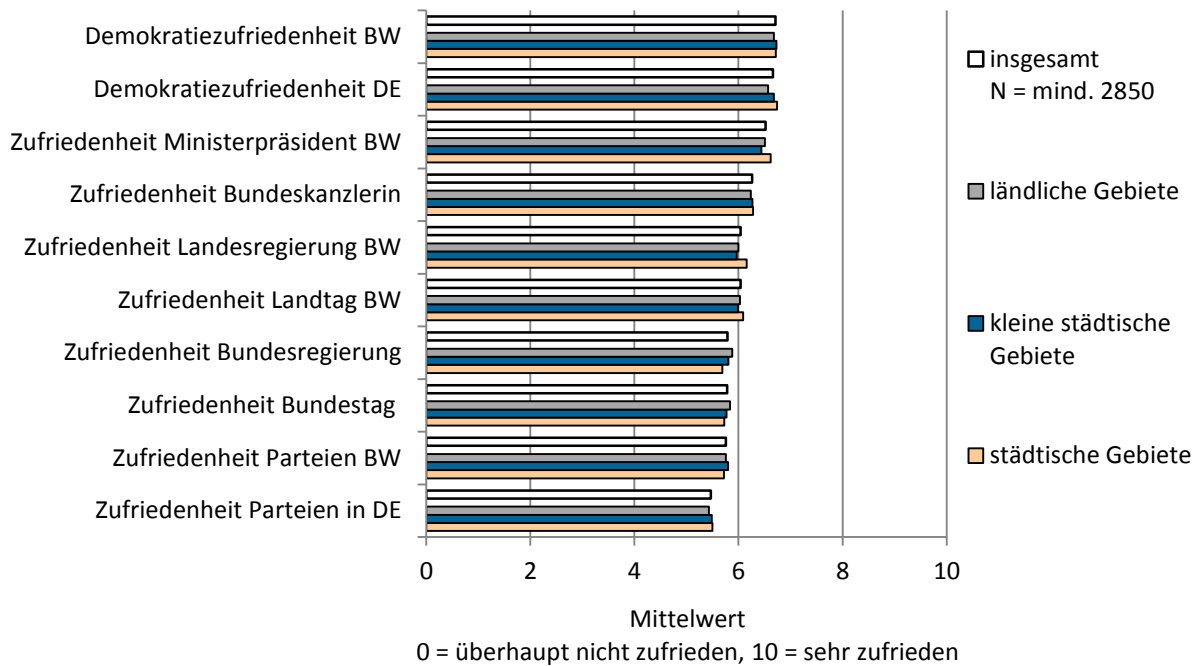
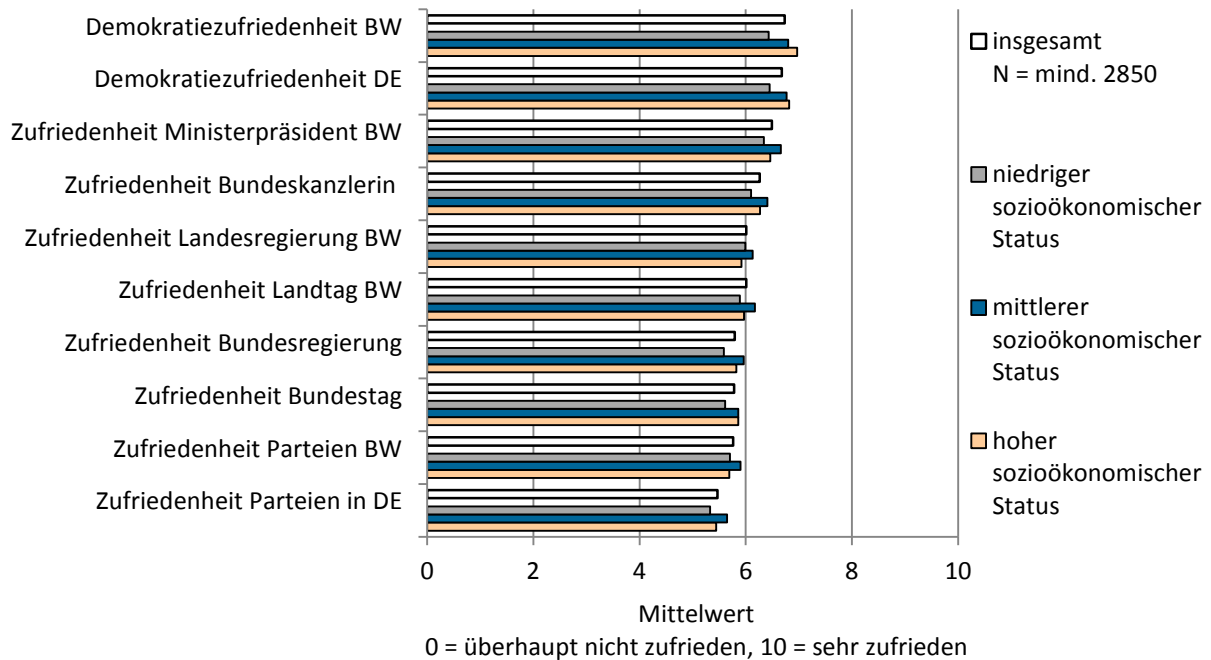


Abbildung 35: Zufriedenheit mit der Demokratie und politischen Performanz des Baden-Württembergs und Deutschlands (F25\_1 bis F27) nach sozioökonomischem Status



## 2.2 Bürgertugenden

Zur Beschreibung von in der baden-württembergischen Bevölkerung vertretenen Bürgertugenden wurden die Befragten mit folgender Ausführung dazu aufgefordert, eine Reihe von vorgegebenen Eigenschaften persönlich zu bewerten:

„Es gibt verschiedene Meinungen darüber, was einen „guten Bürger“ ausmacht. Ich möchte Sie deshalb bitten, die folgenden Eigenschaften zu bewerten. Für Sie persönlich, wie wichtig ist es...

- Menschen zu unterstützen, denen es schlechter geht als einem selbst?
- an Wahlen teilzunehmen?
- immer die Gesetze und Verordnungen zu befolgen?
- sich unabhängig von anderen eine eigene Meinung zu bilden?
- in Vereinen und Organisationen aktiv zu sein?
- politisch aktiv zu sein?
- Freunden und Bekannten zu helfen?
- Baden-Württemberg aktiv mitzugestalten?
- niemandem zur Last zu fallen?“

Vor dem Hintergrund der Formulierung bedeutet eine Bewertung mit dem Wert 0 „überhaupt nicht wichtig“ und 10 „sehr wichtig“.

Wie in Abbildung 36 und 37 ersichtlich, wird Freunden und Bekannten zu helfen als Bürgertugend am stärksten in der Bevölkerung unterstützt, dicht gefolgt von der unabhängigen Meinungsbildung und der Teilnahme an Wahlen. Politischer Aktivität, Aktivität in Vereinen und Organisationen und der aktiven Mitgestaltung Baden-Württembergs werden generell weniger Wichtigkeit beigemessen. Dabei unterscheiden sich die persönlichen Bewertungen kaum nach Verstärkerungsgrad (Abbildung 35). Obwohl Bewertungsunterschiede mit Hinblick auf den sozioökonomischen Status bestehen, gestalten sich diese recht verschieden. Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status messen der Befolgung von Gesetzen und Verordnungen überdurchschnittlich viel Wichtigkeit bei, Personen mit hohem sozioökonomischem Status erachten insbesondere die Teilnahme an Wahlen und politische Aktivität wichtiger als der Durchschnitt (Abbildung 37).

Abbildung 36: Bürgertugenden (F28\_1 bis F28\_9) nach Verstärkerungsgrad

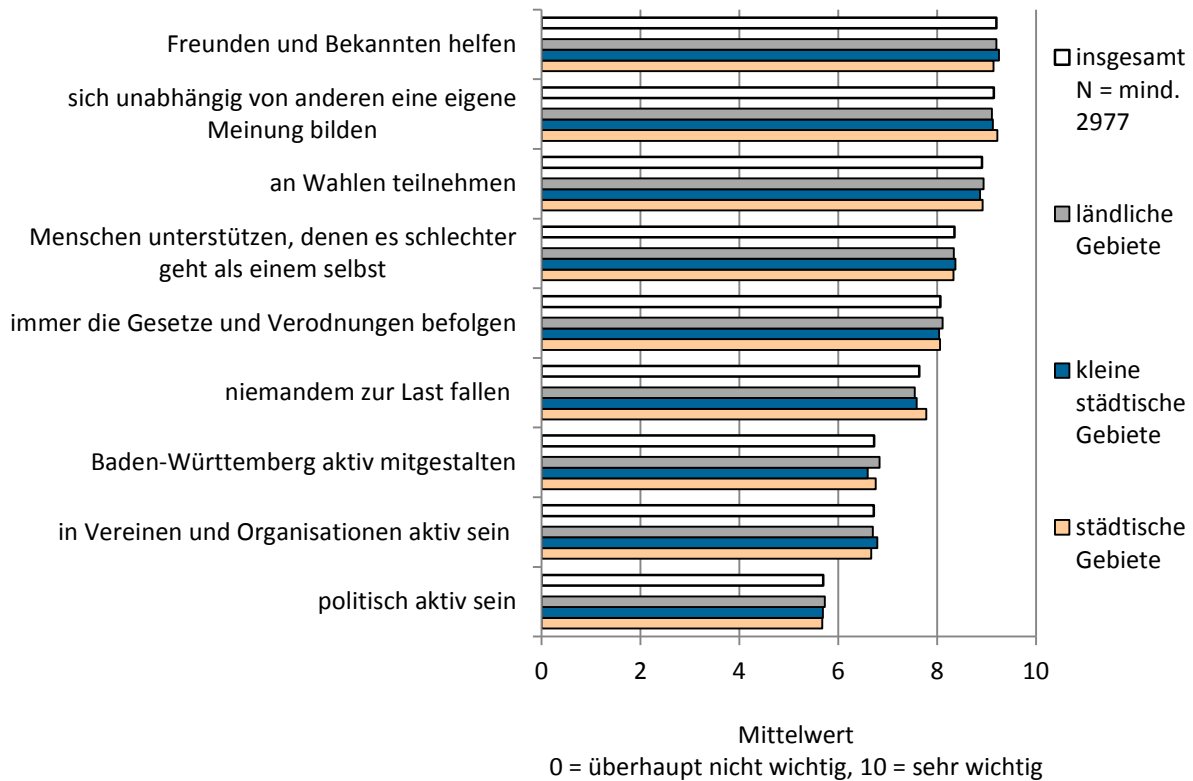
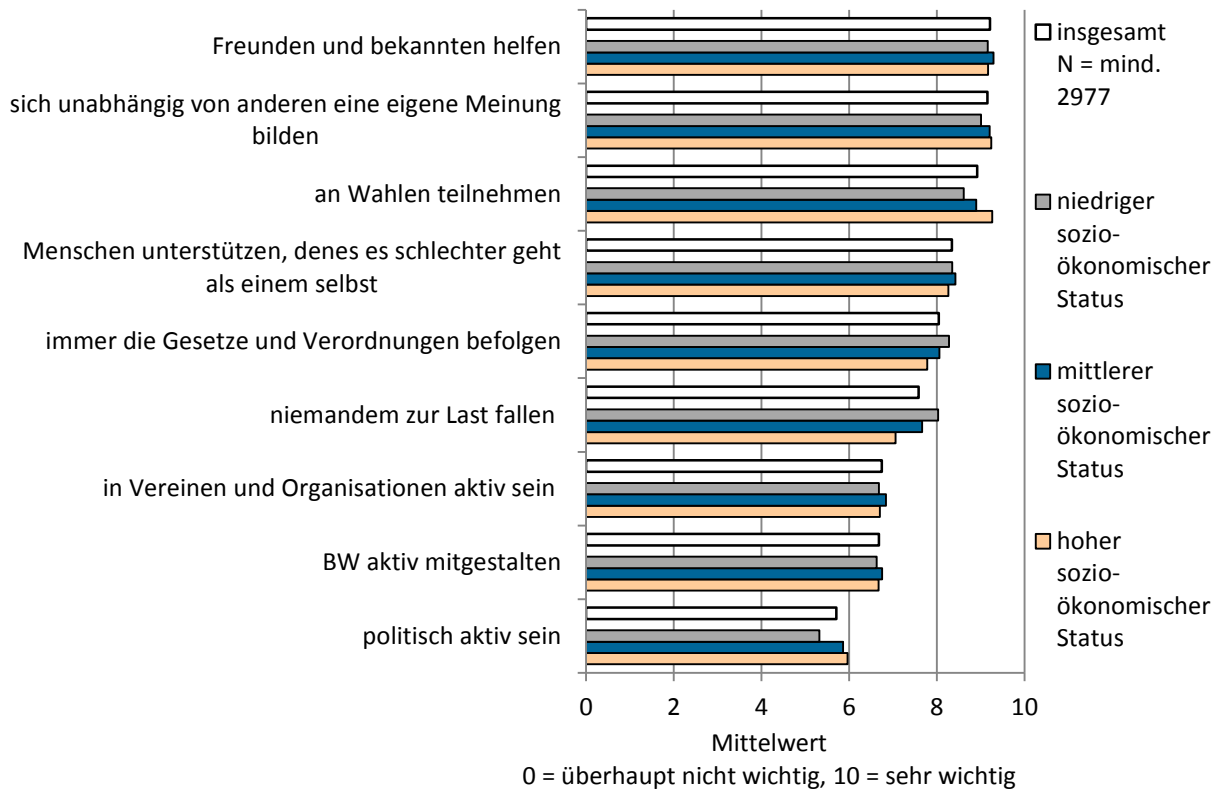


Abbildung 37: Bürgertugenden (F28\_1 bis F28\_9) nach sozioökonomischen Status



## 2.3 Demokratieverständnis

Zur Erfassung des Demokratieverständnisses der Bevölkerung Baden-Württembergs bewerteten die Befragten zunächst insgesamt zehn verschiedene Aussagen auf Basis der bereits bekannten Skala. Mit der Vergabe des Wertes 0 bringen die Befragten zum Ausdruck, dass sie der Aussage überhaupt nicht zustimmen und der Wert 10 bedeutet, dass sie der Aussage voll und ganz zustimmen. Dabei wurden folgende zehn Aussagen mit der Frage „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“ zur Bewertung vorgelegt:

- 1) „Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.“
- 2) „Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen.“
- 3) „In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.“
- 4) „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.“
- 5) „Die Führung der Regierung sollte jemandem anvertraut werden, der über dem Parteiengzänk steht.“
- 6) „Durch die Politik werden viele Probleme erst unnötig kompliziert.“
- 7) „Es wäre besser für das Land, wenn die Politiker aufhören würden zu reden und stattdessen einfach handeln und die Probleme lösen würden.“
- 8) „Demokratische Politik erfordert die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft durch alle Bürger, nicht nur durch die Parteien.“
- 9) „Wenn Menschen Kompromisse machen bedeutet das, dass sie keine Prinzipien haben.“
- 10) „Unsere Regierung würde besser funktionieren, wenn das Entscheiden Experten überlassen würde, die wirklich etwas von der Sache verstehen.“

Abbildung 38 zeigt die Beurteilungen der Aussagen durch die Befragten unterschieden nach Gebieten verschiedenen Verstärkerungsgrads und Abbildung 39 nimmt die Beurteilungen unter Berücksichtigung des sozioökonomischen Status auf. Insgesamt ist die Ansicht, jeder Bürger habe das Recht für seine Überzeugung auf die Straße gehen, in der Bevölkerung von Baden-Württemberg am stärksten vertreten. Auch die Aussage, demokratische Politik erfordere die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft durch alle Bürger, erhält große Zustimmung. Dass in demokratischen Gesellschaften bestimmte Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden müssten und dass kompromissbereite Menschen keinerlei Prinzipien hätten, stimmen hingegen nur wenige Befragte zu. Auch der negativen Wirkung von Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen auf das Allgemeinwohl wird nur vereinzelt zugestimmt. Dabei bestehen kaum Unterschiede zwischen Gebieten verschiedenen Verstärkerungsgrads, durchaus jedoch mit Hinblick auf die Unterscheidung nach sozioökonomischem Status. In der Regel stimmen Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status den verschiedenen Aussagen stärker zu als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status, die wiederum stärker zustimmen als Personen mit hohem sozioökonomischem Status. Dies trifft auf alle Aussagen zu mit Ausnahme der ersten beiden. Betrifft es das Recht jedes Bürgers notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen und die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft durch alle Bürger als Erfordernis von demokratischer Politik, so stimmen Personen mit hohem sozioökonomischem Status stärker zu als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status, die wiederum stärker zustimmen als Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status.

Abbildung 38: Demokratieverständnis (F29\_1 bis F29\_10) nach Verstärterungsgrad

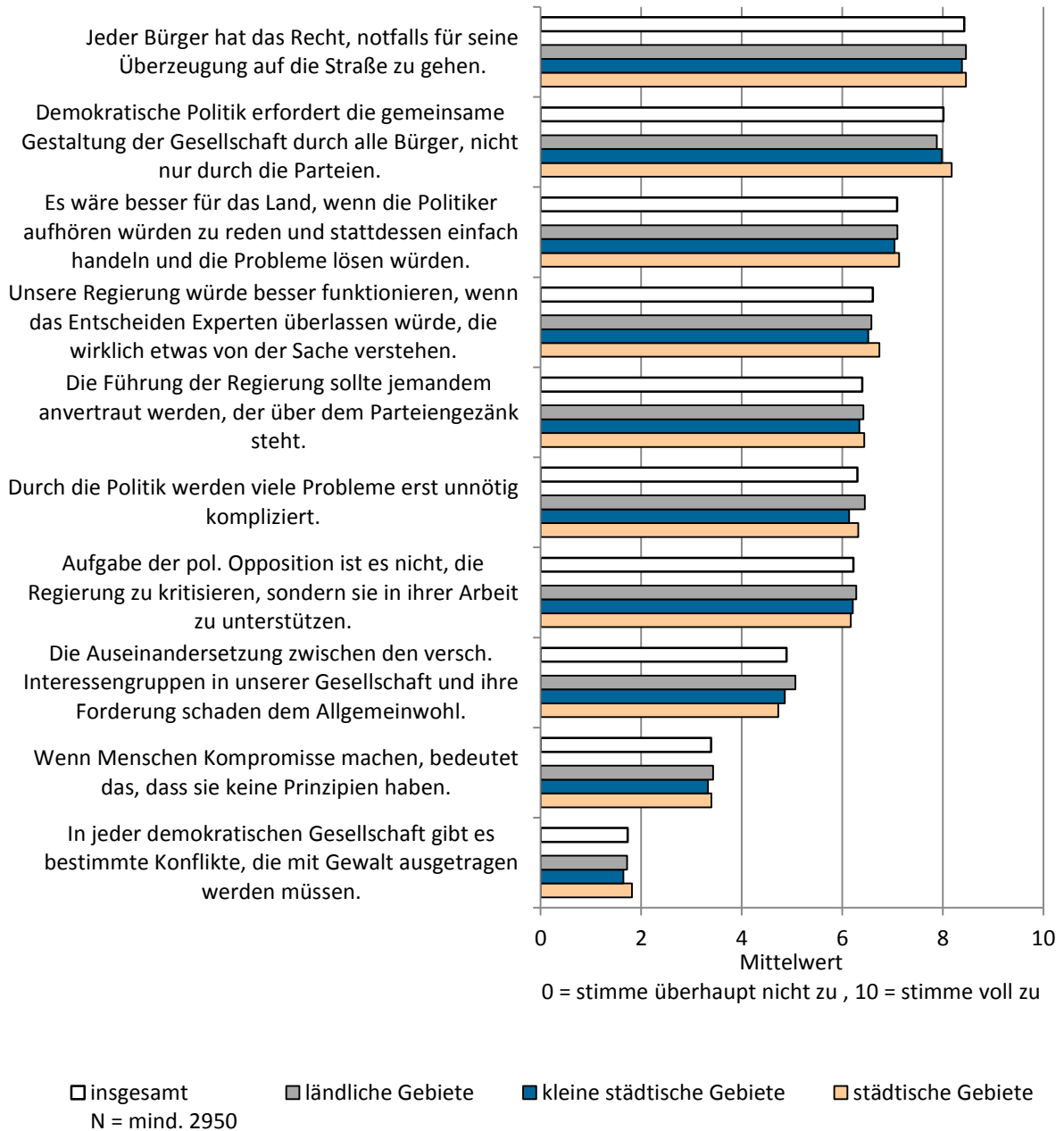
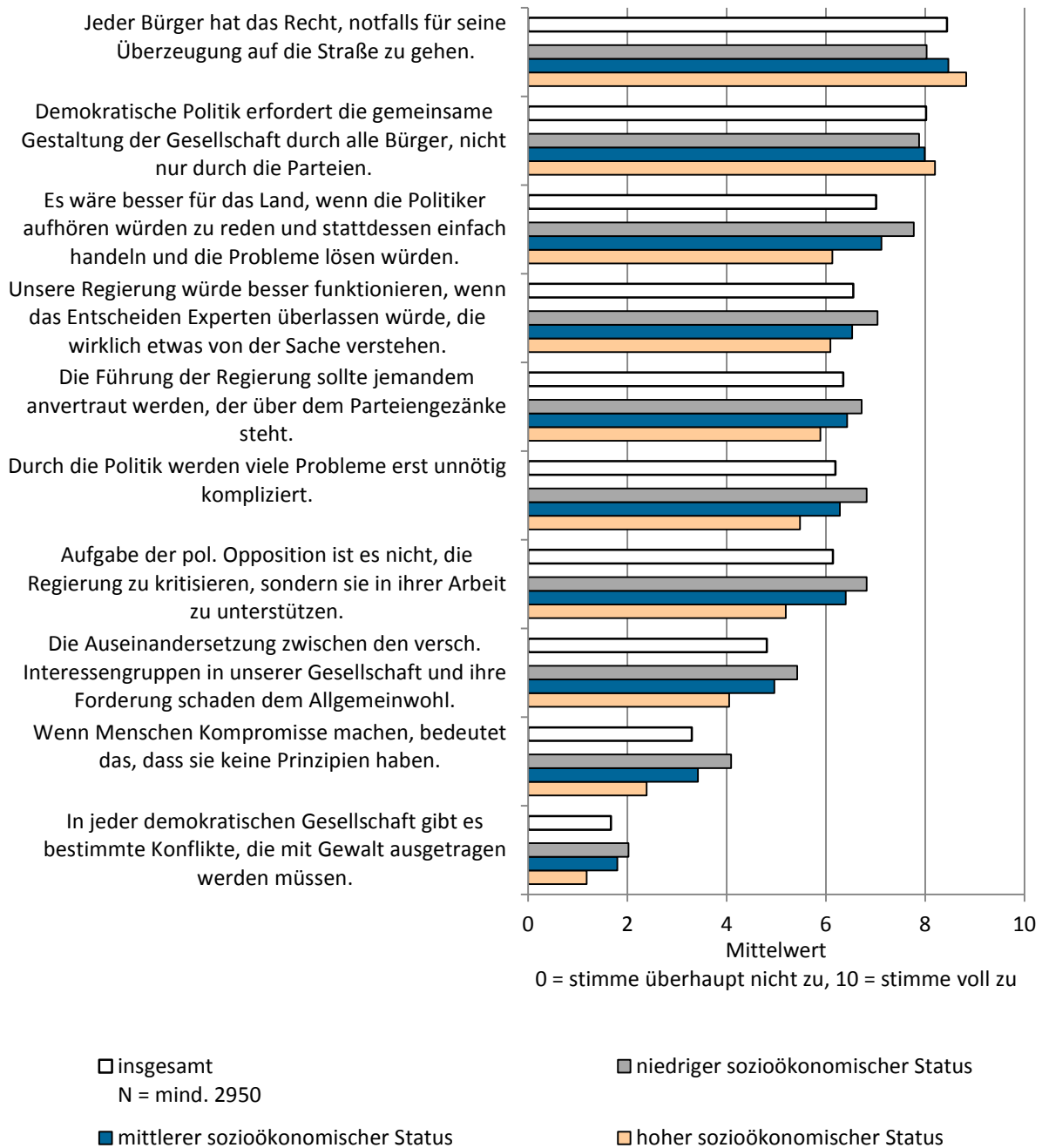


Abbildung 39: Demokratieverständnis (F29\_1 bis F29\_10)  
nach sozioökonomischen Status



Mit ihren Antworten auf die Frage

„Man kann unterschiedlicher Auffassung darüber sein, welche Form der Demokratie die beste ist. Wie ist das bei Ihnen, welche Form der Demokratie ist Ihrer Meinung nach die beste? Auf einer Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet ‚Eine repräsentative Demokratie, in der alle Entscheidungen von gewählten Abgeordneten getroffen werden‘. 10 bedeutet ‚Eine direkte Demokratie, in der das Volk möglichst viele politische Entscheidungen trifft‘.“

konnten die Befragten zum Ausdruck bringen, ob sie eher eine repräsentative oder direkte Demokratie bevorzugen. Die Abbildungen 40 und 41 zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg leicht zur direkten Demokratie tendieren, wobei diese Tendenz stärker ausgeprägt ist, je urbaner das Lebensumfeld und je niedriger der sozioökonomische Status der Bürgerinnen und Bürger. Personen, die in ländlichen Gebieten leben und Personen mit hohem sozioökonomischem Status tendieren hingegen eher zur repräsentativen Demokratie als beste Form.

Abbildung 40: Demokrativerständnis direkte Demokratie (F30) nach Verstädterungsgrad

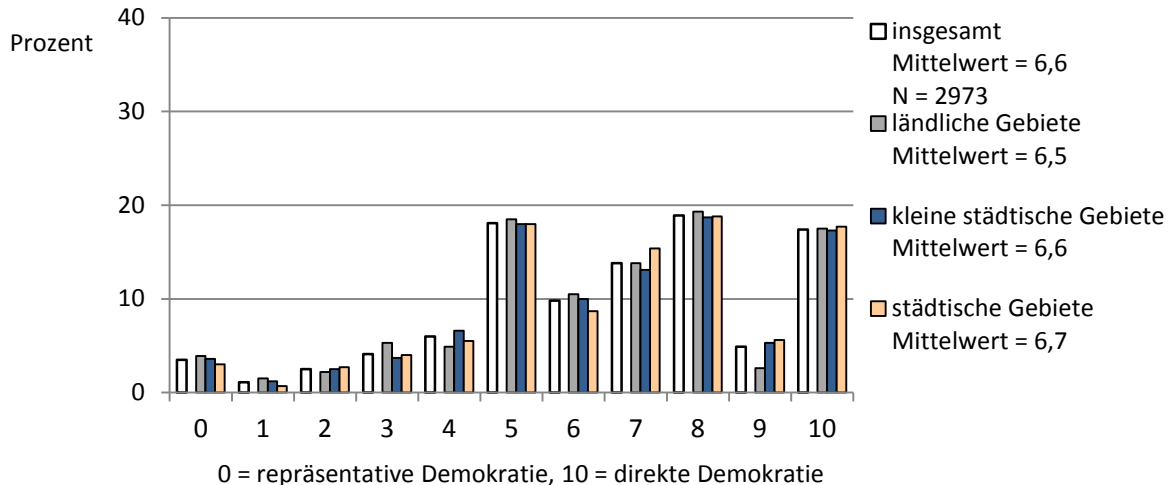
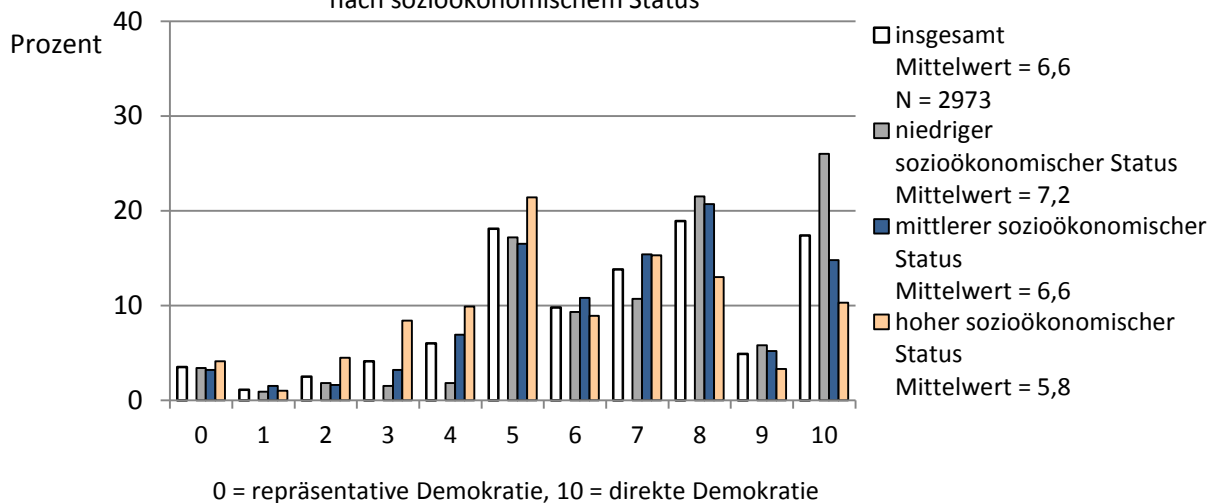


Abbildung 41 : Demokrativerständnis direkte Demokratie (F30) nach sozioökonomischem Status



## 2.4 Einstellungen gegenüber dem Föderalismus

Mit folgender allgemeinen Frage wurde zunächst auf die generelle Einstellung der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg zum Föderalismus in Deutschland eingegangen:

„Was ist Ihre Meinung zum Föderalismus in Deutschland: Würden Sie sagen, der Föderalismus ist eher eine gute Sache oder eher eine schlechte Sache?“

Dabei konnten sie ihre Einstellungen auf einer Skala von 0 bis 10 einstufen. 0 drückt die Ansicht aus, der Föderalismus in Deutschland sei eine sehr schlechte Sache, während 10 bedeutet, dass der Föderalismus in Deutschland eine sehr gute Sache sei.

Die beiden untenstehenden Abbildungen zeigen die Verteilung der Einstellungseinstufungen zum Föderalismus in Deutschland. Die Befragten sind dem Föderalismus in Deutschland generell leicht positiv eingestellt, wobei die mittlere Bewertung auffallend häufig gewählt wird. Diese Bewertung fällt dabei relativ unabhängig von dem Verstärterungsgrad des Wohnorts ab. Es bestehen jedoch Unterschiede mit Hinblick auf den sozioökonomischen Status der Befragten. Wie in Abbildung 43 ersichtlich, sind Befragte mit einem höheren sozioökonomischen Status dem Föderalismus in Deutschland gegenüber auch positiver eingestellt.

Abbildung 42: allgemeine Einstellung gegenüber dem Föderalismus in Deutschland (F33) nach Verstärterungsgrad

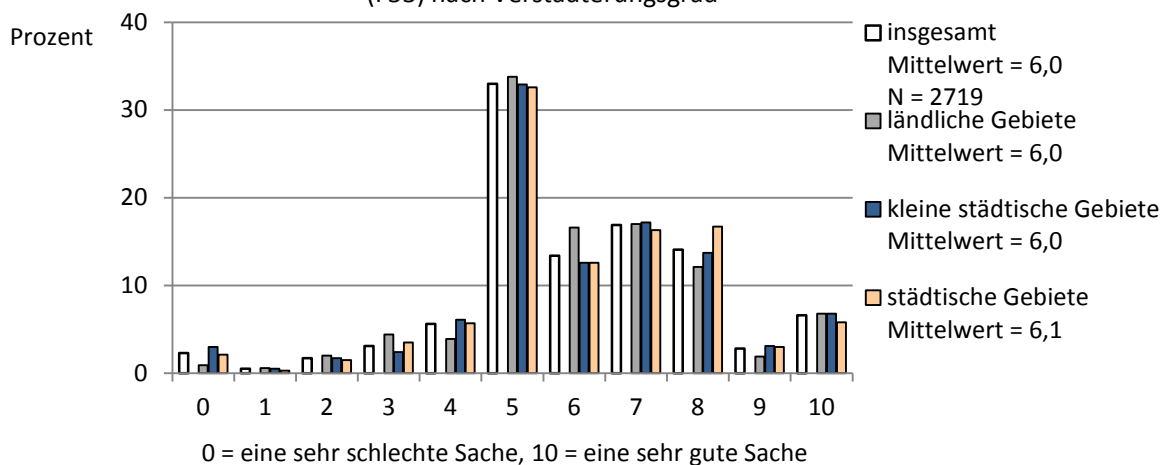
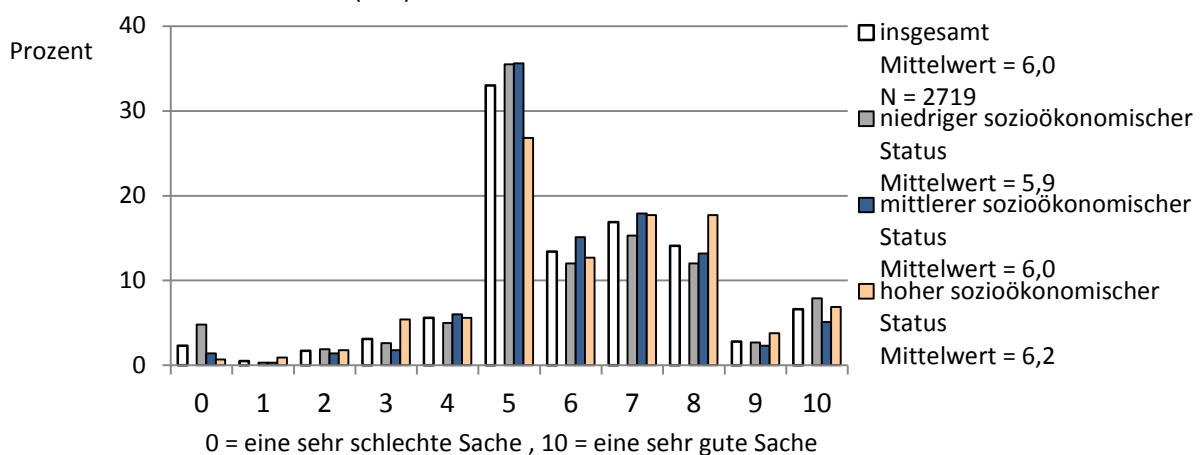


Abbildung 43: allgemeine Einstellung gegenüber dem Föderalismus in Deutschland (F33) nach sozioökonomischem Status





Neben der generellen Einstellung wurde zusätzlich nach der Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie der Föderalismus in Deutschland funktioniert, gefragt.<sup>13</sup> Die Befragten konnten dabei ihre Bewertungen zwischen 0 „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 „sehr zufrieden“ einstufen. Die Zufriedenheit mit der Funktionsweise des Föderalismus in Deutschland ist im Durchschnitt leicht positiv ausgeprägt. Dabei findet eine Konzentration zur Mitte statt. Die Beurteilungen von Personen aus städtischen Gebieten fallen dabei im Vergleich etwas positiver aus (Abbildung 44), ebenso wie die Beurteilungen von Personen mit mittlerem oder hohem sozioökonomischem Status (Abbildung 45).

Abbildung 44: Zufriedenheit mit dem Föderalismus in Deutschland (F34) nach Verstärkerungsgrad

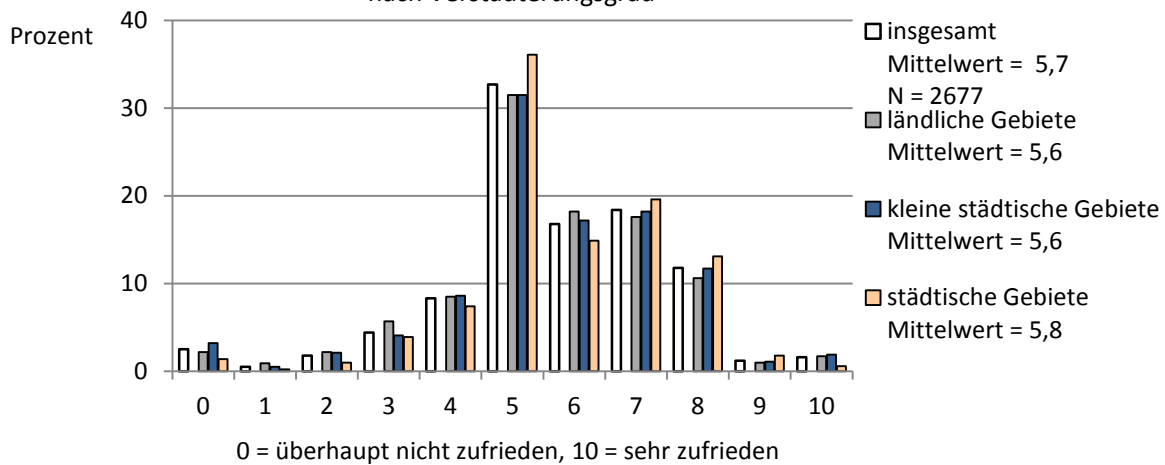
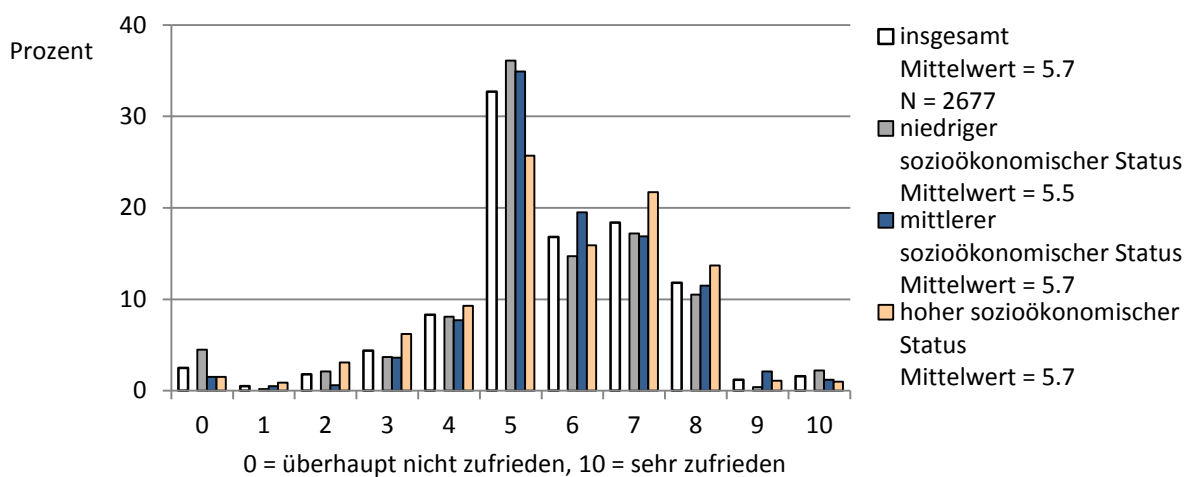


Abbildung 45: Zufriedenheit mit dem Föderalismus in Deutschland (F34) nach sozioökonomischem Status



<sup>13</sup> Die konkrete Fragestellung lautet wie folgt: „Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie der Föderalismus in Deutschland funktioniert? Auf einer Skala von 0 bis 10: 0 bedeutet ‚überhaupt nicht zufrieden‘ und 10 ‚sehr zufrieden‘.“

Mit der Aufnahme der Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs zu den föderalen Beziehungen

- zwischen den Bundesländern,
- zwischen dem Bund und den Bundesländern
- sowie den Kommunen und den Bundesländern

wird die besondere Position von Bundesländern in der strukturellen Ausgestaltung des Föderalismus in Deutschland berücksichtigt. Die erste Frage dazu wurde den Befragten wie folgt gestellt:

„Wie sollten Ihrer Meinung nach die Beziehungen zwischen den verschiedenen Bundesländern sein? Auf einer Skala von 0 bis 10: 0 bedeutet ‚Die Bundesländer sollten möglichst eng zusammenhalten und sich gegenseitig finanziell unterstützen‘ und 10 bedeutet ‚Sie sollten in starkem Wettbewerb miteinander stehen‘.“

Geht es nach den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg, sollten die Beziehungen zwischen den Bundesländern durch Solidarität geprägt sein (Abbildung 46 und 47). Nur wenige sprechen sich für Beziehungen aus, die eher durch Wettbewerb gekennzeichnet sind. Dabei entscheiden sich insbesondere Personen aus städtischen Gebieten und Personen mit mittlerem sozioökonomischem Hintergrund für niedrige Werte auf der Skala.

Abbildung 46: Einstellung zur föderalen Beziehung zwischen den Bundesländern (F35) nach Verstädterungsgrad

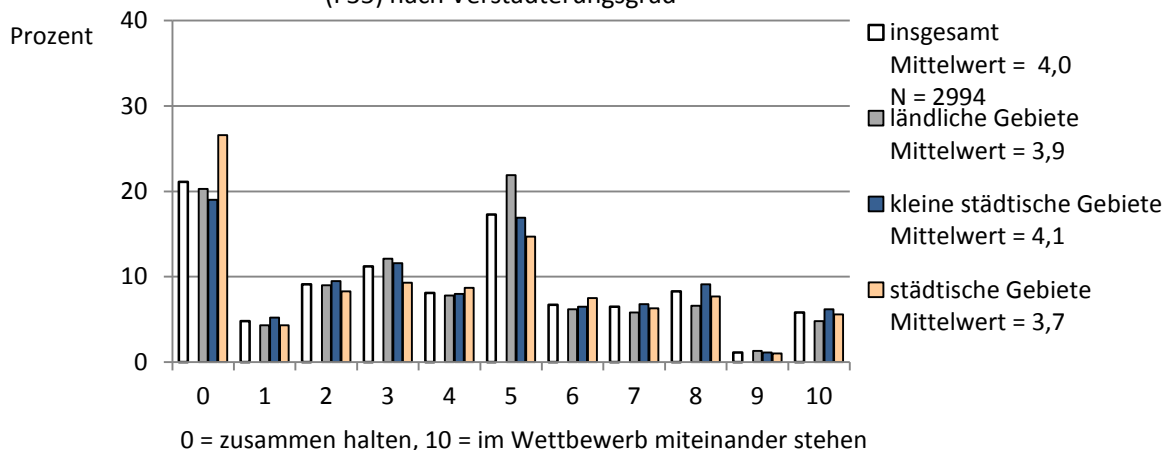
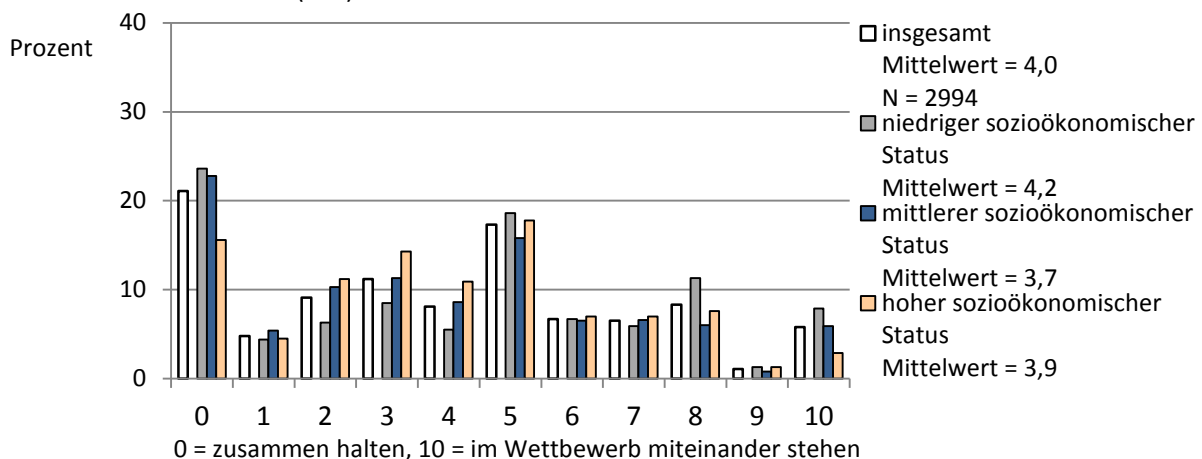


Abbildung 47: Einstellung zur föderalen Beziehung zwischen den Bundesländern (F35) nach sozioökonomischem Status



In der zweiten Frage an die Befragten wurde auf die Beziehung zwischen dem Bund und den Ländern in Deutschland eingegangen. Dabei geht es konkret um die Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern im deutschen Föderalismus:

„Und wie ist es mit dem Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern? Auf einer Skala von 0 bis 10: 0 bedeutet ‚Die Bundesländer sollten möglichst weitgehend ihre eigene Politik machen dürfen‘, 10 bedeutet ‚Politische Entscheidungen sollten im Allgemeinen eher auf der Bundesebene getroffen werden‘.“

Wie in den Abbildungen 48 und 49 ersichtlich, wählen die Befragten häufig höhere Werte auf der Skala und bringen damit zum Ausdruck, dass Entscheidungen eher auf der Bundesebene entschieden werden sollten. Diese Tendenz ist dabei etwas deutlicher in ländlichen Gebieten zu erkennen (Abbildung 48) und bei Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status. Eine Kompetenzverteilung zugunsten des Bundes wird von Personen mit mittleren und hohen sozioökonomischen Status etwas schwächer bevorzugt (Abbildung 49).

Abbildung 48: Einstellung zur Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern (F36) nach Verstädterungsgrad

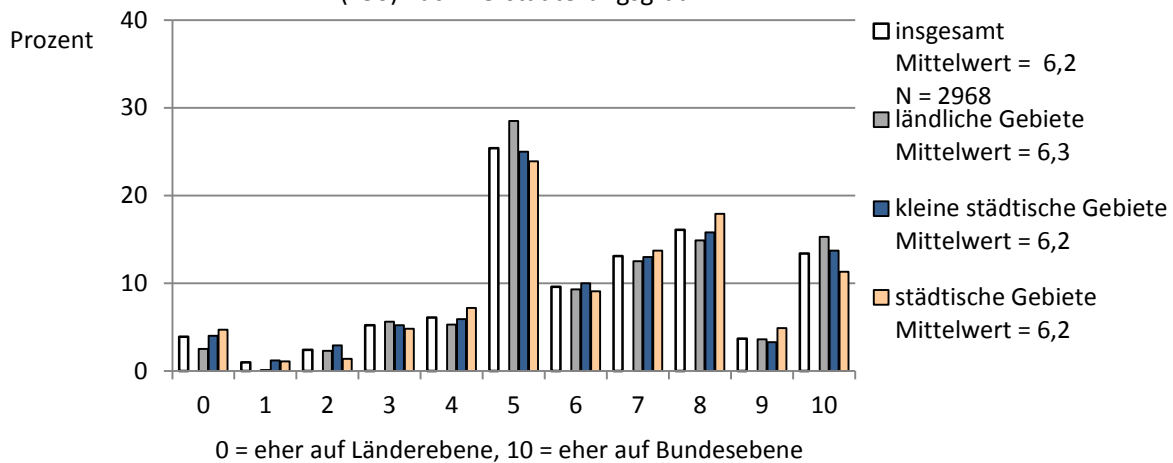
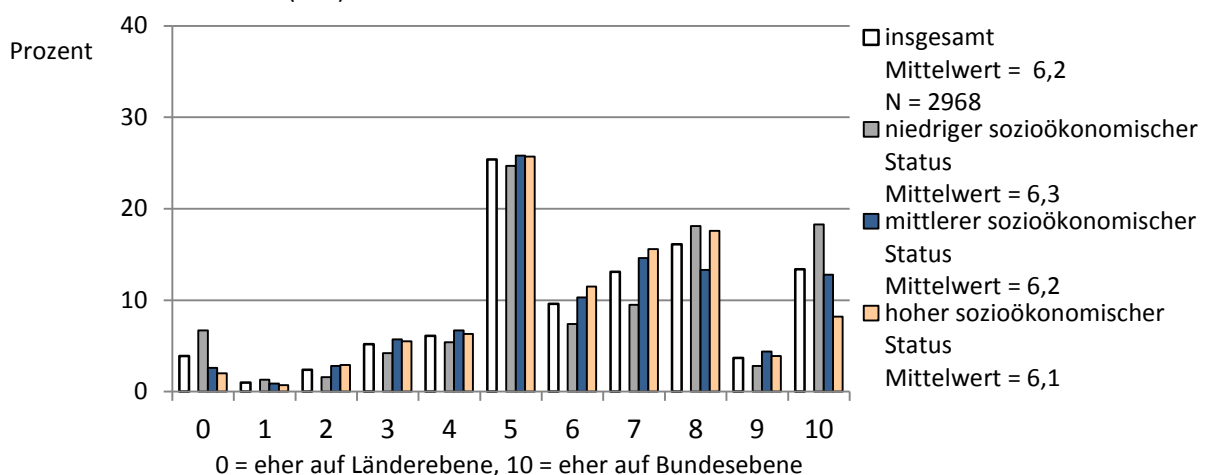


Abbildung 49: Einstellung zur Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern (F36) nach sozioökonomischem Status



Zuletzt geht es um das Verhältnis zwischen den Ländern und den Kommunen:

„Und wie ist das mit den Städten und Gemeinden? Auf einer Skala 0 bis 10: 0 bedeutet ‚Städte und Gemeinden sollten möglichst ihre eigene Politik machen dürfen‘, 10 bedeutet ‚Politische Entscheidungen sollten möglichst auf Länderebene getroffen werden‘.“

Die Einstufungen der Befragten sind auf der Skala von 0 bis 10 relativ gleichmäßig verteilt. Es ist wieder eine starke Konzentration zur Mitte zu beobachten, wobei eine leichte Tendenz zur Kompetenzverteilung zugunsten der Länderebene besteht. Personen mit Wohnort in ländlichen oder städtischen Gebieten sprechen sich dabei deutlicher für das verstärkte Treffen politischer Entscheidungen auf der Länderebene aus (Abbildung 50). Wie in Abbildung 51 ersichtlich, sprechen sich Personen mit hohem sozioökonomischem Status etwas weniger für die Kompetenzverteilung zugunsten der Bundesländer aus als Personen mit mittlerem oder niedrigem sozioökonomischem Status.

Abbildung 50: Einstellung zur Kompetenzverteilung zwischen Ländern und Kommunen (F37) nach Verstädterungsgrad

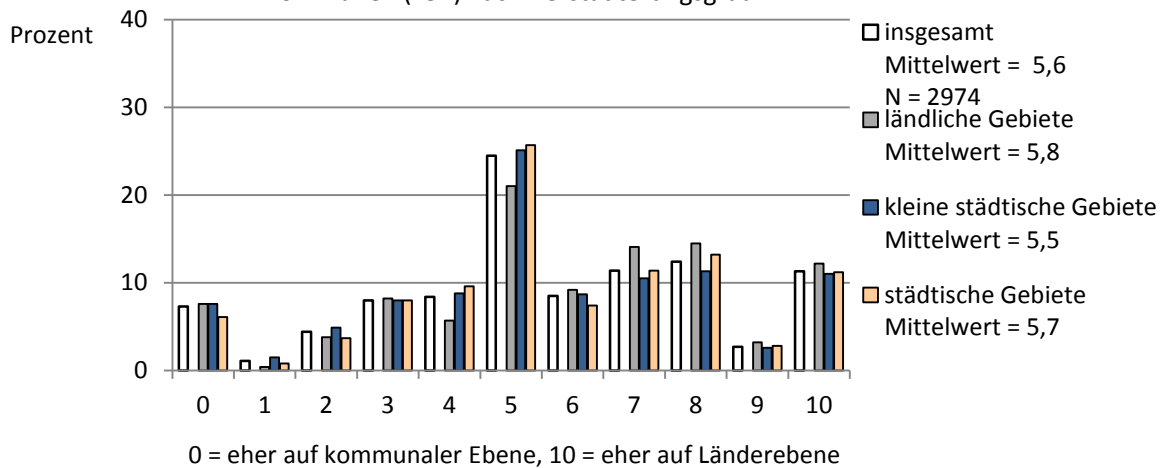
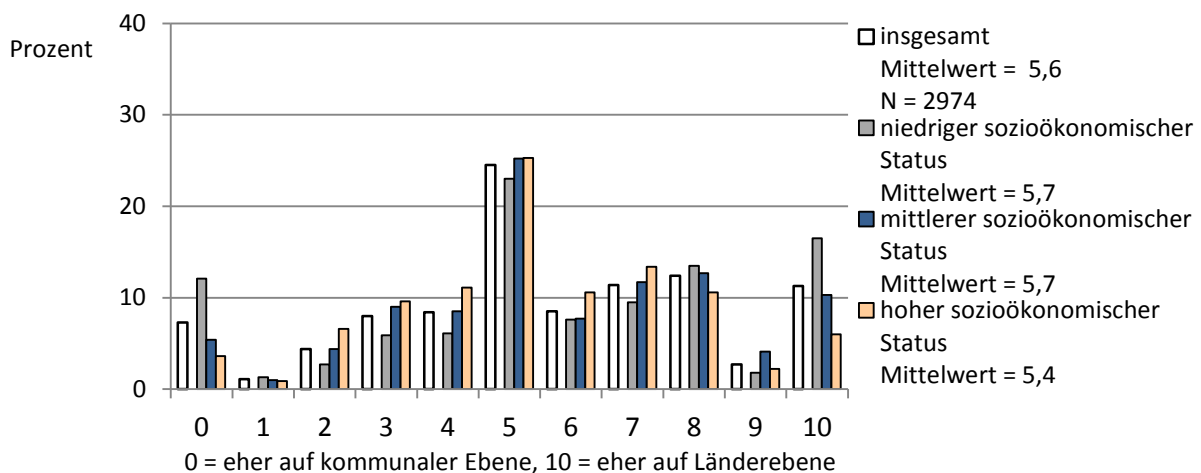


Abbildung 51 : Einstellung zur Kompetenzverteilung zwischen Ländern und Kommunen (F37) nach sozioökonomischem Status



### 3. Soziale und politische Beteiligung

#### 3.1 Wahlbeteiligung

Für die Wahlbeteiligung wurde mit folgender Frageformulierung zunächst auf die klassische Sonntagsfrage und damit auf die Wahlabsicht zurückgegriffen:

„Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere nehmen aus unterschiedlichen Gründen nicht an der Wahl teil. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie da bestimmt zur Wahl gehen, wahrscheinlich zur Wahl gehen, vielleicht zur Wahl gehen, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht zur Wahl gehen?“

Die Frage zur Teilnahme an Landtagswahlen wurde in äquivalenter Weise gestellt. Die Fragestellung lautete dementsprechend:

„Und wie wäre es bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg, würden Sie da bestimmt zur Wahl gehen, wahrscheinlich zur Wahl gehen, vielleicht zur Wahl gehen, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht zur Wahl gehen?“

Die Neigung der Befragten an Wahlen teilzunehmen ist generell sehr stark ausgeprägt, wobei die Absicht der Beteiligung an Landtagswahlen insgesamt häufiger geäußert wird. Dabei sind in den Abbildungen 52 und 53 nur minimale Unterschiede zu Gunsten städtischer Gebiete erkennbar. In den Unterscheidungen nach sozioökonomischem Status in den Abbildungen 54 und 55 ist ersichtlich, dass sich Personen mit hohem sozioökonomischem Status eher an Wahlen beteiligen würden als Personen mit mittlerem oder niedrigem sozioökonomischem Status.

Abbildung 52: Sonntagsfrage Bundestagswahl (F40) nach Verstädterungsgrad

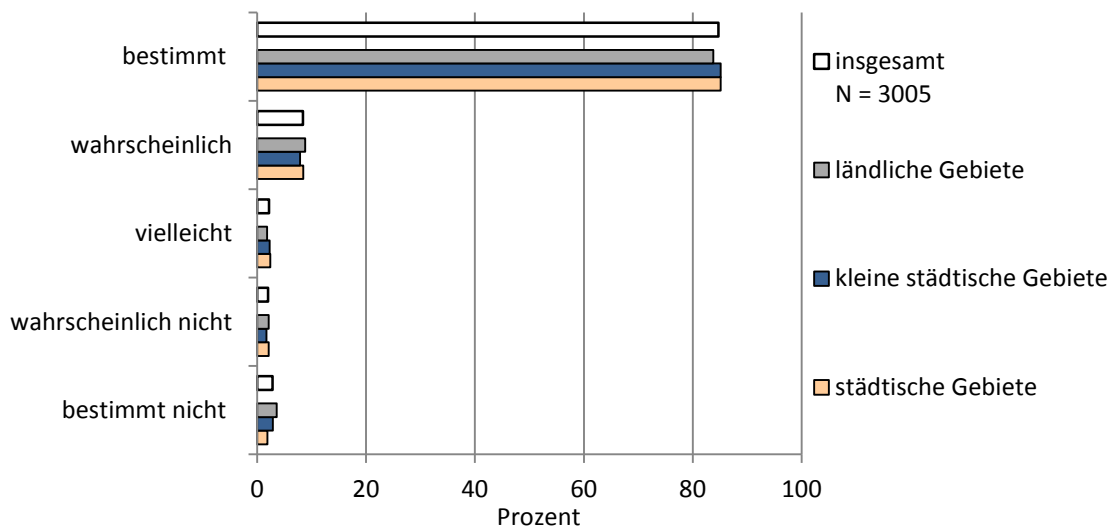


Abbildung 53: Sonntagsfrage Landtagswahl (F41) nach Verstärterungsgrad

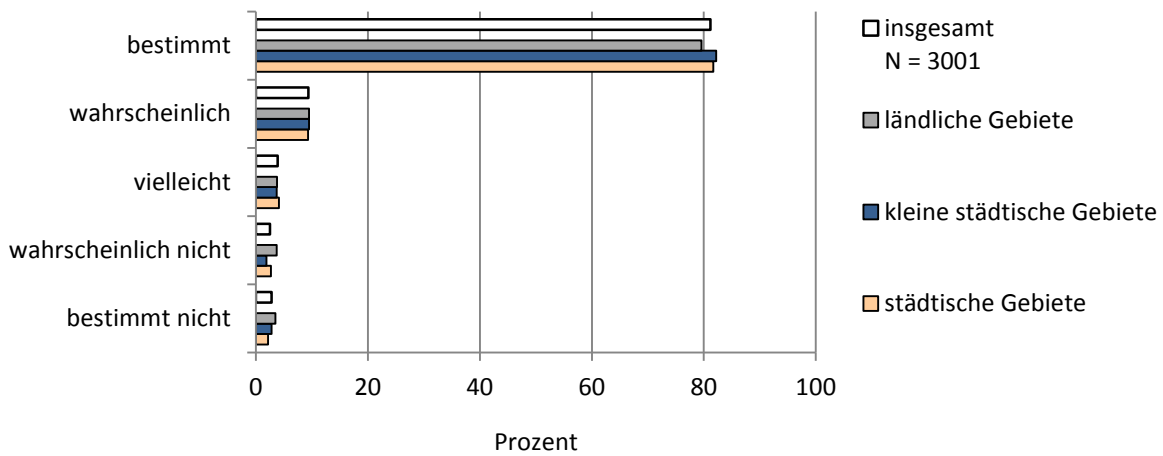


Abbildung 54: Sonntagsfrage Bundestagswahl (F40) nach sozioökonomischem Status

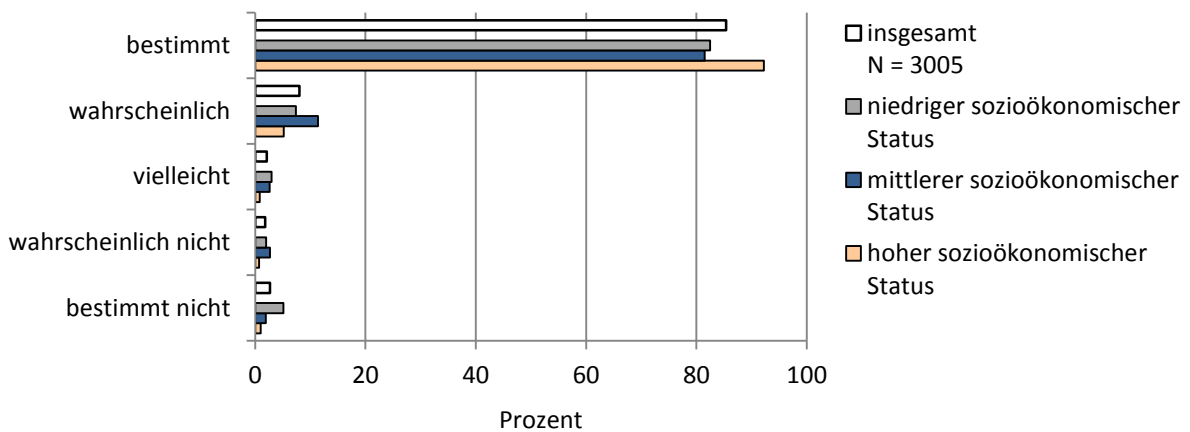
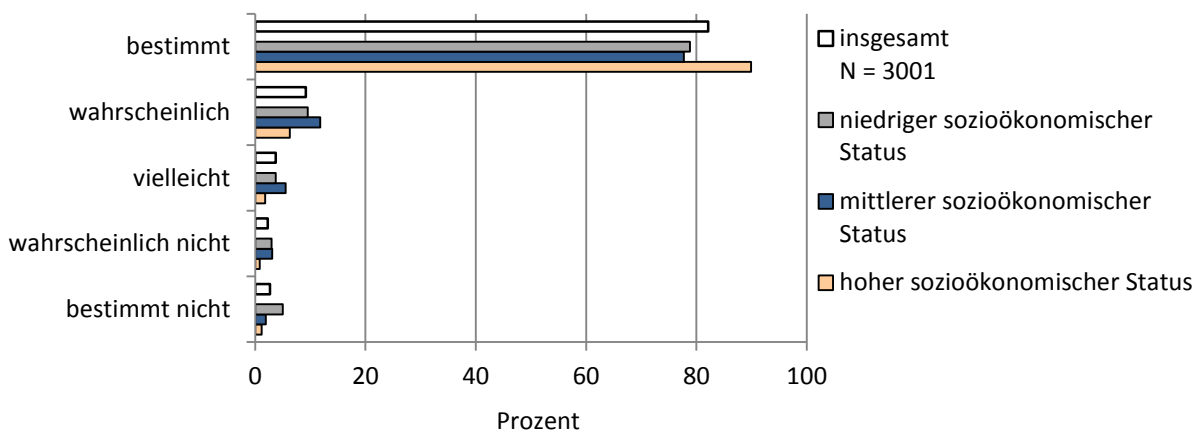


Abbildung 55: Sonntagsfrage Landtagswahl (F41) nach sozioökonomischem Status



Gaben Befragte an, dass sie mindestens „vielleicht“ an der Landtagswahl teilnehmen würden, so wurde ihnen in einem nächsten Schritt auch die Frage nach der konkreten Parteiwahl gestellt:

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl hier in Baden-Württemberg wäre?“

Bei dieser Frage standen den Befragten keine Antwortkategorien zur Auswahl. Stattdessen hatten sie die Möglichkeit aus freien Stücken eine Partei zu nennen.

Insgesamt führen dabei die Christdemokraten mit klarem Abstand vor den Grünen und der SPD. Alle anderen Parteien folgen erst mit großem Abstand und erhalten nur wenig Unterstützung in der Wählerschaft. Mit Hinblick auf die Unterscheidung von Gebieten verschiedenen Verstärterungsgrads in Abbildung 56 fällt auf, dass sowohl die CDU als auch die FDP deutlich mehr Unterstützung aus ländlichen Gebieten erhält, während die Grünen und die SPD stärker in kleinen städtischen und städtischen Gebieten unterstützt wird. Auch die Linken, die AfD und die Piraten verfügen über deutlich mehr potentielle Wähler in städtischen Gebieten. Die Unterscheidung nach dem sozioökonomischen Status der Befragten in Abbildung 57 zeigt, dass insbesondere Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status die CDU in Landtagswahlen wählen würde. Die SPD erhält mehr Stimmen von Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status als von Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status und am wenigsten von Personen mit hohem sozioökonomischem Status. Bei den Grünen nimmt dieses Verhältnis genau umgekehrte Form an. Sie erhalten mehr Unterstützung von Personen mit hohem sozioökonomischem Status als von Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status und am wenigsten von Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status. Darüber hinaus setzt sich der größte Teil der potentiellen Wählerschaft der Linken aus Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status zusammen. Der größte Teil der potentiellen FDP-Wähler sind Personen mit hohem sozioökonomischem Status.

Abbildung 56: Partei Landestagswahl (F42) nach Verstärterungsgrad

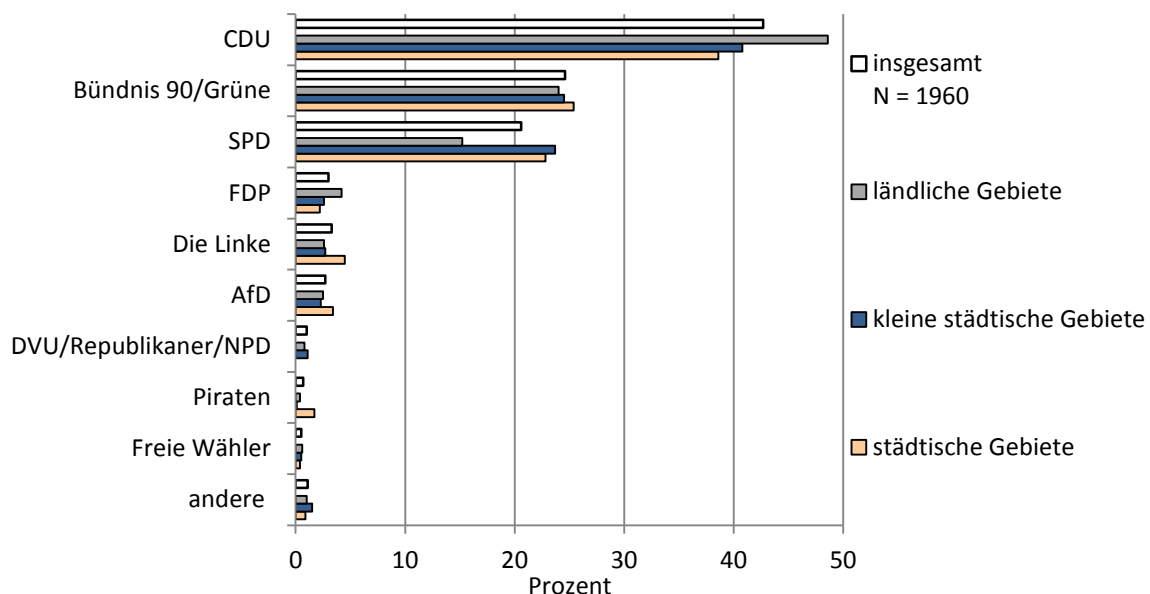
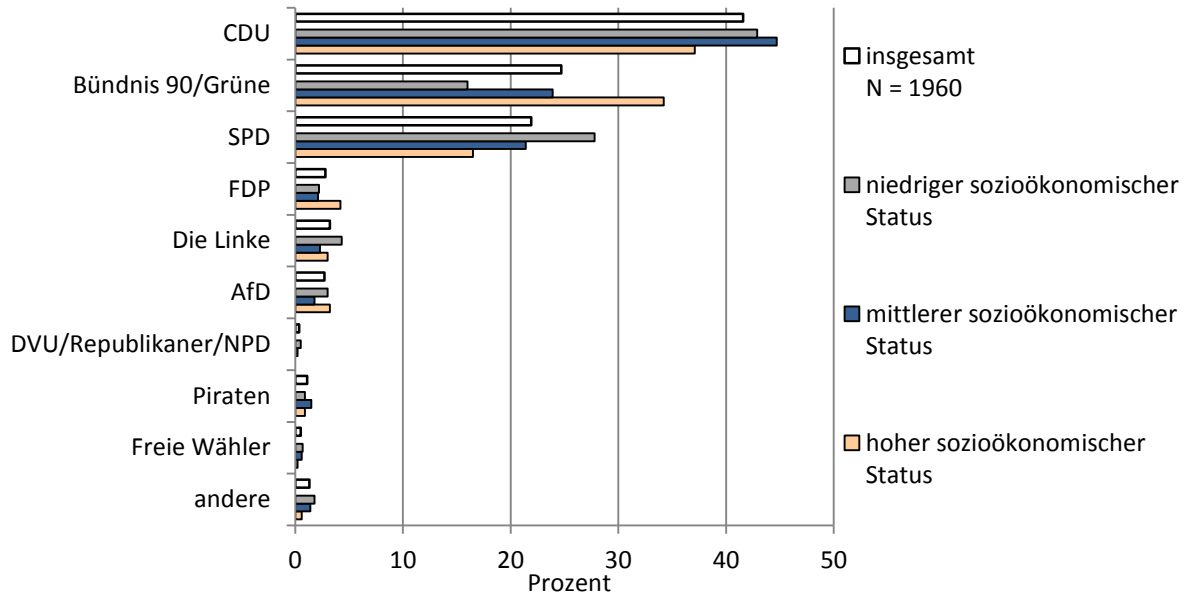


Abbildung 57: Partei Landestagswahl (F42) nach sozioökonomischem Status





### 3.2 Politische Beteiligung

Mit den sechs Fragen

„Haben Sie in den vergangenen zwölf Monaten...

- Kontakt zu einem Politiker in Baden-Württemberg gehabt?
- einen Leserbrief an eine Zeitung in Baden-Württemberg geschrieben?
- sich an einer Unterschriftenaktion in Baden-Württemberg beteiligt?
- an einer Demonstration in Baden-Württemberg teilgenommen?
- an einer organisierten Form der Bürgerbeteiligung, wie z. B. einer Versammlung oder einem Bürgertisch, teilgenommen?
- auf dem Online-Beteiligungsportal der Landesregierung in Baden-Württemberg politische Vorhaben bewertet oder kommentiert?“

wurden weitere Formen politischer Beteiligung über die Teilnahme an Wahlen hinaus erfasst. Der Fragestellung entsprechend war es den Befragten jeweils möglich mit „ja“ oder „nein“ zu antworten. Wie in untenstehenden Abbildungen ersichtlich, haben sich ungefähr 60 Prozent der Befragten in irgendeiner Art und Weise politisch beteiligt – Wahlen außen vor gelassen. Dabei wird am häufigsten an Unterschriftenaktionen in Baden-Württemberg teilgenommen, gefolgt vom Kontakt mit Politikern und der Teilnahme an organisierten Formen der Bürgerbeteiligung. Leserbriefe an Zeitungen werden kaum geschrieben. Das Online-Beteiligungsportal der Landesregierung wird ebenfalls nur wenig genutzt und an Demonstrationen selten teilgenommen. Dabei bestehen kaum Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Gebieten (Abbildung 58). Die Unterscheidung nach sozioökonomischem Status in Abbildung 59 zeigt hingegen deutlich, dass sich Personen mit hohem sozioökonomischem Status durchgängig stärker politisch beteiligen als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status. Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status beteiligen sich vergleichsweise am wenigsten an Politik.

Abbildung 58: Politische Beteiligung (F9\_1 bis F9\_6) nach Verstädterungsgrad

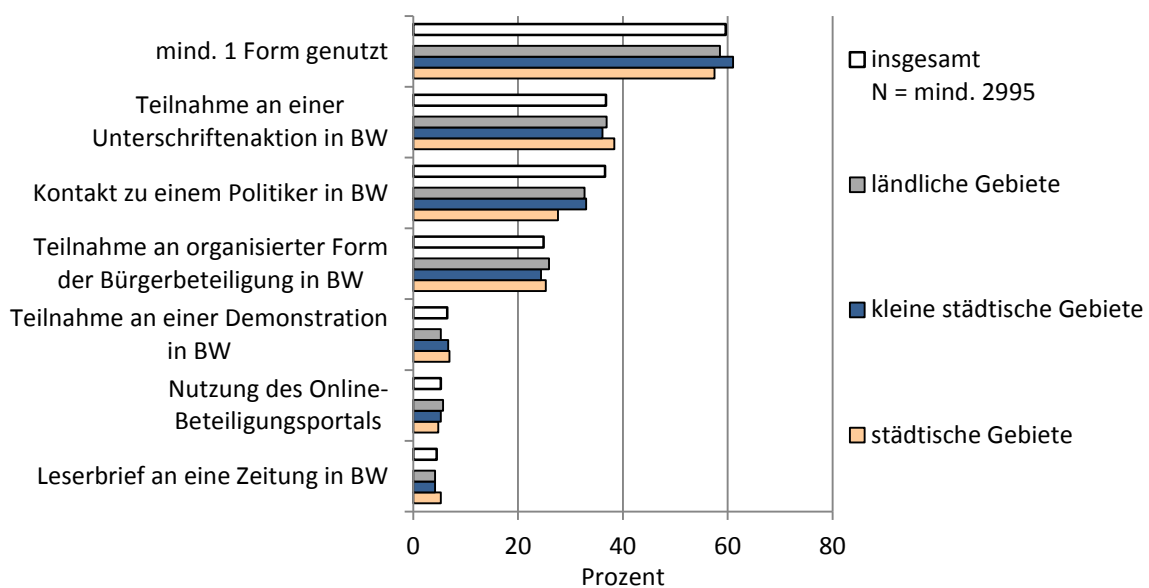
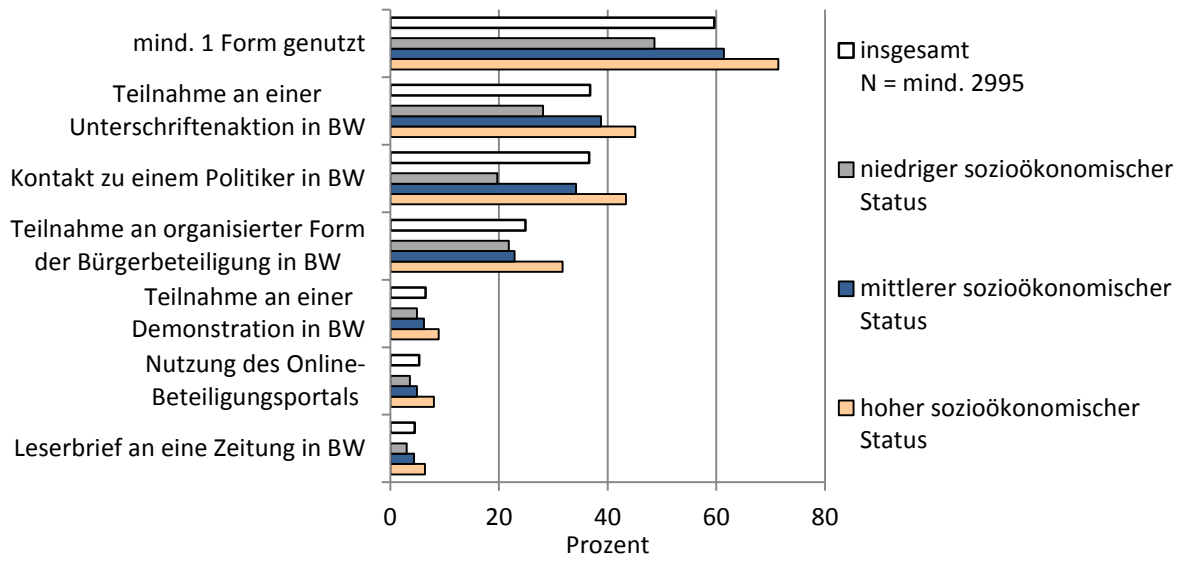


Abbildung 59: Politische Beteiligung (F9\_1 bis F9\_6) nach sozioökonomischem Status

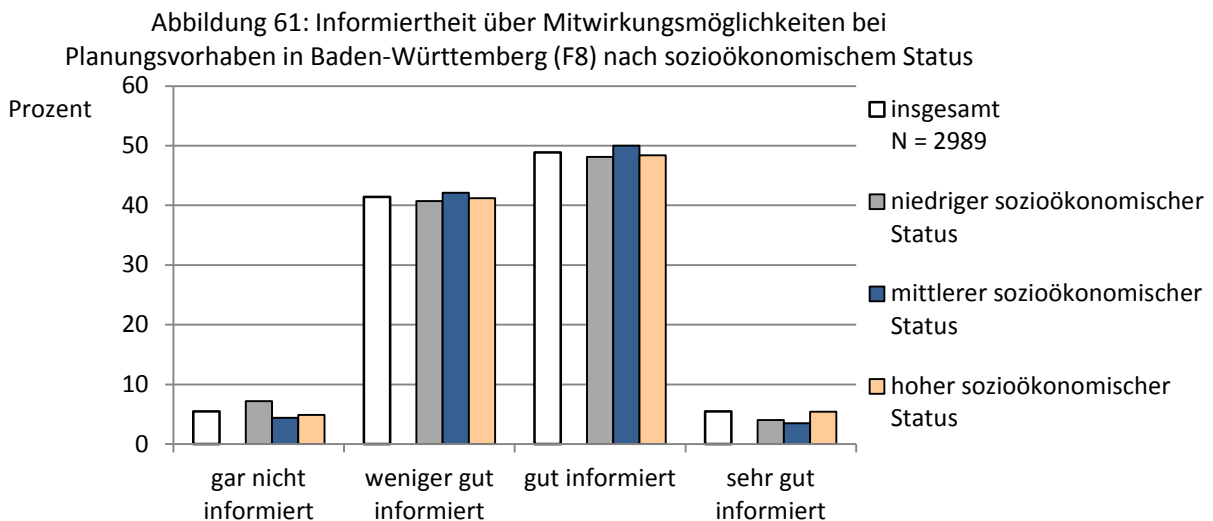
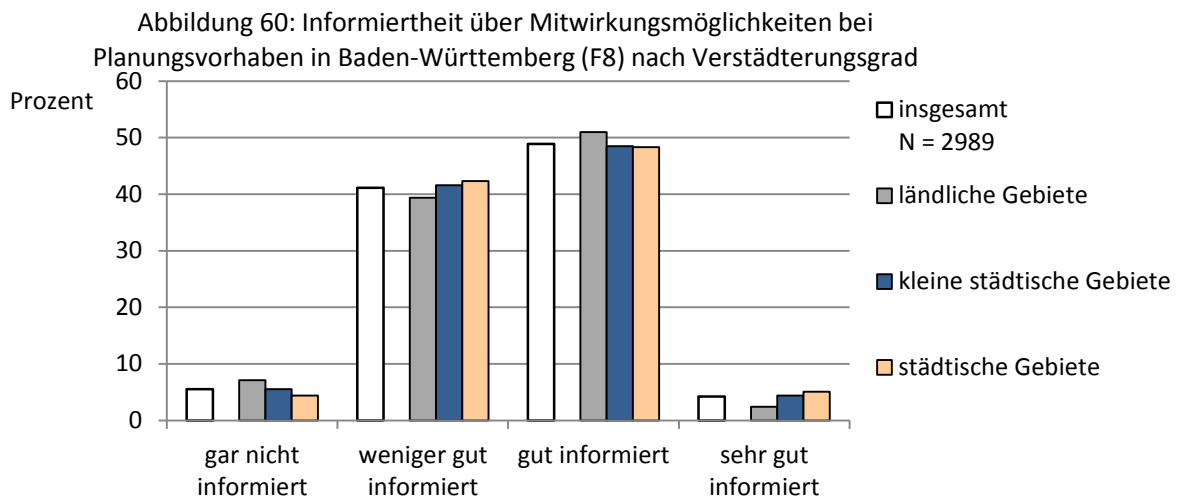


### 3.3 Einstellungen zur Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg

Im Folgenden geht es um die Informiertheit über Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten, deren Bewertung durch die Bürger sowie ihre Einstellungen gegenüber Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg. Die Abbildungen 60 und 61 gehen zunächst darauf ein, inwiefern sich die Befragten über die Mitwirkungsmöglichkeiten bei Planungsvorhaben als Bürger in Baden-Württemberg informiert fühlen und basieren auf folgender Fragestellung:

„Würden Sie sagen, Sie fühlen sich über die bestehenden Möglichkeiten, als Bürger an Planungsvorhaben in Baden-Württemberg mitzuwirken, alles in allem sehr gut informiert, gut informiert, weniger gut informiert oder gar nicht informiert?“

In der Regel geben die Befragten mittlere Urteile ab und fühlen sich meist gut oder weniger gut informiert. Die getrennten Verteilungen für Personen aus unterschiedlichen Gebieten und mit unterschiedlichem sozioökonomischem Status ähneln sich und zeigen somit, dass sich die verschiedenen Gruppen in ihrer Antwortweise kaum unterscheiden.



Eine weitere Frage zu diesem Thema beschäftigt sich mit der Evaluation der vorhandenen Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg und ist wie folgt formuliert:

„Und nun eine Frage zur Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg: Gibt es in Baden-Württemberg genügend Möglichkeiten, sich als Bürger politisch einzubringen? Sie haben folgende Antwortmöglichkeiten:

- 1) Ja, es gibt genügend Möglichkeiten sich einzubringen.
- 2) Nein, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung reichen nicht aus.
- 3) Ich habe kein Interesse mich einzubringen.
- 4) Ich will mich nicht konkret einbringen, aber ich will über alles umfassend informiert sein.“

Wie in den Abbildungen 62 und 63 ersichtlich, erachten die meisten Bürgerinnen und Bürger die Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg als ausreichend – oder sie wollen sich nicht konkret einbringen, aber über alles umfassend informiert sein. Es bestehen kaum Unterschiede zwischen den Gebieten verschiedenen Verstärterungsgrads, durchaus jedoch mit Hinblick auf den sozioökonomischen Status der Befragten. Mit steigendem sozioökonomischem Status geben die Befragten verstärkt an, es gäbe genügend Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten im Bundesland. Damit im Einklang wird mit steigendem sozioökonomischem Status auch weniger häufig angegeben, dass kein Interesse an Bürgerbeteiligung besteht und/oder umfassende Informationen erwünscht sind.

Abbildung 62: Möglichkeiten sich in Baden-Württemberg einzubringen (F7)  
nach Verstärterungsgrad

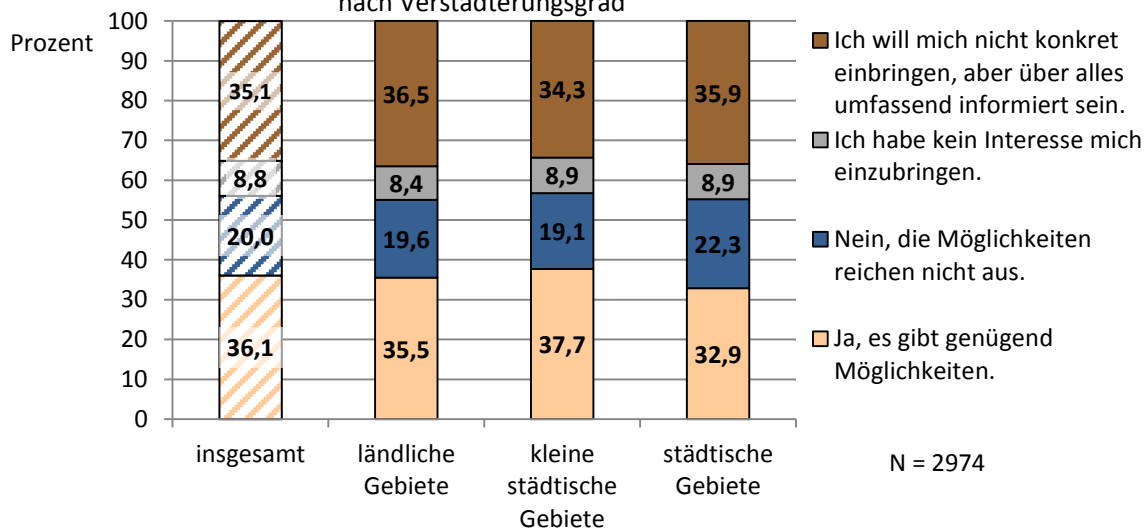
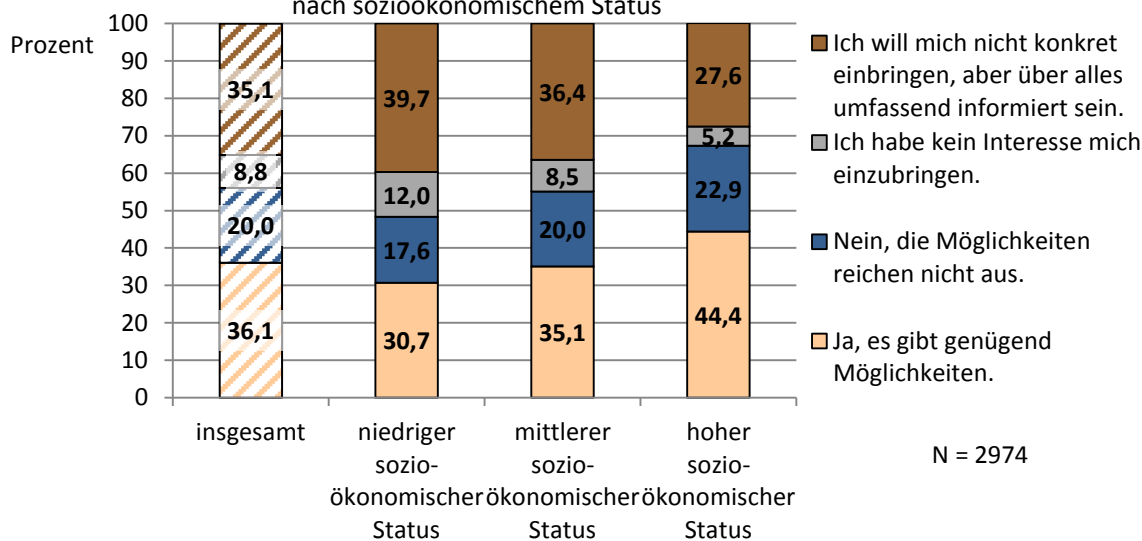


Abbildung 63: Möglichkeiten sich in Baden-Württemberg einzubringen (F7)  
nach sozioökonomischem Status



Anhand der konkreten Bürgerbeteiligungsprozesse im Rahmen von Stuttgart 21 sowie der Errichtung des Nationalparks Nordschwarzwald wurden außerdem Meinungen und Einstellungen zu solchen Prozessen erfragt. Weil der landesweite Volksentscheid zu Stuttgart 21 den Diskussionen um das Projekt keinen Abbruch getan hat und dem Projekt weiterhin öffentliche Aufmerksamkeit zukommt, wurde mit folgender Frage auf die politische Akzeptanzerwartung der Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg eingegangen:

„Das Großprojekt Stuttgart 21 steht weiterhin in der Diskussion. Sollte die Landesregierung angesichts neuer Erkenntnisse und Entwicklungen zu Stuttgart 21 in der Lage sein, das Projekt zu beenden, obwohl eine Mehrheit der Bürger in Baden-Württemberg beim Volksentscheid dafür gestimmt hat? Auf einer Skala von 0 bis 10: 0 bedeutet ‚Die Landesregierung sollte sich über die Entscheidung der Bürger hinwegsetzen können‘ und 10 bedeutet ‚Die Landesregierung muss die Entscheidung der Bürger ohne Wenn und Aber akzeptieren‘.“

Die beiden nachfolgenden Abbildungen zeigen deutliche Erwartungen der Annahme des Ergebnisses des Volksentscheids durch die Landesregierung. Die meisten Befragten geben hohe Werte an und insbesondere der Wert 10 wird häufig gewählt. Dabei sprechen sich Personen aus ländlichen Gebieten besonders deutlich für die Akzeptanz der Entscheidung der Bürger aus, wie in Abbildung 64 ersichtlich. Abbildung 65 zeigt zudem, dass Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status höhere Werte angeben als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status. Diese sprechen sich wiederum deutlicher für die Akzeptanz des Resultats des Volksentscheids aus als Personen mit hohem sozioökonomischem Status. Die positiven Werte bescheinigen, dass das Ergebnis des Volksentscheids durchaus angenommen wird. Mit steigendem sozioökonomischem Status stehen die Befragten der Entscheidung des baden-württembergischen Volkes jedoch etwas kritischer gegenüber.

Abbildung 64: Akzeptanzerwartung des Volksentscheids zu Stuttgart 21 (F38) nach Verstadterungsgrad

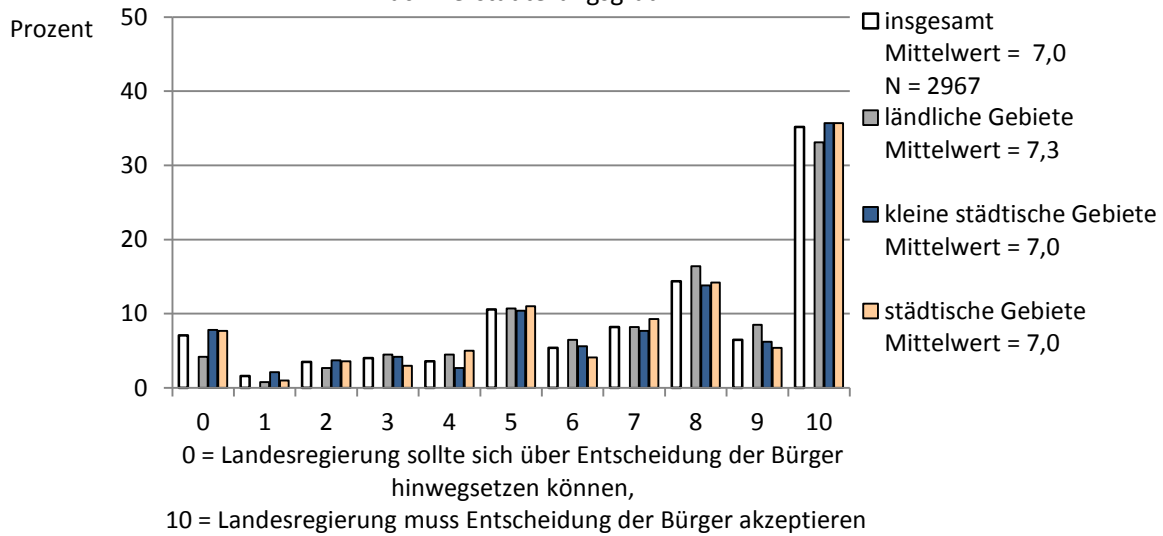
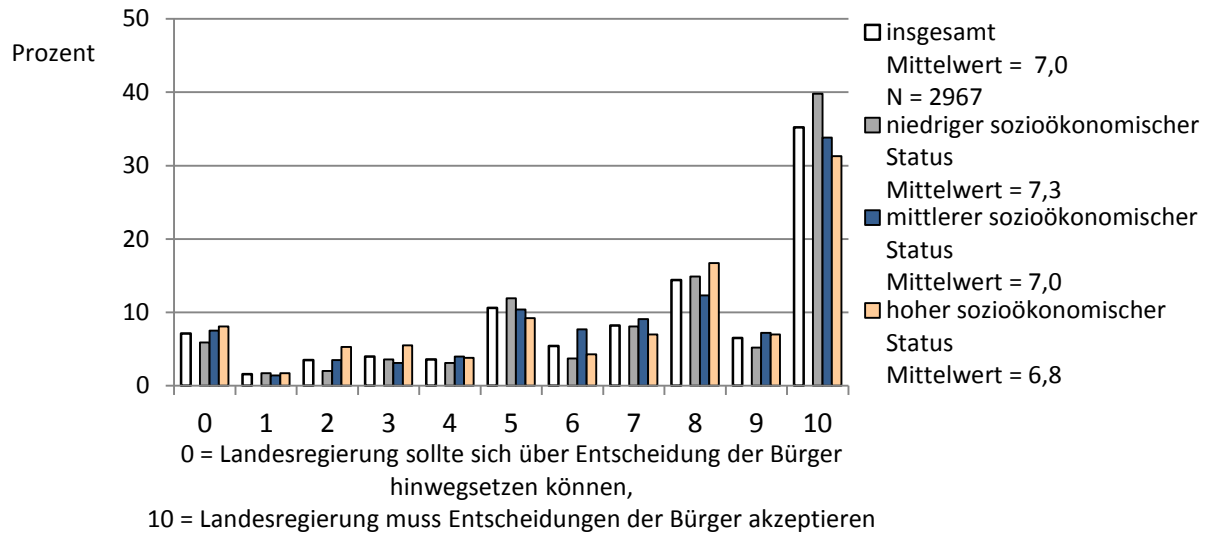


Abbildung 65: Akzeptanzerwartung des Volksentscheids zu Stuttgart 21 (F38) nach soziookonomischem Status



Mit folgender Frage wurde der umstrittene Plan thematisiert, im Nordschwarzwald einen Nationalpark zu errichten. Hierbei geht es darum, welcher politischer Institution oder Teil der Bevölkerung Entscheidungsgewalt zukommen sollte:

„Die Landesregierung plant, im Nordschwarzwald einen Nationalpark einzurichten. Wer sollte Ihrer Meinung nach darüber entscheiden, ob dieses Projekt durchgeführt wird oder nicht: Die betroffenen Gemeinden im Schwarzwald, die Landesregierung von Baden-Württemberg, die Einwohner der betroffenen Gemeinden im Schwarzwald in einem Bürgerentscheid oder alle Bürger von Baden-Württemberg in einem Volksentscheid?“

Die folgenden beiden Abbildungen zeigen, dass die Befragten zur Entscheidung des Vorhabens in ihrer Mehrheit einen Bürgerentscheid der Einwohner der betroffenen Gemeinden bevorzugen, gefolgt von einem Volksentscheid der Bürger Baden-Württembergs. Wie in Abbildung 66 erkennbar, bestehen in dieser Präferenz kaum Unterschiede nach Verstädterungsgrad. Allerdings stimmen Personen weniger stark für einen landesweiten Volksentscheid, wenn sie einen höheren sozioökonomischen Status haben (Abbildung 67).

Abbildung 66: Entscheidungen über den Nationalpark Nordschwarzwald (F39) nach Verstädterungsgrad

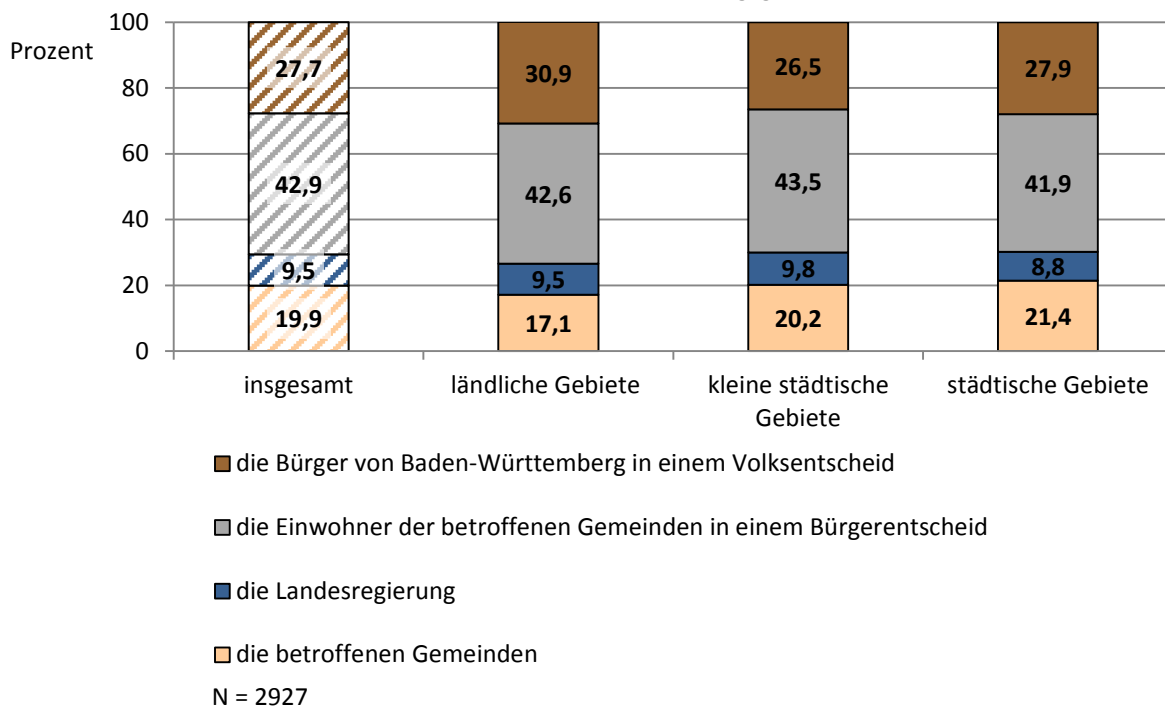
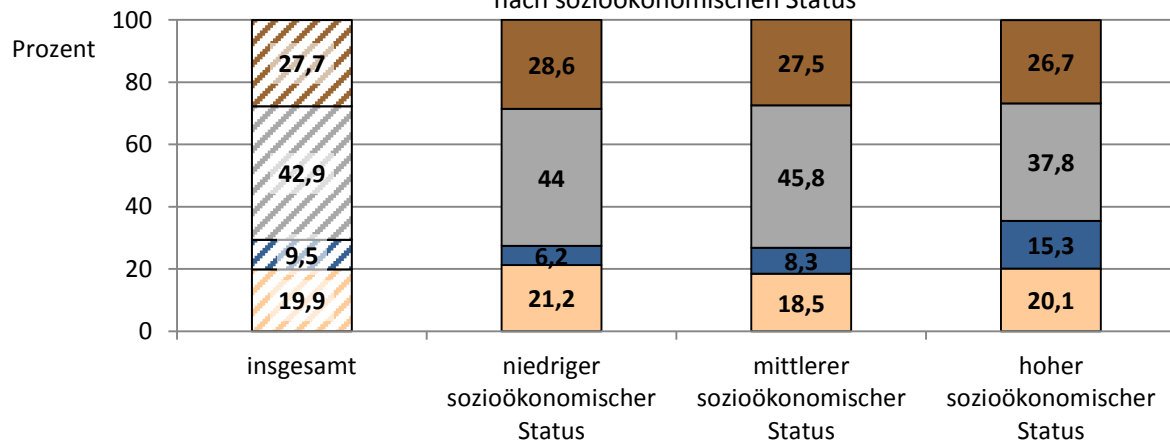


Abbildung 67: Entscheidungen über den Nationalpark Nordschwarzwald (F39) nach sozioökonomischen Status



- die Bürger von Baden-Württemberg in einem Volksentscheid
  - die Einwohner der betroffenen Gemeinden in einem Bürgerentscheid
  - die Landesregierung
  - die betroffenen Gemeinden
- N = 2927



### 3.4 Beteiligung an Aktivitäten in und von Vereinen

Konfrontiert mit einer Liste verschiedener Vereine und Organisationen wurden die Befragten gebeten dann mit „ja“ zu antworten, wenn sie in den vergangenen zwölf Monaten an einer Veranstaltung oder Aktivität dieser Organisation in Baden-Württemberg teilgenommen haben. Damit war die aktive Beteiligung im Gegensatz zur rein passiven Mitgliedschaft gemeint, was im Rahmen der Fragestellung auch ebenso kommuniziert wurde.<sup>14</sup> Den Befragten wurden dabei folgende Organisationen genannt:

- Freizeitverein, Sportverein oder Sportgruppe, kultureller oder künstlerischer Verein
- Wohltätigkeitsverein oder karitative Organisation
- religiöse Organisation oder eine Gruppe einer Kirchengemeinde
- Hilfsorganisation, wie z. B. Feuerwehr, Rettungsdienste – Johanniter, DRK, Malteser – und Technisches Hilfswerk
- Hobbyzüchterverein oder Kleingärtnerverein
- sonstiger Verein und/oder Organisation

Um die 80 Prozent der Befragten haben an mindestens einer Veranstaltung oder Aktivität in einem Verein oder einer Organisation teilgenommen. Knapp über 60 Prozent der Befragten waren im vergangenen Jahr in einem Freizeitverein, einem Sportverein oder einem kulturell/künstlerischem Verein aktiv. Damit stellt dies mit Abstand den größten Anteil dar. Der Anteil der Befragten, die in einer religiösen Organisation oder einem Wohltätigkeitsverein aktiv gewesen sind, ist nur etwa halb so groß. Jeder fünfte Befragte war in einer Hilfsorganisation und jeder vierte Befragte in sonstigen Vereinen oder Organisationen aktiv. Nur sehr wenige Bürgerinnen und Bürger sind hingegen in Hobbyzüchtervereinen oder Kleingärtnervereinen aktiv gewesen. Es bestehen hierbei kaum Unterschiede zwischen Gebieten mit unterschiedlichem Verstädterungsgrad aber Unterschiede zwischen Personen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Status. Wie in Abbildung 69 ersichtlich, nehmen Personen mit hohem sozioökonomischem Status zwar generell an mehr Aktivitäten teil als andere, sind in vielen Vereinen und Organisationen aber unterrepräsentiert. In Freizeitvereinen, Wohltätigkeitsvereinen und religiösen Organisationen sind mehr Personen mit niedrigem und mittlerem sozioökonomischem Status aktiv als Personen mit hohem sozioökonomischem Status. Lediglich in Hilfsorganisationen und Hobbyzüchtervereinen sind Bürger mit hohem sozioökonomischem Status überrepräsentiert.

---

<sup>14</sup> Den Befragten wurde folgende Formulierung vorgelegt: „Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Organisationen. Antworten Sie bitte bei jeder dieser Organisationen mit ‚ja‘, wenn Sie in den vergangenen zwölf Monaten an einer Veranstaltung oder Aktivität dieser Organisation teilgenommen haben. Das heißt, es geht um Ihre aktive Beteiligung. Eine reine passive Mitgliedschaft ist nicht gemeint.“

Abbildung 68: Soziale Beteiligung (F4\_1 bis F4\_6) nach Verstärterungsgrad

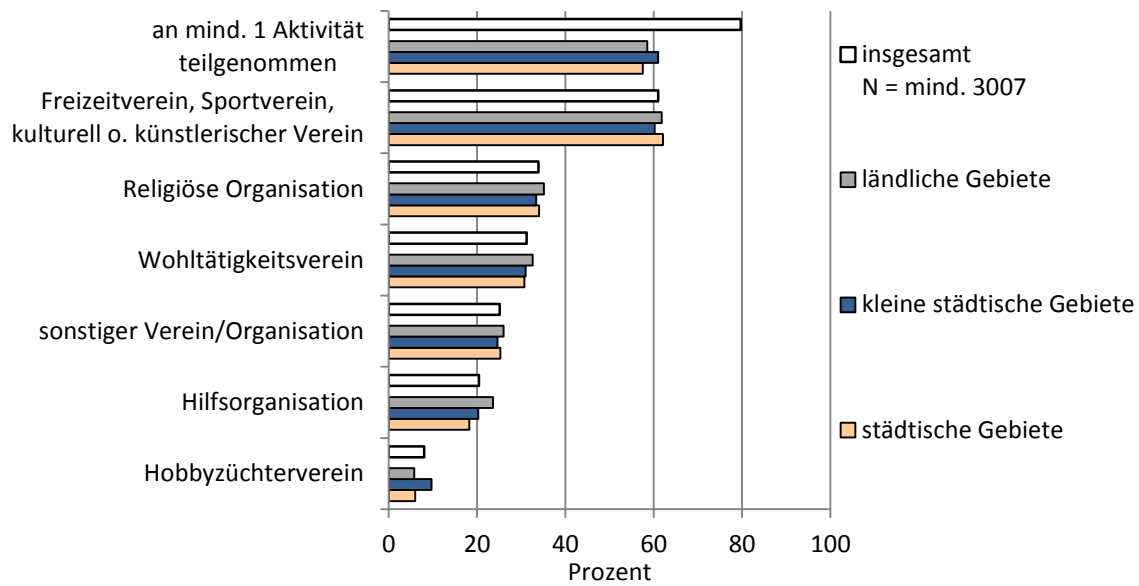
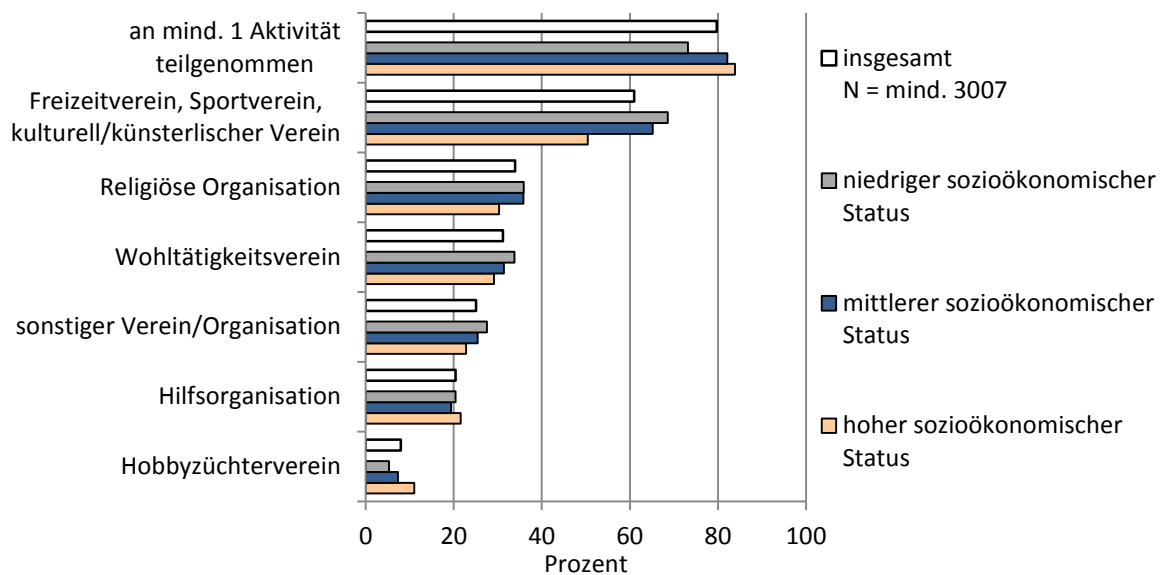


Abbildung 69: Soziale Beteiligung (F4\_1 bis F4\_6) nach sozioökonomischen Status



### 3.5 Informelle Aktivitäten und Kontakte

Informelle Aktivitäten im Sozialbereich sind im Rahmen dieser Studie regelmäßige Kontakte mit Freunden und Bekannten sowie verschiedene Nachbarschaftsbeziehungen. Die Abbildungen 70 und 71 zeigen zunächst soziale Aktivitäten mit Freunden und Bekannten. Auf die Frage

„Gehören Sie einer Gruppe von Freunden oder Bekannten an, die regelmäßig Kontakt hat und nicht als Verein oder Organisation organisiert ist? Damit sind regelmäßige Treffen gemeint, z. B. Stammtische, Freundeskreise oder Cliques.“

konnten die Befragten entweder mit „ja“ oder „nein“ beantworten. Insgesamt stehen etwa 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg mit einer Gruppe von Freunden und Bekannten in regelmäßigem Kontakt. Dies trifft auf alle Gebiete unterschiedlichen Verstärterungsgrads zu. Ein Blick auf die Unterscheidung nach sozioökonomischem Status in Abbildung 71 lässt erkennen, dass Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status am stärksten in informelle Gruppen dieser Art integriert sind, während Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status im Vergleich am wenigsten im informellen, regelmäßigen Kontakt mit Freunden und Bekannten stehen.

Abbildung 70: Informelle Gruppen (F5) nach Verstärterungsgrad

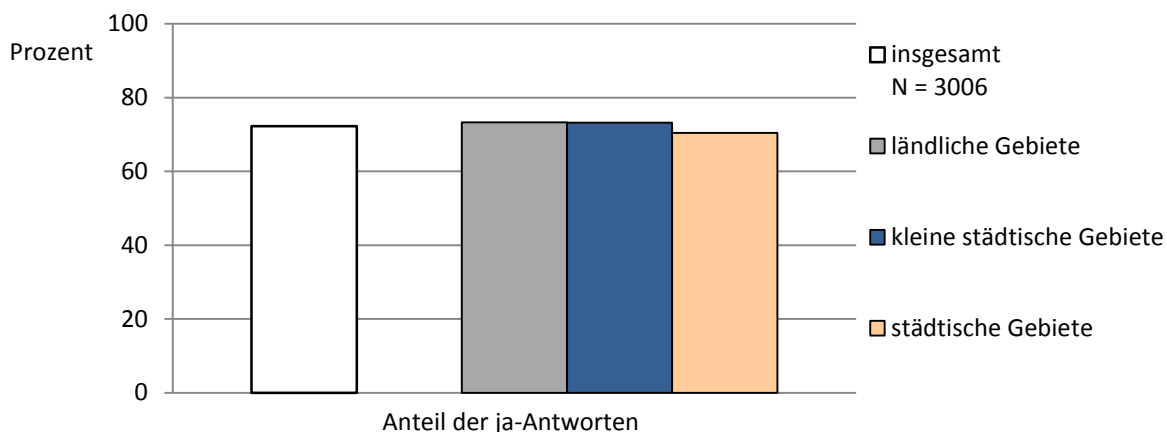
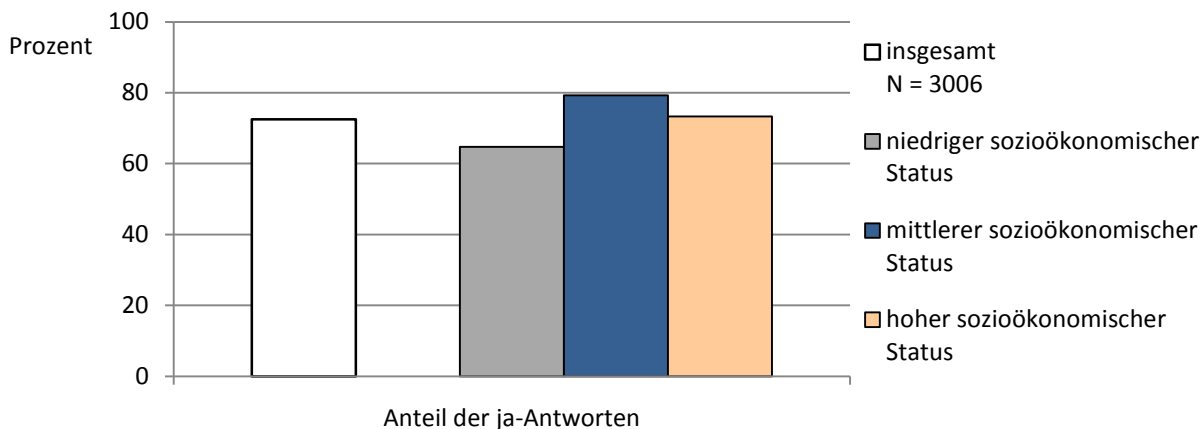


Abbildung 71: Informelle Gruppen (F5) nach sozioökonomischen Status



Zur Erfassung der Nachbarschaftsbeziehungen wurden den Befragten drei verschiedene Fragen gestellt. Die erste Frage beschäftigt sich mit Nachbarschaftsbesuchen:

„Es gibt Leute, die viel Kontakt mit ihren Nachbarn haben. Andere haben nur wenig Kontakt. Wie ist es mit Ihnen? Wie oft tun Sie die folgenden Dinge mit Ihren Nachbarn? Fangen wir an mit sich gegenseitig besuchen. Besuchen Sie sich oft, manchmal, selten oder nie gegenseitig?“

Insgesamt verteilen sich die Befragten relativ gleichmäßig über die verschiedenen Antwortkategorien, wobei die Antworten „manchmal“ und „selten“ geringfügig häufiger gewählt werden. Wie Abbildung 72 entnommen werden kann, sind häufige Nachbarschaftsbesuche in städtischen Gebieten geläufiger als in kleinen städtischen Gebieten. In ländlichen Gebieten kommen Nachbarschaftsbesuche am seltensten vor. Mit Bezug auf den sozioökonomischen Status bestehen keine systematischen Unterschiede in der Häufigkeit der Nachbarschaftsbesuche (Abbildung 73).

Abbildung 72: Nachbarschaftsbesuche (F6\_1) nach Verstädterungsgrad

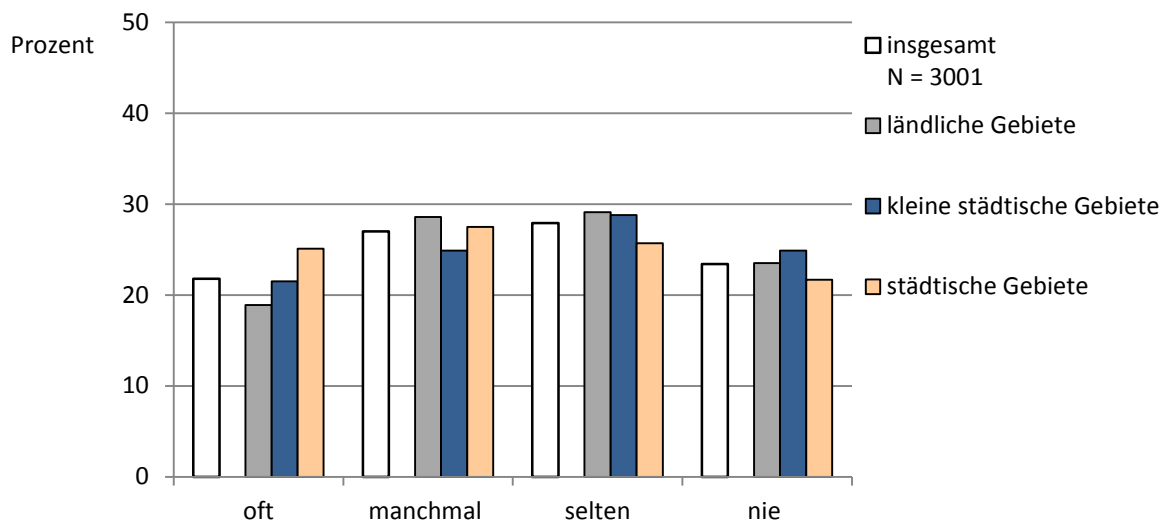
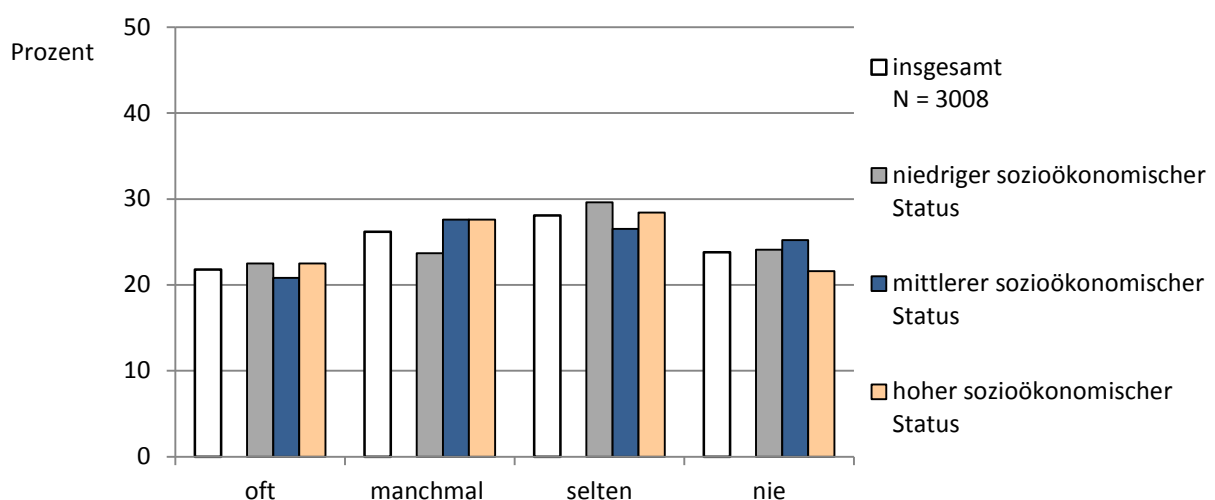


Abbildung 73: Nachbarschaftsbesuche (F6\_1) nach sozioökonomischen Status



Die zweite Frage befasst sich mit Helfen in der Nachbarschaft:

„Und wie ist das mit sich gegenseitig in der Nachbarschaft Helfen? Wie oft kommt das vor: oft, manchmal, selten oder nie?“

In der Regel helfen sich die meisten Befragten oft oder manchmal gegenseitig in der Nachbarschaft. Dabei helfen sich die Befragten in der Nachbarschaft häufiger „oft“ je urbaner ihr Lebensbereich ist. Wie in Abbildung 74 ersichtlich, helfen sich Befragte in ländlichen Gebieten häufiger „manchmal“ in der Nachbarschaft. Keinerlei Hilfestellung zwischen Nachbarn trifft man eher in ländlichen Gebieten als in kleinen städtischen oder städtischen Gebieten an. Abbildung 75 zeigt, dass sich Personen mit höherem sozioökonomischem Status in der Regel etwas häufiger unter Nachbarn helfen.

Abbildung 74: Helfen in der Nachbarschaft (F6\_2) nach Verstädterungsgrad

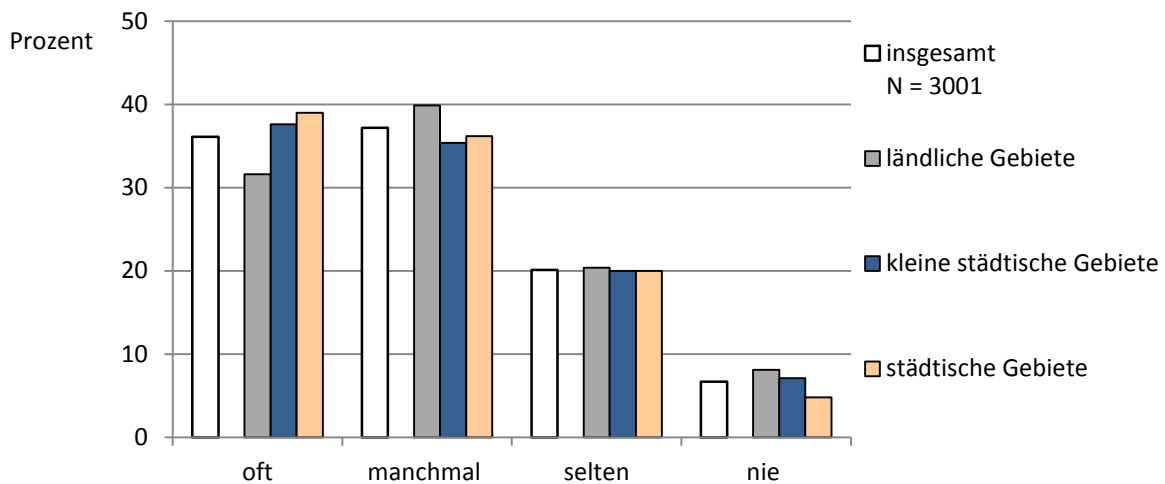
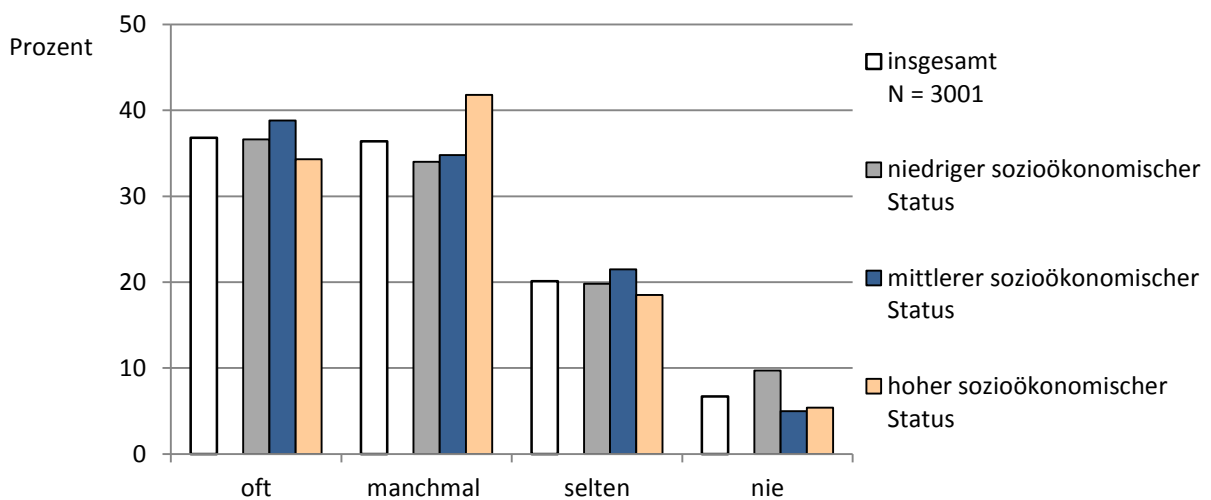


Abbildung 75: Helfen in der Nachbarschaft (F6\_2) nach sozioökonomischem Status



In den Abbildungen 76 und 77 wird schließlich mit Streiten in der Nachbarschaft eine negative Form der Nachbarschaftsbeziehung gezeigt. Die Befragten antworteten auf folgende Frage:

„Und wie ist das mit Streiten in der Nachbarschaft? Wie oft kommt das vor?“

Dabei standen ihnen wieder die Antwortkategorien „oft“, „manchmal“, „selten“ und „nie“ zur Verfügung. Wie in den Abbildungen ersichtlich, kommt Streit in der Nachbarschaft eher selten vor. Dabei wird die Antwortkategorie „selten“ in städtischen Gebieten häufiger genannt als in kleinen städtischen Gebieten und in kleinen städtischen Gebieten werden seltene Streitigkeiten in der Nachbarschaft häufiger angegeben als in ländlichen Gebieten. Auf der anderen Seite werden keinerlei Streitigkeiten in der Nachbarschaft häufiger in ländlichen Gebieten angegeben als in kleinen städtischen Gebieten und häufiger in kleinen städtischen Gebieten als in städtischen Gebieten (Abbildung 76). Die Differenzierung nach sozioökonomischem Status auf der anderen Seite zeigt keine systematischen Unterschiede zwischen den Personengruppen (Abbildung 77).

Abbildung 76: Streiten in der Nachbarschaft (F6\_3) nach Verstädterungsgrad

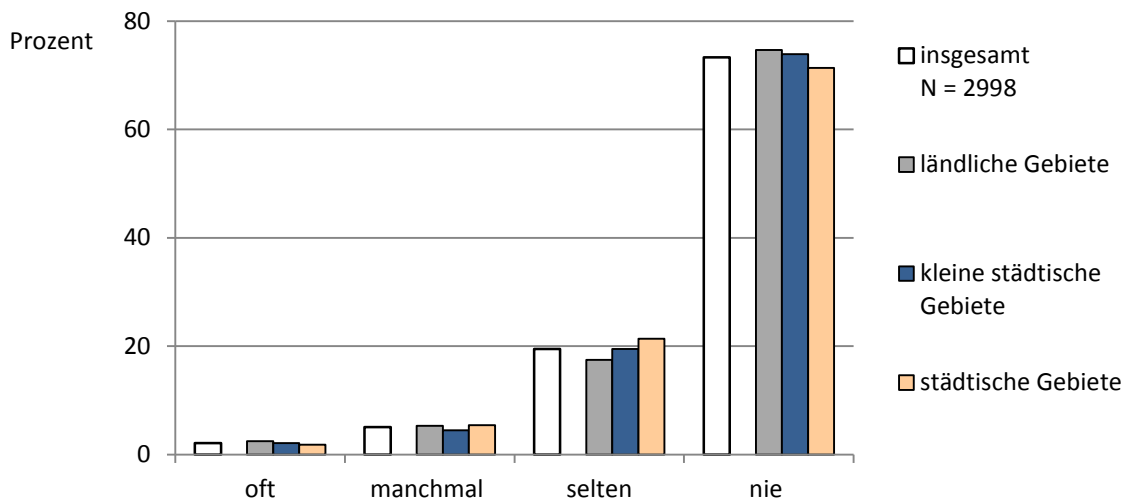
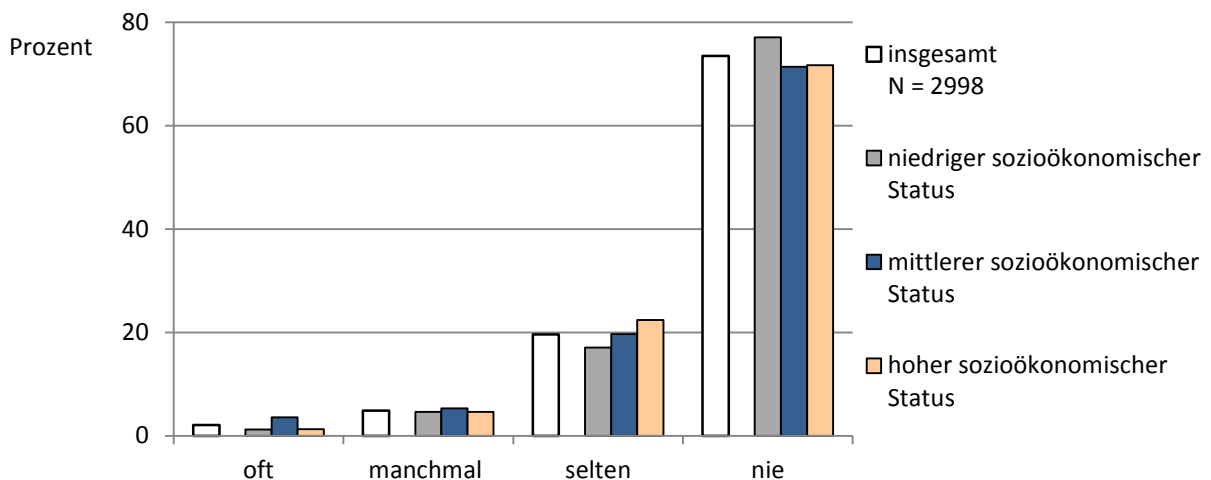


Abbildung 77: Streiten in der Nachbarschaft (F6\_3) nach sozioökonomischem Status



## 4. Information und Kommunikation

### 4.1 Informationen zur Bundes- und Landespolitik

Dem Informationsverhalten mit Hinblick auf politische Geschehnisse in Deutschland und der Welt sowie in Baden-Württemberg wurde sich mit einer Reihe verschiedener Fragen angenähert. Dabei beziehen sich die ersten beiden Fragen zunächst auf die Häufigkeit der Informationsaufnahme zur Bundes- und Landespolitik. Die darauf folgenden drei Fragen erschließen dann die konkreten Informationsquellen, von denen Informationen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg bezogen werden. Im Fokus steht hierbei insbesondere das Informationsverhalten mit Hinsicht auf die Landespolitik.

Die Häufigkeit, mit welcher die Befragten bundespolitische Geschehnisse verfolgen, wurde mit folgender Fragestellung aufgenommen:

„An wie vielen Tagen in der Woche verfolgen Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen in Deutschland und der Welt?“

Mit Bezug auf die Informationsaufnahme zu landespolitischen Geschehnissen war die Frage wie folgt formuliert:

„Und wie ist es speziell mit dem politischen Geschehen in Baden-Württemberg? An wie vielen Tagen in der Woche verfolgen Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen in Baden-Württemberg?“

In beiden Fällen war es den Befragten dabei möglich, sich zwischen einer der folgenden vorgegebenen Antwortkategorien zu entscheiden:

- an allen sieben Tagen in der Woche
- an sechs Tagen in der Woche
- an fünf Tagen in der Woche
- an vier Tagen in der Woche
- an drei Tagen in der Woche
- an zwei Tagen in der Woche
- an einem Tag in der Woche
- seltener
- nie

Wie in Abbildung 78 ersichtlich, informieren sich mehr als 60 Prozent der Befragten täglich über das bundes- und weltpolitische Geschehen. Abbildung 79 zeigt, dass dieser Anteil mit knapp über 40 Prozent der Befragten für landespolitische Geschehnisse deutlich geringer ist. Es bestehen kaum Unterschiede in der Häufigkeit der Informationsaufnahme zu bundes- und weltpolitischen Ereignissen zwischen Gebieten mit unterschiedlichem Verstädterungsgrad. Allerdings informieren sich Personen aus kleinen städtischen Gebieten etwas weniger häufig über politische Entwicklungen in Baden-Württemberg. Mit Hinblick auf die Unterscheidung nach sozioökonomischem Status zeigen Abbildung 80 und 81, dass Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status am seltensten Informationen über bundes- und landespolitische Geschehnisse beziehen.

Abbildung 78: Politische Information Deutschland (F43) nach Verstädterungsgrad

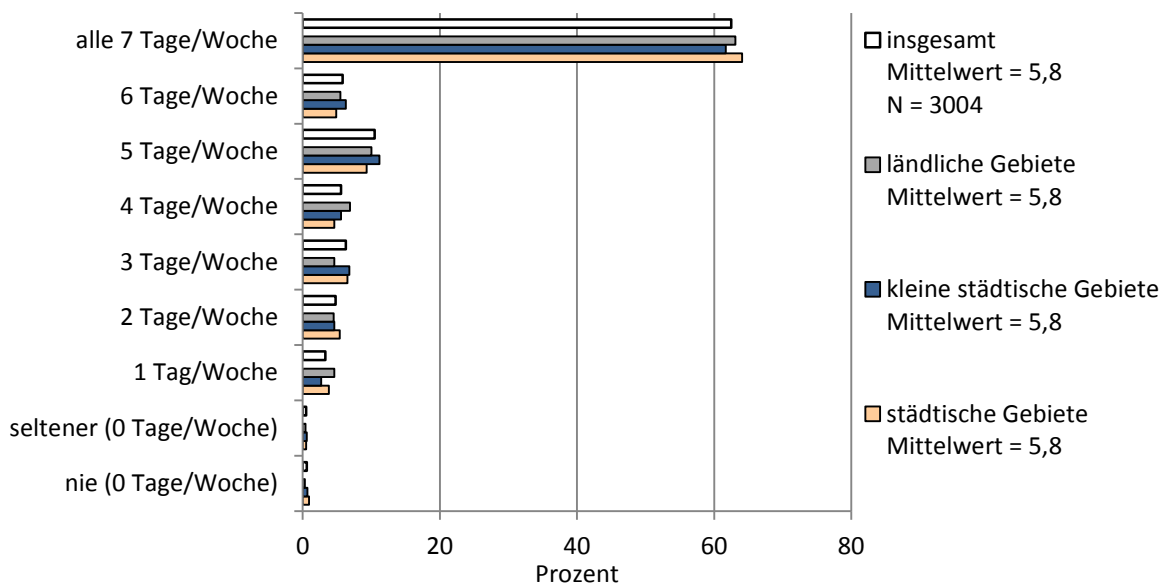


Abbildung 79: Politische Information Baden-Württemberg (F44) nach Verstädterungsgrad

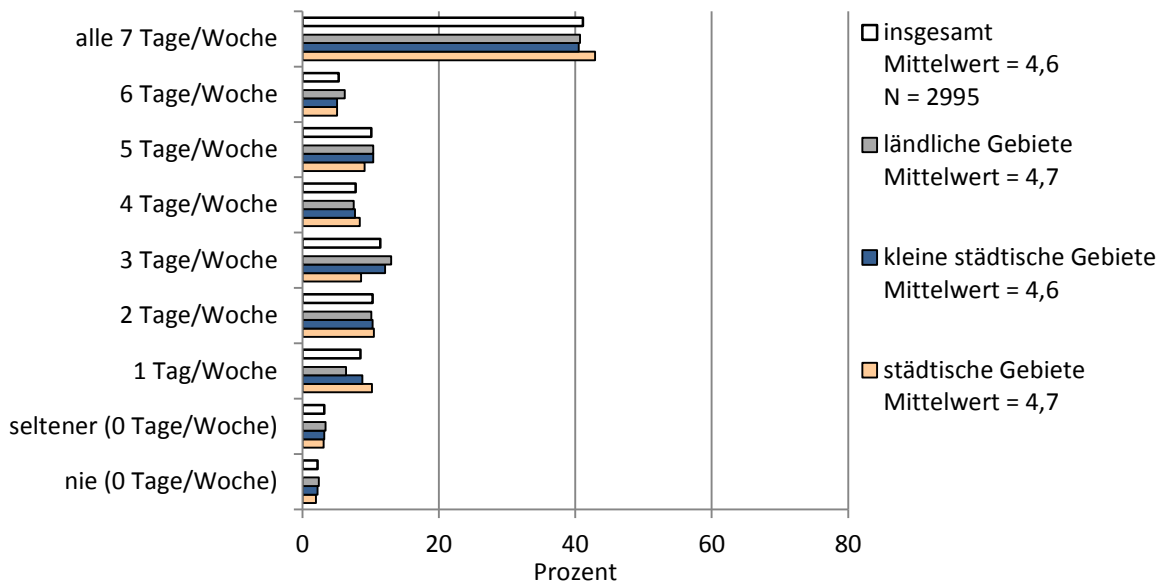




Abbildung 80: Politische Information Deutschland (F44)  
nach sozioökonomischem Status

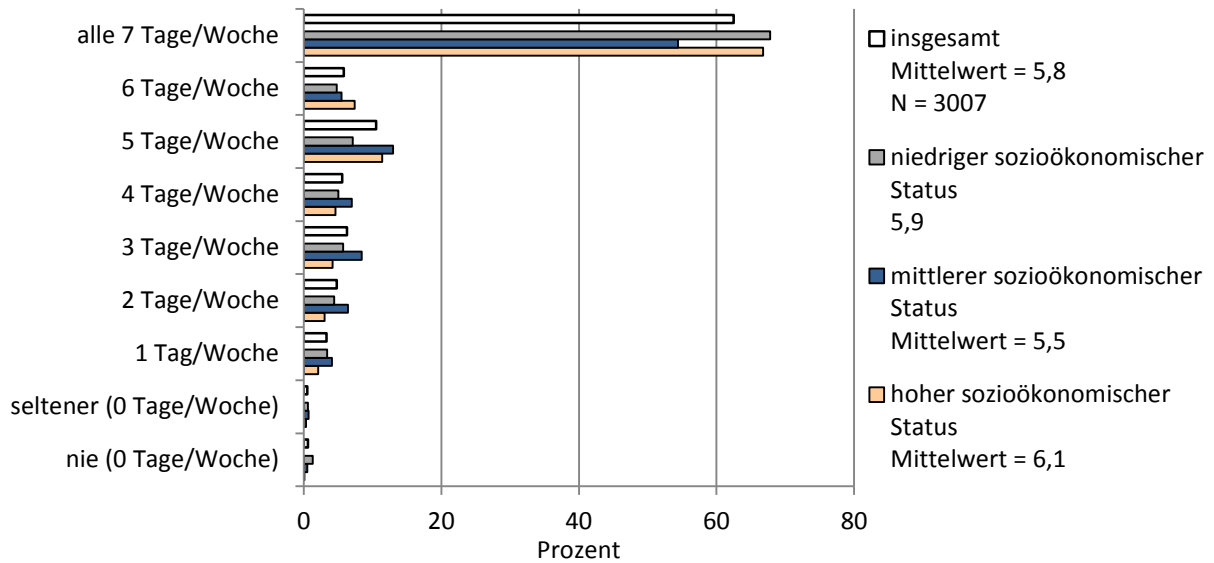
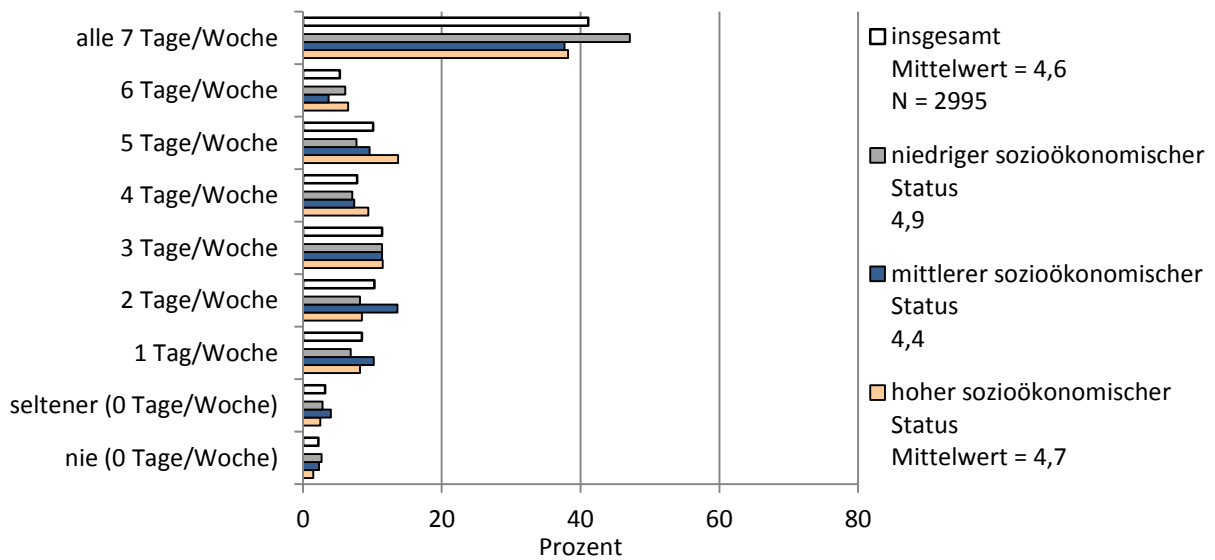


Abbildung 81: Politische Information Baden-Württemberg (F43)  
nach sozioökonomischem Status



Das Informationsverhalten vertiefend wurde mit drei aufeinanderfolgenden Fragen konkret nach den Quellen gefragt, von denen die meisten Informationen über das landespolitische Geschehen bezogen werden. Die erste Frage ist dabei wie folgt formuliert:

„Woher bekommen Sie die meisten Informationen über das politische Geschehen in Baden-Württemberg?“

Die zweite Frage wurde wie folgt gestellt:

„Und welches ist für Sie die zweitwichtigste Informationsquelle über das politische Geschehen in Baden-Württemberg?“

Und nach der drittwichtigsten Informationsquelle wurde gefragt:

„Und die drittwichtigste Informationsquelle?“

Die Informationsquellen wurden hierbei in Form von offenen Fragen aufgenommen, auf die die Befragten jederlei Antworten aus freien Stücken nennen konnten. Deshalb wurden die Interviewer ausführlich instruiert bei allgemeinen Nennungen von Mediengattungen – wie z. B. „Tageszeitung“, „Nachrichten“, oder „Internet“ – genauer nachzufragen, welcher Zeitungstitel, welcher Fernseh- oder Radiosender, welche Internetseite etc. gemeint ist.

Diese Fülle an Informationen ist in den Abbildungen 82 bis 87 vor dem Hintergrund drei unterschiedlicher Gesichtspunkte zusammengefasst, wobei jeweils wieder zwischen verschiedenen Gebieten und unterschiedlichem sozioökonomischem Status verglichen wird. Die Abbildungen 82 und 83 zeigen, wie viele Informationsquellen die Befragten angegeben haben. Die Abbildungen 84 und 85 fassen die genannten Informationsquellen in Kategorien zusammen und zeigen die Häufigkeit der jeweiligen Nennungen über verschiedene Gebiete und Personen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Status hinweg. Die Abbildungen 86 und 87 nehmen mit den Mittelwertplatzierungen der kategorialen Informationsquellen schließlich die relative Wichtigkeit der Quellen für die Befragten auf.

Den Abbildungen 82 und 83 ist zu entnehmen, dass fast 70 Prozent der Befragten das Maximum von drei unterschiedlichen Informationsquellen angeben, von denen sie Informationen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg beziehen. Etwas mehr als 20 Prozent der Befragten erhalten politische Informationen von zwei unterschiedlichen Informationsquellen und ungefähr sieben Prozent informieren sich mit einer einzigen Informationsquelle über das politische Geschehen in Baden-Württemberg. Es gibt kaum jemanden, der überhaupt keine Quellen angibt, von denen Informationen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg rezipiert werden. Während diese Verhältnisse für alle verschiedenen Gebiete gleichermaßen zutreffend sind, zeigen sich Unterschiede zwischen Personen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Status in Abbildung 83. Personen mit hohem sozioökonomischem Status nennen mehr Informationsquellen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg als Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status, während Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status die wenigsten Informationsquellen nennen. Dies wird insbesondere bei der Nennung von drei Informationsquellen deutlich, was deutlich stärker durch Personen mit hohem sozioökonomischem Status geschieht als durch Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status und wiederum weniger durch Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status.

Wie in den Abbildungen 84 und 85 ersichtlich, fallen von insgesamt 7792 genannten Informationsquellen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg die meisten Nennungen auf Fernsehsendungen, gefolgt von Tageszeitungen, Radiosendungen, dem Internet und schlussendlich persönlichen Gesprächen. Dabei werden in Abbildung 84 abhängig von der Art des Gebiets, in dem die Befragten leben, Unterschiede in der Häufigkeit der Nennungen deutlich. Während Fernsehsendungen am häufigsten in kleinen städtischen und städtischen Gebieten genannt werden, erhalten Personen in ländlichen Gebieten landespolitische Informationen häufiger aus Tageszeitungen. Die Nennungen unterscheiden sich auch mit Hinblick auf den sozioökonomischen Status der Bürgerinnen und Bürger. Abbildung 85 zeigt, dass mit steigendem sozioökonomischem Status weniger Fernsehsendungen genannt werden, Tageszeitungen und Internetquellen hingegen häufiger genannt werden. Personen mit mittlerem sozioökonomischem Status gaben Radiosendungen überdurchschnittlich häufig als Informationsquelle zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg an.

Die Häufigkeit der in Kategorien zusammengefassten Nennungen von Informationsquellen spiegelt sich auch in der relativen Wichtigkeit der Informationsquellen wieder, die in Form von Mittelwertplatzierungen in den Abbildungen 86 und 87 aufgenommen wurde. So rangieren Fernsehsendungen ganz vorne – sie werden von den Bürgerinnen und Bürgern früh genannt und stellen entsprechend die wichtigste Quelle dar, von der am meisten Informationen bezogen werden. Tageszeitungen sind die zweitwichtigsten Informationsquellen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg, gefolgt von Radiosendungen und dem Internet und schließlich wieder den persönlichen Gesprächen. Auch in den Mittelwertplatzierungen der Informationsquellen bestehen Unterschiede hinsichtlich des Verstärkerungsgrads und des sozioökonomischen Status. Abbildung 86 zeigt, dass Fernsehsendungen in ländlichen Gebieten etwas wichtiger sind, während Tageszeitungen in städtischen Gebieten eine bedeutsamere Rolle zukommt. Persönliche Gespräche sind in ländlichen Gebieten wichtiger als in kleinen städtischen Gebieten und dort wiederum wichtiger als in städtischen Gebieten. Abbildung 87 zeigt zudem, dass Fernsehsendungen mit abnehmendem sozioökonomischem Status an Wichtigkeit zunehmen. Radiosendungen und das Internet sind unabhängig vom sozioökonomischen Status für alle Personen gleich bedeutsam.

Abbildung 82: Anzahl der genannten Informationsquellen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg nach Verstärkerungsgrad

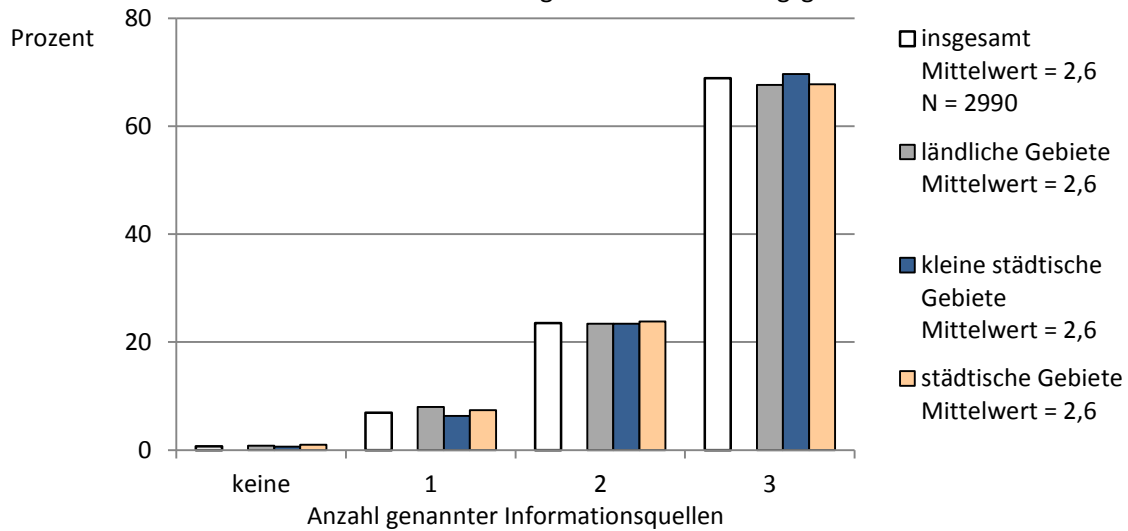


Abbildung 83: Anzahl der genannten Informationsquellen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg sozioökonomischem Status

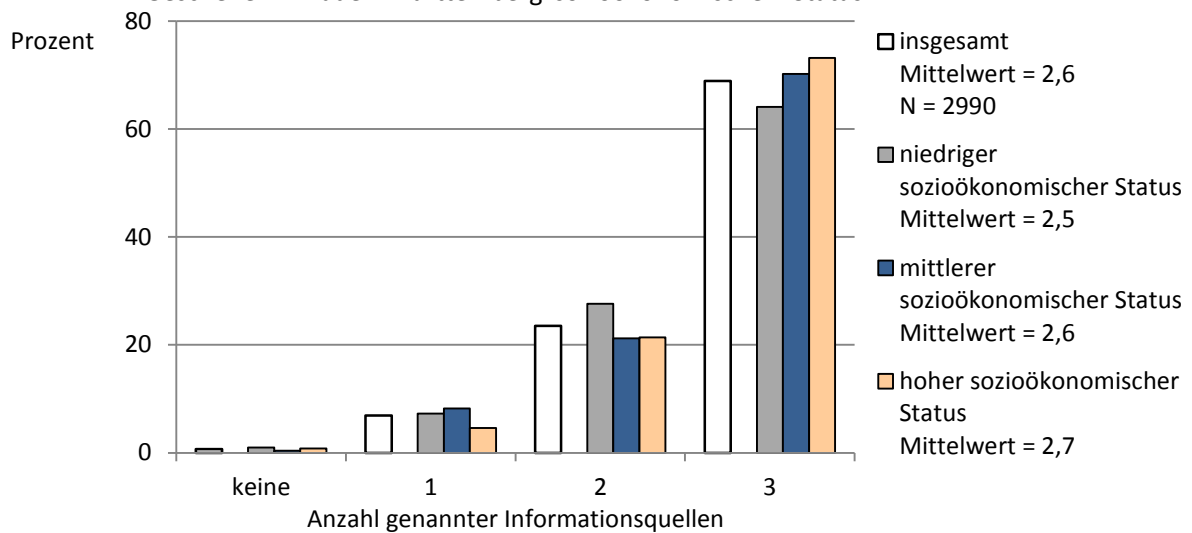


Abbildung 84: Informationsquellen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg nach Verstärkerungsgrad

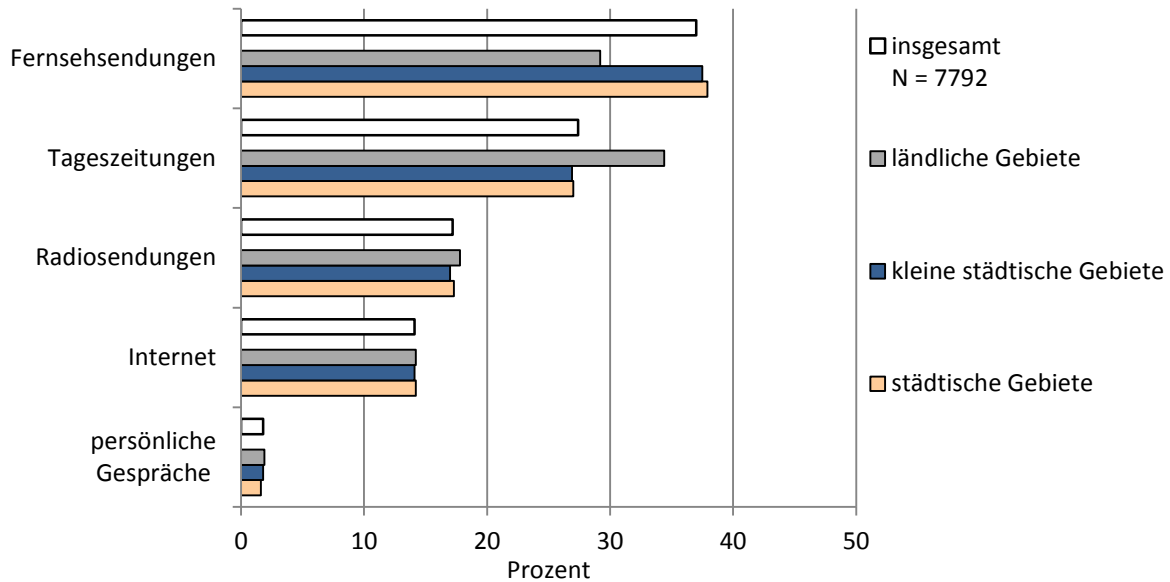


Abbildung 85: Informationsquellen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg nach sozioökonomischem Status

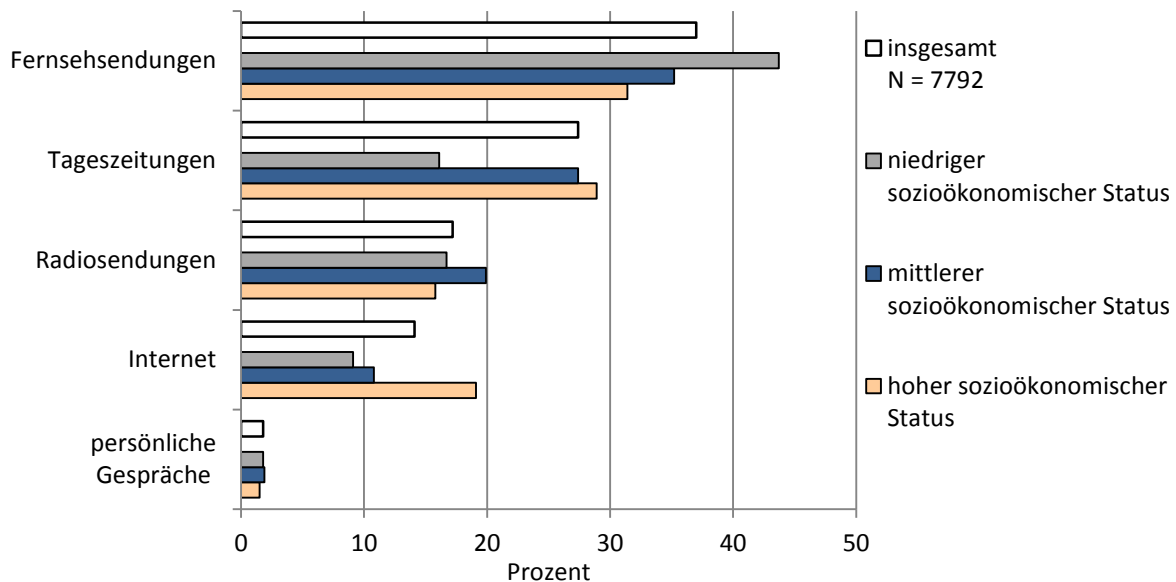


Abbildung 86: Mittelwertplatzierung der Informationsquellen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg nach Verstädterungsgrad

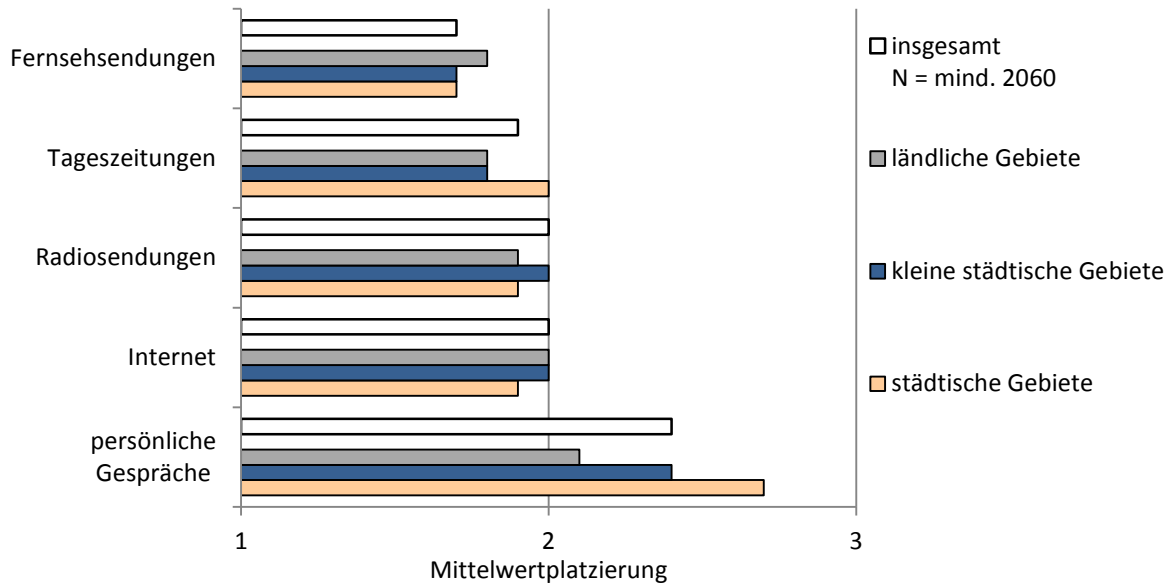
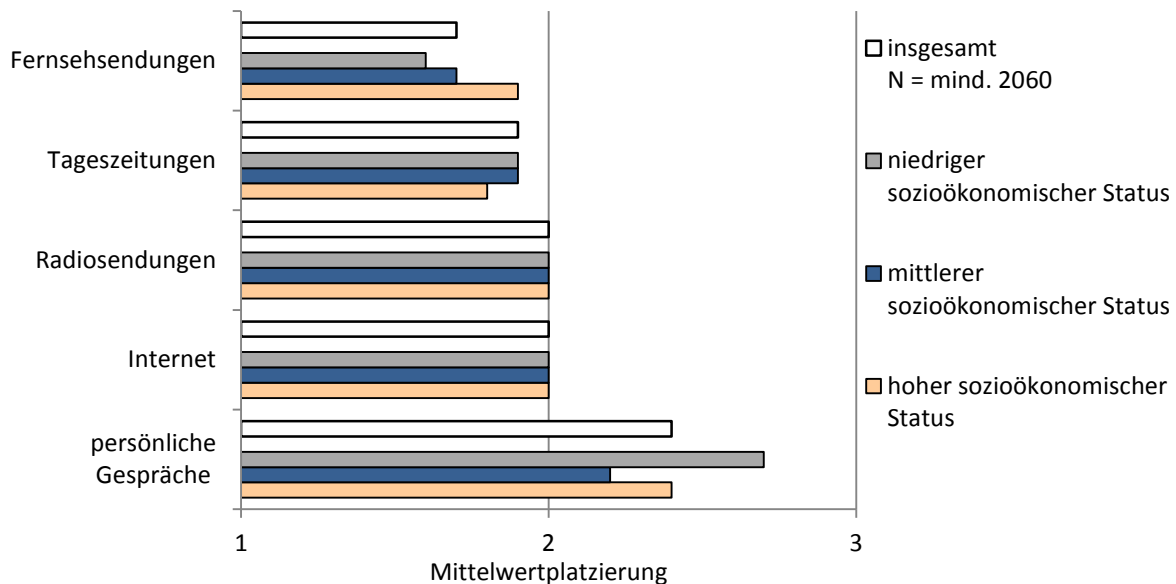


Abbildung 87: Mittelwertplatzierung der Informationsquellen zum politischen Geschehen in Baden-Württemberg nach sozioökonomischem Status



## 4.2 Gespräche über Landespolitik

Gespräche über Landespolitik wurden zusätzlich auch gesondert betrachtet und dabei auf die Häufigkeit von politischen Gesprächen über Deutschland und Baden-Württemberg sowie die damit verbundenen Meinungskonflikte eingegangen. Die Häufigkeit der politischen Gespräche über Deutschland wurde mit der Frage erhoben:

„Was würden Sie sagen, wie oft unterhalten Sie sich im Allgemeinen innerhalb der Familie, mit Freunden oder mit Bekannten über das politische Geschehen in Deutschland und der Welt: Sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie?“

Die damit verbundenen potentiellen Meinungskonflikte wurden wie folgt erfragt:

„Was würden Sie sagen, wie oft sind Sie bei diesen Unterhaltungen unterschiedlicher Meinung: Sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie?“

Beide Fragen wurden schließlich in äquivalenter Weise für das politische Geschehen in Baden-Württemberg gestellt.

„Und wie oft unterhalten Sie sich im Allgemeinen innerhalb der Familie, mit Freunden oder mit Bekannten über das politische Geschehen in Baden-Württemberg? Sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie?“

Und:

„Was würden Sie sagen, wie oft sind Sie bei Ihren Unterhaltungen über das politische Geschehen in Baden-Württemberg unterschiedlicher Meinung: Sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie?“

Die Abbildungen 88 und 89 fassen zunächst politische Gespräche über Deutschland und damit verbundene Meinungskonflikte nach Gebieten mit unterschiedlichem Verstärkerungsgrad zusammen. Insgesamt finden Gespräche über bundes- und weltpolitische Angelegenheiten meist „oft“ oder „manchmal“ statt. Meinungskonflikte kommen in der Regel „manchmal“ vor. Dabei bestehen keine systematischen Unterschiede zwischen den verschiedenen Gebieten. Geht es um die Landespolitik (Abbildungen 90 und 91), verteilen sich die Antworten der Befragten mit Bezug auf die Häufigkeit von Gesprächen und dem Auftreten von Meinungskonflikten gleichmäßiger über die vorgegebenen Kategorien. Gespräche werden eher „manchmal“ geführt und Meinungskonflikte kommen seltener vor als bei Gesprächen über Bundes- und Weltpolitik.

Die Unterscheidung nach sozioökonomischem Status geschieht in den Abbildungen 92 bis 95 und verdeutlicht, dass Personen mit höherem sozioökonomischem Status auch häufiger politische Gespräche führen. Dies ist sowohl für Gespräche über politische Entwicklungen in Deutschland und der Welt als auch für Gespräche über das politische Geschehen in Baden-Württemberg. Mit Hinblick auf Meinungskonflikte bei diesen Gesprächen sind jedoch keine systematischen Unterschiede mit Bezug auf den sozioökonomischen Status der befragten Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg erkennbar.

Abbildung 88: Politische Gespräche über Deutschland (F46\_1) nach Verstärkerungsgrad

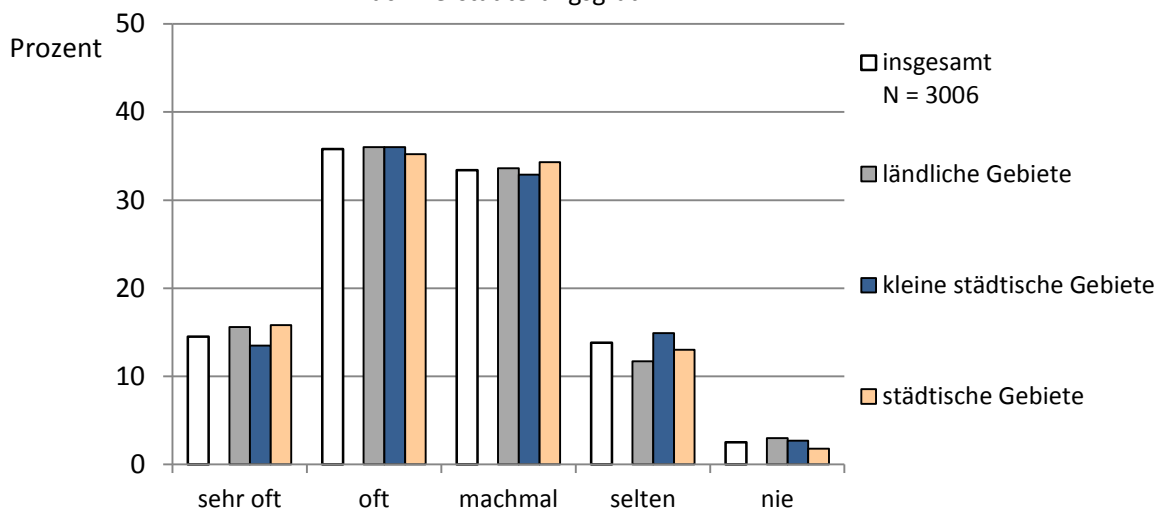


Abbildung 89: Meinungskonflikte bei politischen Gesprächen über Deutschland (F46\_2) nach Verstärkerungsgrad

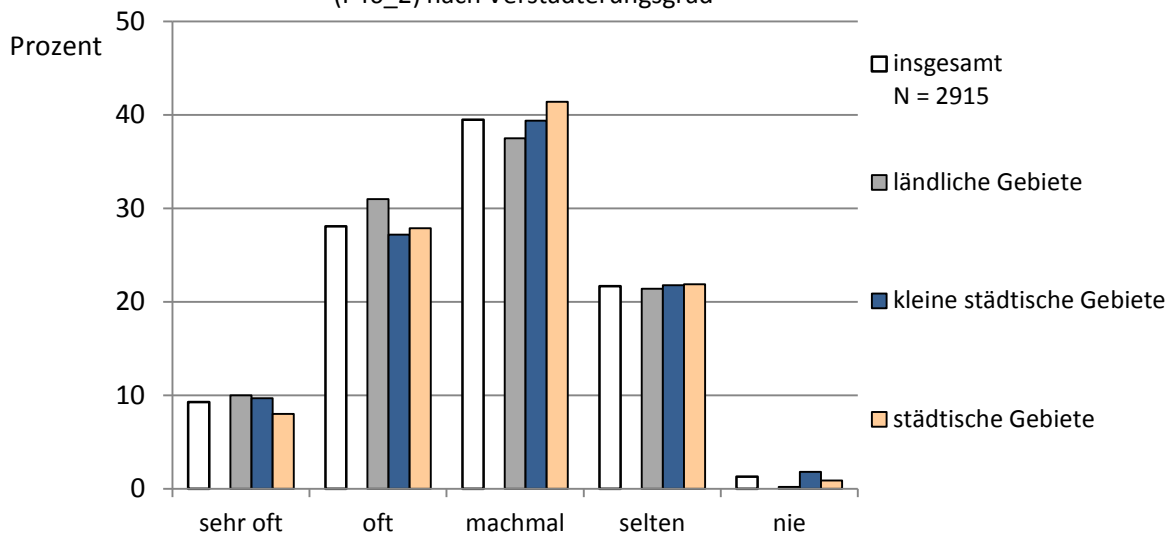




Abbildung 90: Politische Gespräche über Baden-Württemberg (F46\_3) nach Verstärkerungsgrad

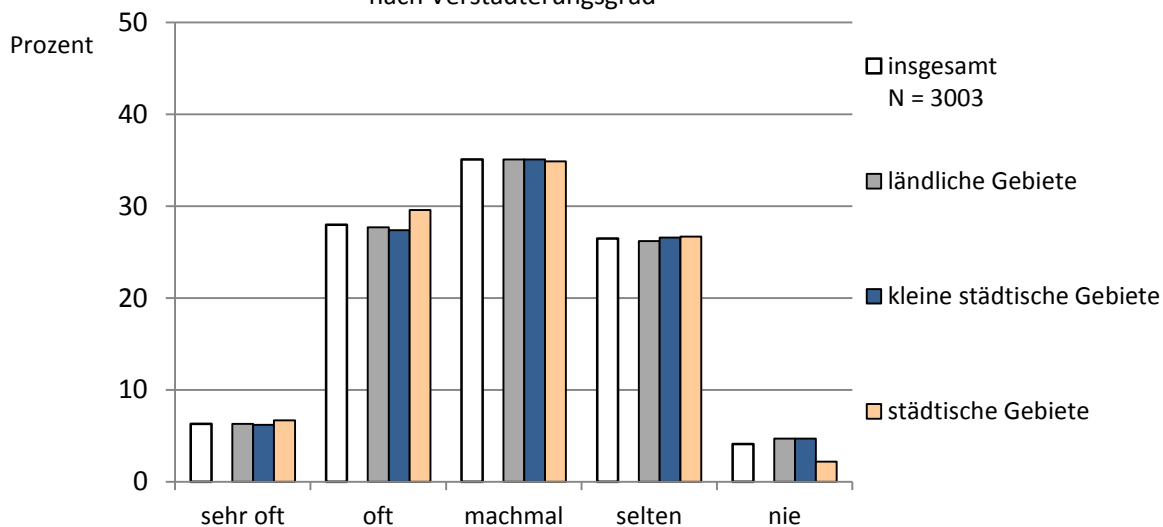


Abbildung 91: Meinungskonflikte bei politischen Gesprächen über Baden-Württemberg (F46\_4) nach Verstärkerungsgrad

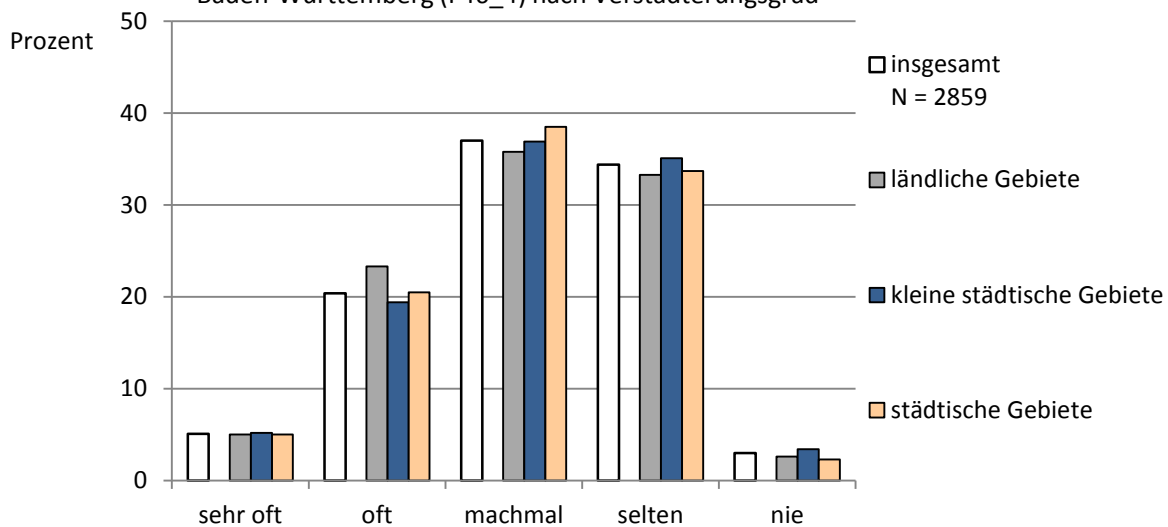


Abbildung 92: Politische Gespräche über Deutschland (F46\_1) nach sozioökonomischem Status

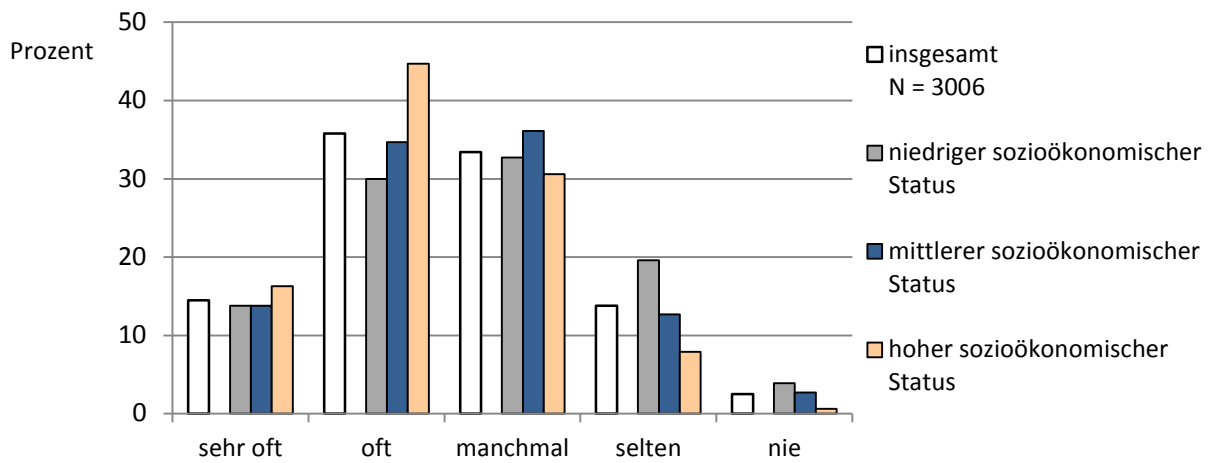


Abbildung 93: Meinungskonflikte bei politischen Gesprächen über Deutschland (F46\_2) nach sozioökonomischem Status

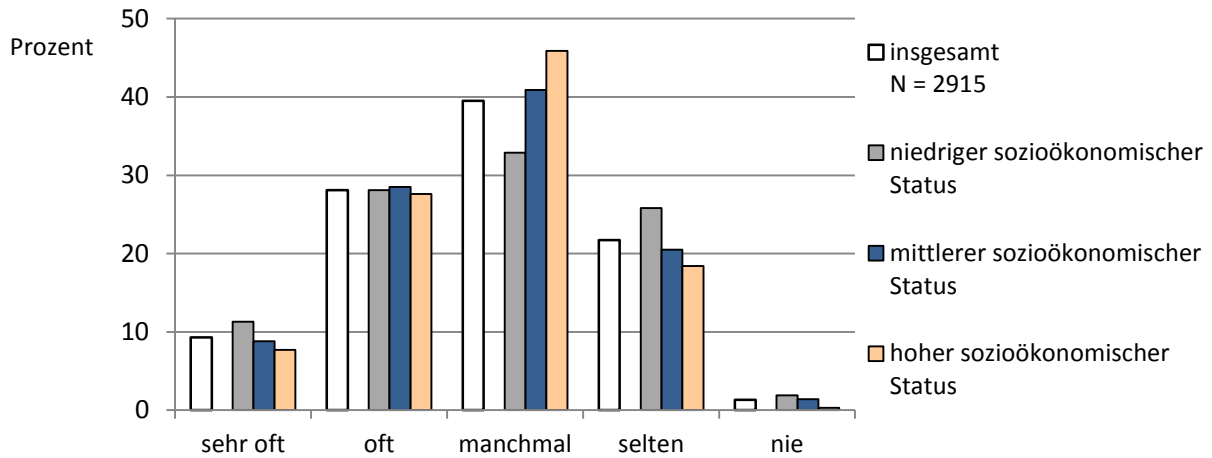


Abbildung 94: Politische Gespräche über Baden-Württemberg (F46\_3) nach sozioökonomischem Status

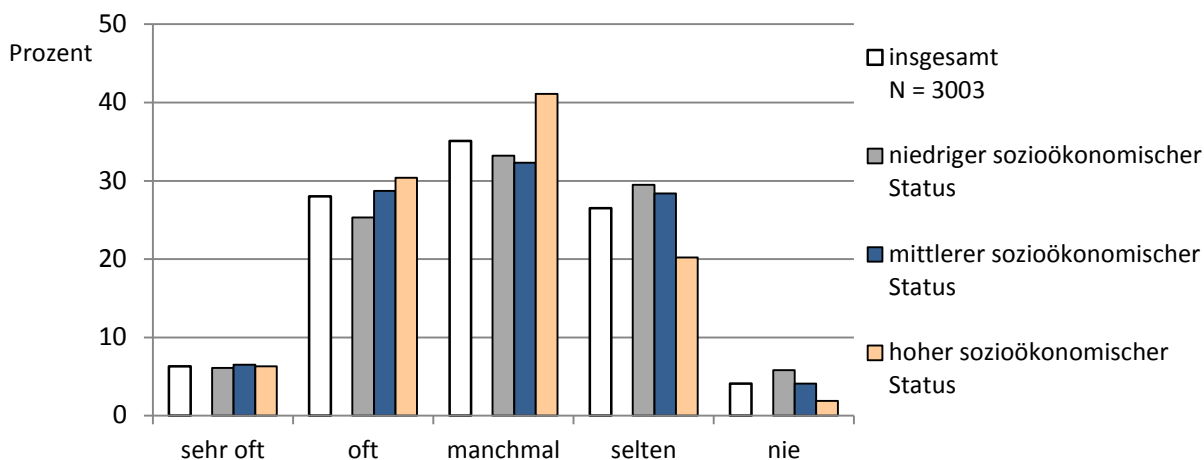
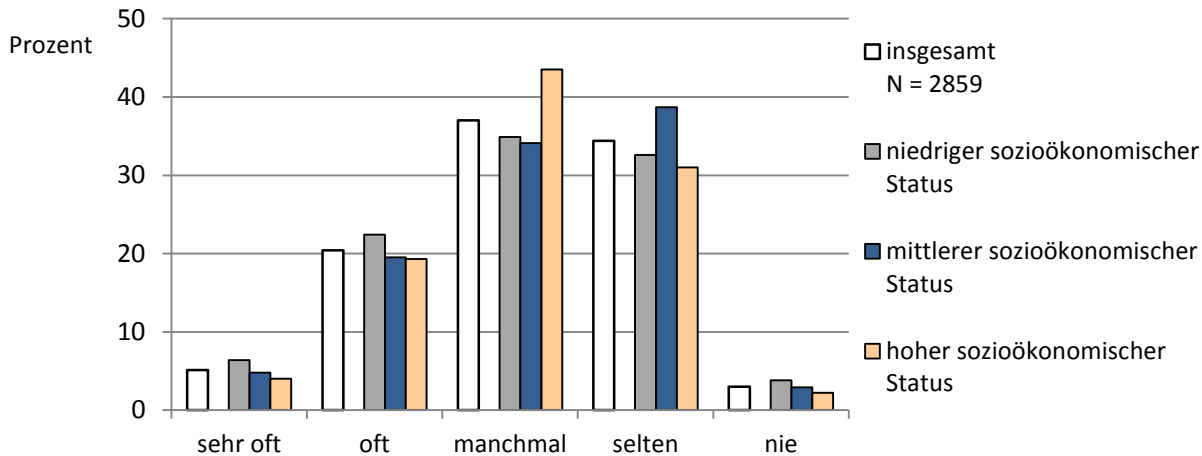


Abbildung 95: Meinungskonflikte bei politischen Gesprächen über Baden-Württemberg (F46\_3) nach sozioökonomischem Status



Weitere Informationen:

[www.bdbawue.de](http://www.bdbawue.de)



Projektleitung und Kontakt:

Prof. Dr. Jan W. van Deth, Tel. 0621-181-2098 (Schr. -2097);

Mail: [jvdeth@uni-mannheim.de](mailto:jvdeth@uni-mannheim.de)

Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Tel. 0621-181-2062 (Schr. -2061);

Mail: [schmitt-beck@uni-mannheim.de](mailto:schmitt-beck@uni-mannheim.de)

Prof. Dr. Thorsten Faas, Universität Mainz, Tel. 06131-39-38466 (Schr. -38475);

Mail: [thorsten.faas@uni-mainz.de](mailto:thorsten.faas@uni-mainz.de)

Sarah Odrakiewicz, M.A., Tel. 0621-181-2095;

Mail: [sarah.odrakiewicz@staff.uni-mannheim.de](mailto:sarah.odrakiewicz@staff.uni-mannheim.de)

Das Projekt ist Teil des Programms Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft der Baden-Württemberg Stiftung.



UNIVERSITÄT  
MANNHEIM

